

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nr. 1—3

Jänner/Februar/März 1958

1 Schilling

Das neue Parteiprogramm

Das erste Heft unserer Zeitung, das nun in diesem Jahre zu euch kommt, erscheint mitten in der Periode einer umfassenden und lebendigen Diskussion über den Vorentwurf des neuen Parteiprogramms. Hunderte von Versammlungen, Schulungen und Ausschusssitzungen haben das auf dem vorjährigen Parteitag in Salzburg zur Diskussion gestellte Manuskript auf ihrer Tagesordnung, und das Ergebnis dieser Arbeit beginnt bereits sichtbar Form und Gestalt anzunehmen. Es ist wohl nur selbstverständlich, daß gerade die Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus ihren Beitrag zu dieser Arbeit leisten wollen, und über den Kreis ihrer eigenen Organisationen hinaus sehr lebhaft daran interessiert sind, jene Formulierungen und Vorschläge zu kennen, die anderswo erarbeitet worden sind. Waren doch viele von uns selbst Delegierte auf Parteitag, die sich mit Aktionsprogrammen befaßt haben, und nicht wenige gerade unserer Genossen erinnern sich noch des Parteitages, auf dem das letzte Parteiprogramm beschlossen worden ist.

So will auch die vorliegende Nummer unserer Zeitung mit dazu beitragen, jedem Leser nochmals alles Material für diese wichtige Diskussion an die Hand zu geben; nützen wir es gründlich aus, indem wir noch mehr als bis jetzt für die Diskussion auf breiter Basis sorgen. So wird der Außerordentliche Parteitag im Mai dieses Jahres einen Programmentwurf diskutieren und zum Beschluß erheben können, an dessen Formulierung auch die Aktivisten des „alten“ Programms, die Aktivisten der R. S., aber zugleich auch die Aktivisten des Aktionsprogramms ihren Anteil haben. Und dieses neue Programm wird der Partei für die nächste Zukunft die Richtung weisen, zu neuen Erfolgen.

Dieses Jahr aber wird auch für unseren Bund eine Reihe von großen Aufgaben bringen. Noch immer sind viele berechnete Wünsche und Ansprüche nicht erfüllt worden. Noch immer gibt es manche offene Fragen. Aber sowohl im Bundesvorstand als auch im Parlament und überall, wo es nützt, etwa helfend einzugreifen, sind Genossen von uns am Werk, um Lösungen zu finden. Freilich ist dazu auch immer wieder die Mitarbeit von euch allen, Genossen, eine unumgängliche Voraussetzung für das, was wir erreichen können. Und darum bitten wir euch auch, über die Sprechstunden und Mitgliederversammlungen, die Diskussionsabende und Bezirkskonferenzen hinaus die lebendige Verbindung mit den Bezirks- und Landesorganisationen, mit dem Bund und eurer Zeitung aufrechtzuerhalten. Berichtet uns von eurer Arbeit, teilt uns eure Wünsche und Forderungen mit, und nicht zuletzt — macht uns immer wieder auf Mißstände aufmerksam, die vielleicht da und dort bestehen: Sei es eine Gedenktafel in Innsbruck oder eine scheinbar nur „nebensächliche“ Entgleisung eines Ewiggestrigen in Kärnten oder sonst irgendwo. Die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus werden stets ein offenes Ohr haben für die Nöte und Sorgen der Geschädigten und Gequälten; und sie haben wahrlich nichts zu vergessen. Aber sie haben ein Ziel, ein Ideal vor Augen, dem sie zustreben, heute und in der Zukunft, so wie sie es ungebrochen auch in der Vergangenheit getan haben:

Mit allen Kräften für den Sozialismus!

Das war der 12. Februar 1934:

An einem Tag wie heute

Das ist ein grauer, nebliger Morgen. Das dunkle, feuchte Pflaster, wärmer als die bloße Erde, hat sich durch den Schnee gefressen, der noch halbwegs weiß, aber schon zusammengesunken an den Rändern der Straße liegt. Die schwarzen, regennassen Bäume, die die Straße säumen, strecken ihre nackten Äste zum Himmel. Links weicht eine ockerfarbene, trotz dem grauen Tag bunt wirkende Häuserzeile zurück, um den Blick auf ein mehrgeschossiges, schon im Nebeldunst liegendes Gebäude freizugeben. Es ist der Wohnturm von Sandleiten.

So ein grauer Tag, nur trocken und kälter, war auch damals. In der Straßensenke beim Nietzscheplatz, wo die Wohnhausanlage Sandleiten beginnt, stand ein verlassener Straßenbahnzug. Es war genau sechs Minuten vor dreiviertel zwei, als drei Mannschaftsautos der Alarmabteilung durch die Sandleitengasse fuhren, um die Sandleiten zu besetzen. Als der erste Wagen die Seeböckgasse passierte, hörte der Fahrer ein eigenartiges Geräusch im Motor. Im nächsten Moment sah er auch schon, was geschehen war. Schüsse hatten die Motorhaube aufgerissen. Die Mannschaft stürzte in Deckung, der Kommandant befahl, hinter dem Straßenbahnzug vorzugehen. Da begann der Wohnturm zu sprechen. Den Angreifern schlug ein Feuerstoß entgegen. Der Vorstoß mußte aufgegeben werden. Der Kampf um die Sandleiten hatte begonnen.

*

Die Kreitnergasse und die Klausgasse sind zwei graue Seitengassen der Thaliastraße in Ottakring.

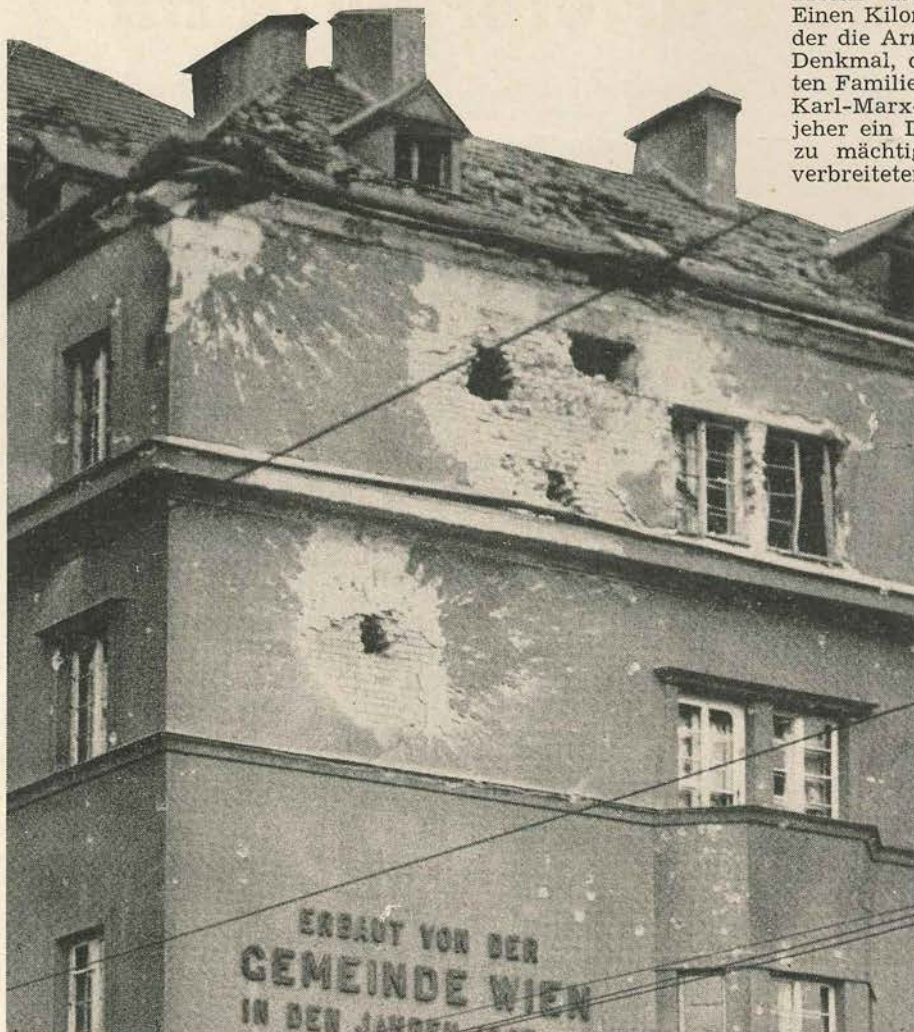
Zwei graue Gassen zwischen grauen Zinskasernen, die sich nicht von den Gassen und Zinskasernen dieses Arbeiterbezirkes unterscheiden. Sie beginnen beim Gürtel und ziehen sich bis zum Liebhartstal, grau lieblos, freudlos, rechteckig aneinandergereiht, in der Hausherrenzeit entstanden, ein Revier des Zinsgeiers... Dort aber, zwischen Kreitnergasse und Klausgasse, befand sich das Herzstück der Ottakringer Arbeiter — das Ottakringer Arbeiterheim, unter Franz Schuhmeier gebaut, von Albert Sever geführt.

Der Plan, das taktisch überhaupt nicht zu verteidigende Arbeiterheim zu besetzen, war höchst einfach. Man konnte durch die Nebenhäuser ungefährdet vorgehen, die Besetzung konnte nur die Sache von einer halben Stunde sein. Am Nachmittag erschien ein Alarmbataillon, drei Kompanien zu drei Zügen. Die Plänkler zogen sich zurück. Wenn die Roten nicht die Telefonleitungen abgeschnitten hatten, konnte man in einer Viertelstunde die Erfolgsmeldung erstatten. Als die Alarmkompanien in die Kreitnergasse und Klausgasse vorstießen, schlug ihnen ein Feuersturm entgegen. Neue Alarmabteilungen wurden geholt, Sturmkorps und Bundesheer mit Minenwerfern und Artillerie. Zwei Tage und zwei Nächte hielten die Verteidiger des Arbeiterheims der Übermacht stand. Der Kampf um Wien war entbrannt. Der Februar 1934 hatte begonnen.

*

Wo die Hänge der Hohen Warte zur Donau abfallen, steht eines der größten Baudenkmäler der Ersten Republik: der Karl-Marx-Hof. Einen Kilometer ist er lang, wie ein Riese, der die Arme ausbreitet, liegt er dort. Ein Denkmal, das seinen Bewohnern, hundert Familien, Schutz und Obdach gibt. Der Karl-Marx-Hof war unseren Gegnern von jeher ein Dorn im Auge. Er war zu groß, zu mächtig. Schon während des Baues verbreiteten sie das Gerücht, der Karl-Marx-Hof stürze ein, falle zusammen. Und als er nicht einstürzte und nicht zusammenfiel, schrien sie, er sei eine Festung, zu nichts anderem als zum Kriegführen erbaut. Der Karl-Marx-Hof war aber nur ein Haus, das seinen Bewohnern Licht, Luft und Sonne gab. Er steht heute noch, hat allen Stürmen getrotzt, er ist heute noch schöner in seinen warmen, satten Farben, dem hellen Gelb, dem dunklen Rostrot, dem ruhigen Blau. Wie ein Riese liegt er dort mit seinen sechs wuchtigen Türmen.

Als im Jahre 1945 die Besatzungsmächte kamen, die Amerikaner, Engländer, Franzosen und Russen, da hatten sie unter anderem auch vor, uns die Demokratie zu lehren. Vor vielen Jahren aber hatten die Bewohner des Karl-Marx-Hofes schon ein flammendes Bekenntnis zur Demokratie abgelegt. Als am 12. Februar 1934 die Demokratie zerschlagen werden sollte, da reckte sich der Riese, da schlug er zu. So stark waren seine Schläge, daß den Gegnern der Demokratie nichts anderes übrig-



blieb, als auf der Hohen Warte Artillerie aufzufahren zu lassen. Erst die schweren Batterien, die Wohnungen zerstörten, Frauen und Kinder töteten, brachten ihn zum Schweigen. Erst als in Floridsdorf der Kampf aufgegeben werden mußte, erst als er auch vom anderen Donauufer unter Feuer genommen zu werden drohte, schwieg auch er. Damals legte er seine große Bewährungsprobe ab. In der Zeit nachher hätte man ihn am liebsten niedergerissen. Man versuchte, ihm andere Namen zu geben, aber er hat selbst diesem Versuch getrotzt. Er ist unser Karl-Marx-Hof geblieben.

*

Was im Jahre 1945 in Schutt und Trümmern endete, das hatte am 12. Februar 1934 in Wien begonnen. Damals hatten die Wiener Arbeiter, als alles, was sie in zähem Kampf errungen hatten, ausgelöscht werden sollte, zu den Waffen gegriffen. Unter ihnen befanden sich auch die Kämpfer von Favoriten, die Männer vom Quellenhof und vom Laaer Berg.

Der Arbeiterbezirk Favoriten trägt heute noch die Spuren des zweiten Weltkrieges und der Besatzungszeit. Nirgends gab es so viele Bombenruinen, nirgends geschah während der Besetzung so wenig. Heute noch haben viele Häuser keinen Verputz, schauen die rohen Ziegeln hervor. Aber überall, an allen Ecken und Enden, entstehen auch neue, schöne, farbenfrohe Häuser, moderne Wohnhausanlagen, weiträumige Siedlungen. Auf dem Südtiroler Platz regen sich hunderte Hände, dort wird die modernste Straßenkreuzung Wiens gebaut. Gleich daneben entsteht das neue Bahnhofsviertel: der neue Südbahnhof, der dem ganzen Bezirk ein neues Gepräge geben wird.

Fast keine Straße, in der nicht gebaut wird. Die Favoritenstraße und die Laxenburger Straße, früher zwei Vorstadtstraßen, sind zu Geschäftsstraßen geworden, voll von Leben und Verkehr. Ein ganz neues Favoriten entsteht dort. Auf der Höhe des Laaer Berges lichten sich die Nebel. Die Stunde scheint nicht fern, an der die Sonne durchbricht, und eine Ahnung vom nahen Frühling liegt in der Luft.

Und das ist der Trost, den dieser Tag, der aussieht wie damals, spendet. Wofür die Kämpfer vom Februar gefallen sind, das ist zurückgewonnen, gefestigt und gesichert. An einem Tag wie heute sind die Arbeiter



von Wien aufgestanden, an einem Tag wie heute werden die Arbeiter von Wien vollendet haben, was die Kämpfer vom Februar begannen: den Kampf für ein freies Wien, für ein besseres, schöneres Leben.

Aus dem Parlament

Wir bringen den Auszug aus einer Rede, die Genosse Horn in der Budgetdebatte im Nationalrat gehalten hat.

Wenn im Budget des Finanzministers auch Beträge enthalten sind für Entschädigungen von Geschädigten der Kriegs- und Nachkriegszeit, so muß in diesem Zusammenhang vor allem auch auf die große Zahl jener politisch Geschädigten der Jahre 1933 bis 1945 hingewiesen werden, für die wir zwar Fürsorgemaßnahmen beschlossen haben, denen aber eine wirkliche Wiedergutmachung bisher nicht gewährt werden konnte.

Wir haben bis zum Abschluß des Staatsvertrages mit Recht die Auffassung vertreten, die Wiedergutmachung für diese Menschen sei Aufgabe des Deutschen Reiches. Der Verzicht auf die Forderung von Österreichern an Deutschland, den wir im Staatsvertrag ausgesprochen haben, erlegt uns aber die Verpflichtung auf, diese Wiedergutmachung im eigenen Rahmen durchzuführen. Es handelt sich hier vor allem um den Kreis der Personen, die durch das Opferfürsorgegesetz erfaßt werden; darüber hinaus aber auch aller jener, die außerhalb dieses Kreises stehen: also „Sternträger“, „U-Boote“, im Ausland Internierte und Zwangsarbeiter.

Personen, die in den Jahren 1933 bis 1945 aus ihren Berufen und Beschäftigungen verdrängt beziehungsweise in der Ausübung ihres Berufes erheblich beschränkt wurden, sei es auch, daß sie nach der Befreiung im Jahre 1945 ihre frühere Tätigkeit nicht mehr aufnehmen oder nur beschränkt aufnehmen konnten, oder die eine soziale oder wirtschaftlich

gleichartige Stellung nicht mehr erlangen konnten sowie

Personen, die in ihrer Berufsausbildung oder in ihrer vorberuflichen Ausbildung durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder deren erzwungenen Unterbrechung Schaden erlitten haben;

Personen, die im Zuge der Verfolgungen in den Jahren 1933 bis 1945 Schäden an Eigentum und Vermögen erlitten haben, und zwar durch

Zwangsliquidierung von Geschäften, Werkstätten und Unternehmungen,

Notverkauf und Verschleuderung von Wohnungen, Geschäften, Werkstätten und Einrichtungen,

Verlust von Umzugsgut,

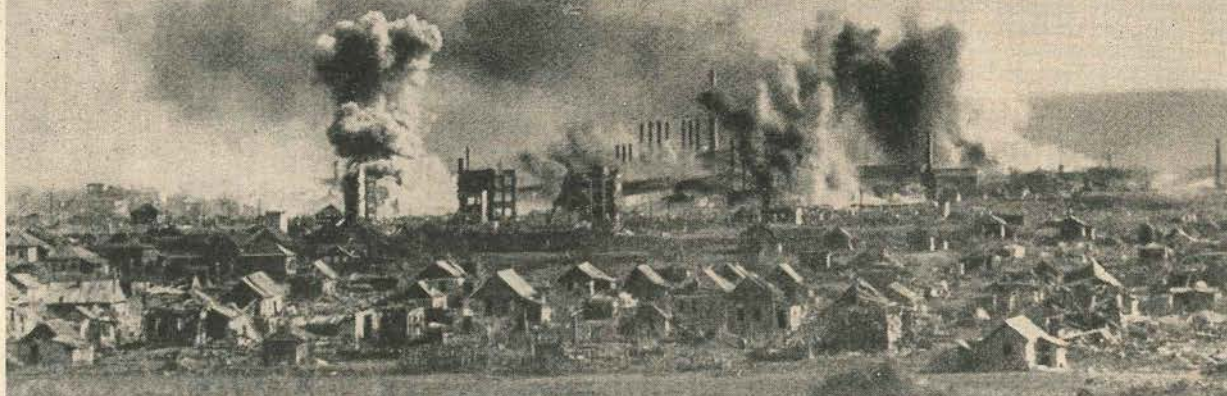
Zwangverkauf von Silber, Gold und Wertgegenständen,

Konfiskation von Vermögenswerten aller Art, konfiskatorisch und zu Unrecht eingezogene Sondersteuern und Abgaben, wie Reichsfluchtsteuer, Judenverkehrsabgabe, Geldstrafen und Bußen aller Art;

Personen, welche im Zuge der Verfolgungen der Jahre 1933 bis 1945 ihre Wohnungen und Geschäftslokale (Miet- und Bestandsrecht) verloren haben, in Österreich zumindestens ab 1. Jänner 1955 wiederum ihren ordentlichen Wohnsitz haben und weder ihre früheren Miet- und Bestandsrechte wieder erlangt oder neue gleichwertige erworben haben.

Für diesen nicht unbedeutenden Kreis von Geschädigten müssen wir uns annehmen, denen eine wirkliche Wiedergutmachung bisher nicht gewährt werden konnte.

STALINGRAD



Vor fünfzehn Jahren, am 31. Jänner 1943, kapitulierten die 6. deutsche Armee und Teile der 4. Panzerarmee sowie einige italienische und rumänische Truppenverbände unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls Paulus im Raum von Stalingrad.

Der Kampf um diese populärste Stadt des zweiten Weltkrieges, die ein Symbol werden sollte und ein Wendepunkt wurde, dauerte seit dem Frühsommer 1942. Im Mai hatten die deutschen Truppen die im Dezember 1941 verlorengegangene Halbinsel Kertsch zurückerobert und in der Schlacht bei Charkow die Donetzfront als Ausgangsbasis einer neuen Offensive gesichert. Die Heeresgruppe Süd stieß am 28. Juni 1942 von Charkow—Kursk nach dem Osten vor; ihr Auftrag lautete, zu den Erdölfeldern im Kaukasus vorzudringen und andererseits die Stadt Stalingrad zu nehmen und damit die sowjetischen Nachschublinien auf dem Wolgastrom abzuriegeln. Am 7. Juli wurde Woronesch, am 24. Juli Rostow erobert und damit die Front an den Don vorverlegt. Aus der 6. deutschen Armee (Paulus), aus der 2. ungarischen und der 8. italienischen Armee wurde die Heeresgruppe B gebildet, die am 24. August vom Don zur Wolga vordrang und ihr westliches Ufer nördlich von Stalingrad erreichte.

Die Stadt und ihre Industrieanlagen wurden von den sowjetischen Truppen hartnäckig verteidigt. Um jeden Häuserblock fanden erbitterte Kämpfe statt. Am 30. Oktober waren zwei Drittel von Stalingrad — zerschossene Ruinen und Bombenkrater — in deutscher Hand, dann stockte die Offensive. Es war weder der Heeresgruppe A gelungen, vom Kaukasus bis an die persische Grenze zu stoßen, noch den Heeresgruppen Mitte und Nord, ihren Angriff fortzusetzen. Dazu operierten zehntausende sowjetische Partisanen im Rücken der deutschen Front und bedrohten die Nachschublinien.

Am nördlichen Donufer und südlich von Stalingrad setzte bereits im Spätherbst 1942 die Sowjetarmee unter den Generalen Rokossowski und Jeremenko zur Gegenoffensive an.

Dazu kam die Tatsache einer zweiten Front, die vorerst in Nordafrika verlief: Am 23. Oktober 1942 überrannte die britische 8. Armee unter Montgomery Rommels Afrikakorps bei El Alamein, am 7. November landeten fünfhundert amerikanische Schiffe unter dem Befehl des Generals Eisenhower in Marokko und Algerien. Der Vorstoß der Alliierten gegen die europäischen Mittelmeerländer war eine Frage weniger Wochen.

Am 19. November durchbrachen überlegene sowjetische Panzerverbände die Front der 3. und 4. rumänischen Armee, die die Flanken der 6. deutschen Armee bei Stalingrad zu sichern hatten, aber völlig unzureichend ausgerüstet waren. Am 21. November vereinigten sich die sowjetischen Truppen im Don-

bogen westlich von Stalingrad und hatten damit die Heeresgruppe Paulus (284.000 Mann) in einem Kessel eingeschlossen. Um diese Zeit wäre es noch möglich gewesen, den Umfassungsring nach Westen zu durchbrechen und die eingeschlossenen deutschen und rumänischen Truppen zurückzunehmen. Aber der Befehl Hitlers lautete: „Stalingrad ist unter allen Umständen zu halten.“

Der „Völkische Beobachter“ begründete diesen „Führerbefehl“ mit der industriellen Bedeutung Stalingrads und dem verkehrstechnischen Wert der Wolga für die sowjetischen Truppen. Eine armselige Propagandalüge, denn Stalingrad war ein Ruinenfeld und der Wolgastrom zugefroren und für lange Monate nicht schiffbar. Die Wahrheit: Stalingrad war ein Symbol, Hitler hatte „versprochen“, es zu halten, es ging um das Prestige eines Führerwortes. Einer romantischen Phrase zuliebe wurde eine Armee geopfert.

Die Heeresgruppe Don (Feldmarschall von Manstein) versuchte, von Südwesten her Entsatz zu bringen, kam aber nicht weiter als bis auf 48 Kilometer vor Stalingrad. Am 17. Dezember 1942 rollte ein neuer sowjetischer Angriff die Front der 8. italienischen



Armee auf und riegelte damit den Stalingradkessel hermetisch ab. Zugleich brach ein harter Winter herein und behinderte alle Aktionen, Nachschub für die eingeschlossenen Truppen herbeizuschaffen. Weder Munition noch Verpflegung und Medikamente standen in ausreichender Menge zur Verfügung. Die 6. Armee nahm, von Kälte und Hunger zermürbt und unter dem Druck der pausenlosen sowjetischen Angriffe, ihre



Westfront auf das Stadtgebiet von Stalingrad zurück und versuchte sich dort zu verschanzen.

Noch einmal bat Paulus das Führerhauptquartier um die Erlaubnis zu einem Durchbruchversuch der 6. Armee aus dem immer enger werdenden Kessel von Stalingrad, noch einmal erhielt er von Hitler eine brüske Absage und den strikten Befehl, die Stellung zu halten. Dieser Befehl war angesichts der Sachlage glatter Mord an 150.000 deutschen Soldaten, von denen die Mehrzahl aus Österreichern bestand.

Dadurch, daß die 6. Armee nicht mehr als das

Stadtgebiet von Stalingrad besetzt hielt, standen ihr kaum noch Flugplätze zur Verfügung, die als Versorgungsbasen in Frage kamen. Hungrig, frierend, erschöpft hielten die Soldaten aus, ungläubig hörten sie die leeren Versprechungen und bombastischen Radioreden ihrer Führer, apathisch nahmen sie zur Kenntnis, daß die deutsch-italienische Afrikafront zusammenbrach und Roosevelt und Churchill in Casablanca (14. Jänner 1943) die bedingungslose Kapitulation der Achsenmächte forderten, daß daraufhin Hitlers Wut und Haß noch weiter anstieg. („Ich höre grundsätzlich immer erst fünf Minuten nach zwölf Uhr auf.“) Für die Stalingradkämpfer schlug es „zwölf Uhr“, als es der Roten Armee gelang, am 27. Jänner einen Keil durch das Stadtzentrum von Stalingrad zu stoßen und dadurch den von den deutschen Truppen gehaltenen Raum in zwei Teile zu spalten.

In einem letzten Telegramm an Hitler schilderte Feldmarschall Paulus die verzweifelte Lage der 6. Armee. Die Antwort bestand in wüsten Drohungen... Kriegsgericht, Degradierung, Todesurteil. Am 31. Jänner 1943 ergab sich Paulus den Russen, am 2. Februar folgte Generaloberst Strecker mit dem Rest der 6. Armee. Von den 284.000 Mann, die im Kessel eingeschlossen gewesen waren, marschierten 90.000 in die Gefangenschaft. 29.000 Kranke und Verwundete waren noch aus Stalingrad herausgefliegen worden. 146.300 Gefallene lagen zwischen den Häuserruinen der Stadt und an den schneebedeckten Ufern der Wolga — hingeopfert für eine Phrase.

Die Niederlage von Stalingrad war der Wendepunkt des Krieges. Sie leitete die Serie von Rückschlägen Hitlers ein, die bis zum Kriegsende andauern sollte. Sie brachte ihn auch in einen Gegensatz zu seinem eigenen Offizierskorps, der im Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 seinen sichtbaren Ausdruck fand.

Wir wollen heute nicht von dem unermeßlichen Leid sprechen, das den Gefangenen von Stalingrad widerfuhr. Wir wollen auch nicht zum Verhalten des Feldmarschalls Paulus Stellung nehmen, der später in Moskau ein Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gründete; unser Artikel ist ausschließlich den Toten gewidmet, die dem blutigen Dilettantismus eines Diktators geopfert wurden. Mögen sie in Frieden ruhen!

Anne Frank

In den zwölf Jahren, die wie tausend währten, erschienen Hauptwerke der deutschen Literatur im Ausland, und erst Jahre nach dem Krieg wurden sie ins Bildungsbewußtsein aufgenommen. Diese Krisenjahre der deutschen Kultur sind noch nicht abgeschlossen, wie neuerdings ein umgekehrter Parallelfall beweist. Ein im wesentlichen Deutschland zugehöriges document humain, das Tagebuch der 13jährigen Anne Frank, kennen heute schon viele Hunderttausende. Es sind die Aufzeichnungen eines Schulmädchens, das underground in einem Amsterdamer Hinterhaus mit sieben anderen Personen zwei Lebensjahre, bis knapp nach dem 15. Geburtstag, verbrachte. Die Versteckten wurden im August 1944 aufgestöbert, deportiert, und nach acht Monaten Angst, Hunger und Schmerzen starb Anne mit Mutter und Schwester in Bergen-Belsen an Paratyphus, zwei Monate, bevor Holland erlöst wurde. Nur der Vater ist zurückgekehrt, der liebe Pim, wie ihn das Kinderbuch nennt. Die Wohnung wurde von der Gestapo selbstverständlich ausgeraubt, aber zwischen alten Zeitungen fand sich später Annes Tagebuch, das die Eltern immer fürchteten, das Kind aber nur um den Preis seines Lebens hergeben wollte. Diesen Zoll hat Anne bezahlt, und erschütternd steht unter den Photos des Kindes in der Welt-presse ungeschrieben das bittere Wort: What price glory!

Sieht man in diese Kinderaugen, die Ferne haben und von Schmerzen im voraus beschattet sind, so wird man am Ende des Tagebuches von zwei Sätzen besonders getroffen. Einmal schreibt Anne: „Ich will noch fortleben nach meinem Tode“; und ein anderes Mal: „Wenn mich Gott am Leben läßt, werde ich mehr erreichen, als Mutter je erreichte. Ich werde nicht unbedeutend bleiben. Ich werde in der Welt und für die Menschen arbeiten!“

Der Tod, von dem Anne spricht, ist nicht der des Lagers. Versteckte haben den unsichtbaren Tod zum Lebensgenossen, er ist da, nicht bloß, wenn er roh die Türen einschlägt — er rauscht erschreckend im Wasser des WC, wenn zu stark gezogen wird, er knistert nachts in den Wänden des Hinterhauses, er tappt in den Schritten harmloser Passanten auf den Treppen, er schreilt in der irrtümlich gezogenen Haustürschelle: er ist immer präsent. Aber diesen Tod meint Anne nicht, sie denkt an den Tod nach einem langen, tätigen, wirk-samen Leben, und dann sich der Unsterblichkeit einräuen — dieser echte Künstlertraum ist schon der knapp Fünfzehn-jährigen aufgegangen, zugleich mit ihrer Lebensaufgabe, den Menschen die Helferin, Erzieherin, Freundin zu sein, die sie

im eigenen Leben vermißt. „Arbeiten für die Menschen“, diesen Auftrag hat sie nun, unwillentlich und unwissentlich, ihrem Tagebuch überlassen, denn über alles Zeitgebundene hinaus schrieb Anne, wie man in Amerika mit Recht sagt, ein klassisches Bekenntnisbuch der modernen Pubertät.

Fünfzig Jahre nach Wedekind, und manchmal in Sätzen von nicht geringerem Zauber keuscher Liebe und Angst, erlebt ein zartes Geschöpf die Wunder und Wunden, die jeder Pubertät bestimmt sind in dem Reifezustand einer neuen Generation, die ihre Elternkonflikte bereits auf der Höhe der Freudenschen Forschung austrägt. Und da die Konflikte zwischen der Tochter und der Mutter, zwischen dem Backfisch und den Erwachsenen durchaus normal sind, hier aber einmal in fast täglichen zwanglosen Niederschriften aufbewahrt und nicht Jahrzehnte später aus der fälschenden Rückerinnerung reproduziert werden, ist wie von selbst ein Buch entstanden, das die Mission, zu der sich Anne berufen fühlte, erfüllt: es hilft der Welt und den Menschen.

Denn wie viele Erwachsene müssen sich nicht beim Lesen dieses Kinderbuches in ihrer ganzen Erwachsenenheit beschämt durchschaut fühlen. Wie viele haben wahrscheinlich — nein, ganz gewiß — Kinder durch den überheblichen Erwachsenen-dünkel, der das Kind nach Jahren und Zentimetergröße mißt, verwundet. Wie sehr machen wir uns schuldig, wenn ein Kind sein wahres Wesen vor uns Erwachsenen verstecken muß, weil ihm seine Wahrheit nicht geglaubt wird, der heilige Ernst der wunderbaren Menschwerdung. Und wie selten gelingt einem Kinde die Flucht aus der prosaischen Umwelt in eine Freundschaft, um seine Seele vor den Eltern zu schützen, um nicht durch verlangte, erwartete Kinderlustigkeit sich von der Entwicklung seines reinen Selbst abdrängen zu lassen. Als Unterdrückte spricht Anne zu uns im Namen aller jungen Geschöpfe, die sich durch die Pubertätskrise durchkämpfen, aber da sich diese zweijährige Krise außerdem in einem Schlupfwinkel von Bedrohten auswirkt, sind Glück und Leid des Allgemeinmenschlichen den Erschütterungen einer doppelt qualvollen Existenz ausgesetzt.

Annes Tagebuch ist aber kein Kriegstagebuch von Anfang an, es ist es erst dadurch geworden, daß die Eltern mit den Töchtern Margit und Anne (Frankfurter Juden, die 1933 nach Holland emigrierten) einen Monat nach Beginn des Tagebuchs im Juli 1942 ihre Amsterdamer Wohnung verlassen mußten und sich im Hinterhaus des väterlichen Geschäfts einsperrten, aufopfernd von ihren holländischen Angestellten versteckt, versorgt und geschützt. Nicht die Not des Untergrundlebens, die Not des kleinen Seelchens, sein Bedürfnis nach voll-

Djilas und wir

Diese Stellungnahme ist keine politische Analyse der Hintergründe und der beabsichtigten Auswirkungen des Prozesses. Sie ist Ausdruck der Empörung darüber, daß in unserer Zeit ein Mensch angeklagt wird, weil er ein Buch geschrieben hat und im Gefängnis verschwinden soll, damit er keine weiteren Bücher schreibt.

Und das in einem Land, das fortschrittlich sein will, in dem aber in Wahrheit die schwärzeste Reaktion der Gedankeninquisition nach wie vor herrscht.

Der Artikel ist darüber hinaus Aufforderung an alle, die gleich denken und fühlen, ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen, wo und wann immer es möglich ist.

Der frühere Vizepräsident Jugoslawiens wurde zu einer Gefängnisstrafe von sieben Jahren verurteilt auf Grund einer Anklage, die in keinem freien Land der Welt erhoben worden wäre, und dem Urteil wurden Bestimmungen eines Strafgesetzes unterstellt, die in keinem Rechtsstaat angewendet würden.

Sieben Jahre Gefängnis nach einem Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit „wegen Verleumdung der Jugoslawischen Volksrepublik und ihrer verfassungsmäßigen Einrichtungen“!

Zugestandenermaßen sind es sieben Jahre Gefängnis für die Veröffentlichung eines Buches, das sich mit theoretischen Problemen der Gesellschaftskritik beschäftigt, ohne sich mit aktuellen Fragen der jugoslawischen Innenpolitik überhaupt zu befassen.

Erst jüngst hat der Oberste Gerichtshof in den Vereinigten Staaten in grundlegenden Entscheidungen, mit denen eine Reihe von Urteilen unterer Gerichte gegen die Führer der Kommunistischen Partei der USA aufgehoben wurden, festgestellt, daß die Verfechtung einer Theorie erst dann als Angriff gegen Verfassungseinrichtungen qualifiziert werden kann, wenn die öffentliche Propagierung der Theorie unmittelbare Gewaltanwendung gegen die Verfassung auslöst.

Der Staatsanwalt im Prozeß gegen Djilas konnte nicht die Spur eines Beweises dafür antreten, daß solche Voraussetzungen im Falle des Buches „Die neue Klasse“ vorgelegen wären. Das Gericht hat verurteilt,

weil freie Gedanken in freier Form zu Papier gebracht wurden; es hat einen Menschen verurteilt, der seine Gedanken ausgesprochen hat, der das getan hat, was Menschen tun, seit es menschlichen Fortschritt gibt, und was Menschen tun werden, solange es menschlichen Fortschritt geben wird.

Es mag sein, daß in Jugoslawien die Zeit des finsternen totalitären Terrors vorbei ist. Mit dem dritten Prozeß Djilas hat das gegenwärtige Jugoslawien jedenfalls bewiesen, daß es eine Periode finsterner Reaktion durchlebt.

Man müßte zurückgehen in die Zeiten zaristischen Selbstherrschertums, vormärzlicher Reaktion in Österreich und vorrevolutionärer Rechtlosigkeit in Frankreich und England, um eine gleichwertige historische Parallele zum Prozeß Djilas zu finden.

In einem Staat mit solchen Gesetzen, wie sie in Jugoslawien gelten, gibt es keine wirksame Verteidigung eines Angeklagten, die diesen Namen verdient.

Es ist nicht das erstmal, daß die Weltöffentlichkeit die Aufgaben der Verteidigung übernehmen muß, wo den berufsmäßigen Verteidigern keine Möglichkeit mehr gegeben ist, ihre Aufgabe mit Aussicht auf Erfolg zu erfüllen.

Aus dem Angeklagten Milovan Djilas ist wieder der politische Strafgefangene Milovan Djilas geworden. Milovan Djilas, in seinem Prozeß des Schutzes jeder wirksamen Verteidigung beraubt, steht jetzt nur noch unter dem Schutz der internationalen öffentlichen Meinung.

Zu ihr trägt auch Österreichs Öffentlichkeit bei.

Ich mache in diesem Zusammenhang folgende Vorschläge:

Die jugoslawische Regierung muß wissen, daß das Interesse am Schicksal von Milovan Djilas in der Weltöffentlichkeit nicht nachlassen wird, solange das schändliche Urteil vom 5. Oktober 1957 aufrecht ist und Djilas in Haft bleibt.

Es wird die Aufgabe freiheitlich gesinnter aus-

kommener Aussprache bringt Anne auf die Idee des Tagebuchs. Seine Originalität besteht darin, daß Anne in der grenzenlosen Einsamkeit einer überempfindlichen und überbegabten Kindheit die Aussprache, die sie im Leben mit herzensguten Eltern, einer älteren Schwester, dreißig Bekannten und einem „Gefolge von Anbetern“ nicht findet, durch eine fingierte Aussprache ersetzt.

Das „Du“, ohne das es im Leben keine Hoffnung gibt, erfindet sich Anne, um nicht hoffnungslos zu leiden. Schon am achten Tag des Tagebuches, das sie an ihrem 13. Geburtstag im Juni 1942 beginnt, fragt sie sich nach dem Sinn ihrer Tagebuchführung und entdeckt jetzt erst, daß es eine Flucht aus ihrem Alleinsein ist. Die langersehnte Freundin fehlt, eine Phantasiefreundin mit notgedrungen konventionellen Zügen will sie nicht erfinden, und daher macht sie das Heft auf ihrem Tisch zum Menschen, nennt es Kitty und schreibt an das Papier die Briefe, die ihr Buch ausmachen, nie die Briefform verlassen und immer leidenschaftlicher zu Briefen an einen teilnehmenden Menschen werden. Denn daß Kitty nicht wirklich ist, übersieht der Leser völlig. Kitty wächst wirklich mit Anne zusammen, wird von den Beichten und Hoffnungen des Kindes mit Menschentum gefüllt, ist der neunte in diesen Hinterhauszimmern und gleichzeitig der Mensch, der außerhalb aller Vorgänge des täglichen Lebens ihr Ohr und Auge geworden ist.

Dieses Hinterhausleben wird von Anne so dicht beschrieben, wie acht Menschen eng aneinanderwohnen, in denen die gemeinsame Gefahr den Egoismus steigert, den täglichen Gewohnheiten die Todeszüge des Unwirklichen, harmlosen Marotten groteske Grimassen nachzieht. Der Kampf um ein Bett, einen Stuhl, einen Tisch, die Wahrung eines Geheimnisses, die Erschöpfung durch die wechselseitige Belästigung wird durch die positive Bereitschaft aller kompensiert, die untätigen Tage, Wochen, Monate, Jahre durch eine feste Zeiteinteilung, vernünftige Hausordnung, durch Arbeit, Lektüre, Weiterbildung der Kinder aufzufüllen. Wechselnde Stimmungen, Aggressionen, Liebesbedürfnis, Ärger an den Tagesgewohnheiten des Mitmenschen erhalten das Leben lebbar, wie ja auch in den Lagern die täglichen Wutausbrüche die einzige Abwechslung waren, die sich die eingesperrten gegenseitig bieten konnten. Mit einem erstaunlichen Verständnis für die Schwächen des Menschen und mit einer noch erstaunlicheren Besorgnis für die charakterliche Fortentwicklung der anderen eingesperrten beiden Kinder stellt Anne dieses Milieu von Bedrohten nicht weniger anschaulich, ja noch drastischer dar als Hersey.

Die Fremdheit, an der Anne leidet, die Bodenlosigkeit, in die das Kind keinen Anker versenken kann, ist die Mutter. Der Psychoanalyse ist der Vaterkonflikt der Söhne so gut wie der Mutterkonflikt der Töchter bekannt, und für die Wissenschaft ist diese Spannung so normal wie jene. Neu und heute in Annes Pubertätsbekenntnissen ist die Offenheit, mit der sie den Konflikt, den Kinder meistens verdrängen und erst viel später aus einer Analyse erfahren, in allen Phasen erleidet, selbst zergliedert und überwindet. Ihr Mutterkonflikt wird nicht durch die Liebe zum Vater kompensiert — dem sie sich näher fühlt, keineswegs nahe —, sondern durch das Fehlen der Mutter, die ein so besonderes Kind braucht. Dennoch will sie vom Vater nicht als Tochter, sondern als Anne, das heißt als Mensch jenseits des Elterlichen, geliebt werden. Ihre Auseinandersetzungen mit der Mutter halten sich völlig im Normalen der Mutter-Tochter-Spannung, die nicht von der Mutter ausstrahlt, sondern von Annes Zentrifugaltrieb, der Schwester Margot offenbar fehlt. Die Mutter ist durchaus Mutter mit allen Fehlern des Menschentums, eben nicht die ideale Mutter, die ein solches Kind braucht und träumt. Natürlich geht die Spannung weit in die Jugend des Kindes zurück, nur daß in der Enge der Zufluchtsstätte ihre Dynamik ganz anders herausgetrieben wird, wunderbarerweise aber auch in diesem schnellen Reifeprozess der zwei Hinterhausjahre die Objektivität der Tochter den Konflikt mit der Mutter zurücknimmt. Anne betrachtet „sie nur als Mutter, aber für mich ist sie nicht »die« Mutter. Ich selbst muß meine Mutter sein“. Das ist wohl die erstaunlichste Konsequenz, die eine Dreizehnjährige aus ihrer Trauer zieht, daß sie sich ein Frauen- und Mutterideal formt und sich vornimmt, es zu leben, um aus seiner Fülle den Menschen Trost und Rat zu bieten.

Die Wende in diesem Verhältnis erfolgt im zweiten Jahr des Tagebuches. Anne lehnt es eines Abends ab, statt, wie gewöhnlich, mit dem Vater mit der Mutter zur Nacht zu beten. Erschüttert „und mit entstelltem Gesicht“ wendet sich die Mutter ab, und Anne erwacht, wie sie der hörsamen Kitty sofort schreibt, in der Erschütterung einer Sünde, die doch Schuldlosigkeit ist, denn sie kann ihr Recht auf eine Mutter nicht aufgeben, die alles ernst auffaßt, was das Kind bewegt. Weniges in der Kinderliteratur dürfte so erschütternd sein wie dieses unbedingte Verlangen eines Kindes, seinen Ernst mit jemandem zu teilen. Und wie die Mutter zu ihr, kann sie zur Mutter das rechte, das liebende Wort nicht sprechen, ja sie bringt nicht einmal mehr, wie bisher, den Namen Mams über die Lippen, verstellt das unaussprechbar gewordene

ländischer Juristen sein, Mittel und Wege zu finden, um der jugoslawischen Strafvollzugsbehörde dieses Interesse unaufhörlich vor Augen zu führen.

Die internationale Öffentlichkeit wird über die einschlägigen Bestimmungen der jugoslawischen Strafvollzugsgesetzgebung und über den jeweiligen Ort der Anhaltung Djilas zu orientieren sein.

Juristendelegationen aus anderen Ländern werden nach Jugoslawien fahren und Zutritt zu Milovan Djilas verlangen müssen.

Djilas muß das Recht haben, Besuche zu empfangen, die sich von der Menschenwürdigkeit seiner Unterbringung überzeugen werden und kontrollieren können, ob er als politischer Gefangener so behandelt wird, wie es den internationalen Gepflogenheiten und den Grundsätzen der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen entspricht.

Möglichst viele Menschen sollen Djilas regelmäßig schreiben.

Es sollen ihm Bücher und andere Geschenksendungen geschickt werden.

Ein internationales Juristenkomitee zum Schutze Milovan Djilas soll im Einvernehmen mit seiner Frau die Weltöffentlichkeit über den Gesundheitszustand und das Befinden von Djilas auf dem laufenden halten und feststellen, ob und was zur Unterstützung seiner Angehörigen getan werden kann.

Man darf es den jugoslawischen Behörden, die hoffen, Djilas auf Grund des neuen Urteils endgültig verschwinden zu lassen, nicht bequem machen. Sie dürfen ihr Ziel nicht erreichen.

Die jugoslawische Regierung und ihr Gefangener müssen wissen, daß Djilas in seinem Kampf um das freie Wort nie mehr allein stehen wird.

Jugoslawien liegt an kulturellem und geistigem Kontakt mit dem westlichen Ausland. Niemand wird dem widersprechen, solange es kein kultureller Einbahnverkehr wird, sondern echter geistiger Austausch gewährleistet ist.

Im vergangenen Jahr hat als Gast der Wiener Juristischen Gesellschaft ein Laibacher Hochschulprofessor über jugoslawische Verfassungsprobleme gesprochen.

Vor den sozialistischen Juristen hat vorher ein

Wort zu Mans und möchte doch viel lieber „mit dem kleinen Strich an dem »n« die Mutter ehren“. Aber ein halbes Jahr später hat sich infolge der Loslösung vom Familienschoß die Beziehung zur Mutter entspannt, und rücklesend in den Briefen an Kitty versucht die neue Anne die frühere, kindlichere zu interpretieren, die auch schon an Stimmungen litt, „und dann bin ich, bildlich gesprochen, wie ein Taucher unter Wasser, der alles verzerrt sieht“. Aber in dieses verzerrte Sehen vertieft, verspielt sich Anne wie schon als Kind in Tagträume, eine Waise zu sein und jetzt schon Mutter sein zu müssen.

Diese Sendung bietet sich ihr unerwartet in der holdesten Liebe eines Frühlingserwachens im Hinterhaus, aus dessen Dachluken sie sehnsüchtig hinauf in den Himmel schaut, stundenlang abends mit Peter, dem Gegenstück zu Anne, Sohn der anderen miteingesperrten Familie und wie sie ein junges Geschöpf, das auch daran leidet, keine Mutterbeziehung zu haben. Mit erstaunlichster Klugheit entdeckte Anne, nun vierzehnjährig, dieses scheinbar identische, in Wahrheit konträre Manko des Schicksalsgefährten als gemeinsame Bindung. Aber diese Bindung ist Liebe, und wir erleben im Tagebuch, zusammengedrängt in wenigen Monaten, die Phasen, die das junge Geschöpf durchschreitet. Die erste Objektwahl wendet sich an das eigene Geschlecht: „Jedesmal gerate ich in Ekstase, wenn ich eine nackte Frauengestalt sehe, zum Beispiel eine Venus. Das ist etwas so Schönes, daß ich an mich halten muß, um nicht zu weinen!“

Die nächste Phase vollzieht sich im Traum. In ihrer freien Schulzeit hatte sie sich, zwölfjährig, in Peter Wessel verliebt, mit ihrem Wachstum wächst die Liebe und enthüllt sich der Schlafenden als Antwort auf die suchende Stimme ihres neuen Körpers. Im Traum sagt ihr Peter „ganz sacht und leise: »Wenn ich das gewußt hätte, wäre ich schon längst zu dir gekommen!« Brisk drehte ich mich um, weil die Rührung in mir zu mächtig wurde. Da fühlte ich ganz sanft und zart Peters Wange an der meinen, und mir war so wohl, ach, so wohl! Als ich wach wurde, glaubte ich, seine Berührung noch zu fühlen...“

Wie ein Leitmotiv durchzieht dieser süße Traum die Seele und die Briefe des Kindes. Er bedeutet die Wandlung. Durch den Traum entdeckt Anne, daß ihre Sehnsucht nach einem Jungen geht, nicht nach einer Freundin, entdeckt sie ein Glück, einen Lebenssinn und eine Kraft, die sie ebenso deutlich in sich wie im Sternengang erlebt. Und da ihr das Schicksal einen Speicherkameraden gab, der auch Peter heißt und

Hochschuldozent aus Agram über Fachfragen einen Vortrag gehalten. Österreichische Journalisten werden wiederholt nach Jugoslawien eingeladen. Damit seien nur einige Beispiele angeführt.

In Zukunft darf keine Veranstaltung dieser Art vorbeigehen, ohne daß Österreicher als Gastgeber oder Gäste nach Milovan Djilas fragen.

Viele österreichische Touristen besuchen in ihren Ferien Jugoslawien, kommen dort mit der Bevölkerung in Berührung und sprechen mit Menschen aller Bevölkerungsschichten.

Auch diese Landsleute sollen sich ihrer Verantwortung bewußt sein und überall, wo es möglich ist, daran erinnern, daß Djilas, der Strafgefangene Titos, von der Welt nicht vergessen ist.

Diktaturen sind gegen die öffentliche Meinung der Welt keineswegs unempfindlich, auch wenn sie oder gerade weil sie in ihren Ländern keine öffentliche Meinung dulden. Auch die jugoslawische Regierung wird nicht unempfindlich bleiben können, wenn den Vertretern ihres Landes bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Frage: „Kain, wo ist dein Bruder Abel?“ gestellt werden wird.

Diese Frage solange zu stellen, bis die jugoslawische Reaktion ihr Opfer wieder freigibt, dazu sind alle Einzelpersonen sowie kulturelle und wissenschaftliche Institutionen in Österreich aufgerufen, die in Zukunft mit jugoslawischen Einzelpersonen oder Institutionen in Verbindung treten werden.

Das scheint mir die selbstverständliche Solidaritätspflicht gegenüber einem Mann zu sein, der seine ganze Persönlichkeit für Werte einsetzt, die auch die unseren sind.

Es soll das unser Beitrag dazu sein, daß die Worte Wahrheit werden, die Milovan Djilas am Ende seines Buches „Die neue Klasse“ schreibt:

„Was immer kommen mag, die Welt wird sich ändern und wird sich in der Richtung entwickeln, in welcher sie sich bisher bewegt hat und weiter entwickeln muß — zu größerer Einheit, zum Fortschritt und zur Freiheit. Die Macht der Wirklichkeit und die Macht des Lebens sind immer noch stärker gewesen als jede Art von brutaler Gewalt, und sie waren immer noch erfolgreicher als jede Theorie.“

den sie lieb hat, wird Peter ihre Liebe, ihr Zusammensein das Traummärchen, das sich im Leben wiederholt. Der Traum- und der Tag-Peter, die Idee und der „Ersatz“ (als solchen empfindet sie ihn vor dem ersten Kuß), gehen ineinander über und spalten sich später aus Enttäuschung an dem ihr nicht genügenden jungen Menschen.

Daß nun der Konflikt mit der Mutter zurücktritt, ist natürlich. Anne lebt vom Glück der ersten Liebe und des Schreibens: „Mit dem Schreiben löst sich alles, mein Kummer schwindet, der Mut lebt wieder auf. Aber, und das ist die große Frage, werde ich jemals noch etwas Bedeutendes schreiben? Ich hoffe es von ganzem Herzen!“

Für ihre Entwicklung bedeutet das Schreiben die Erforschung des eigenen Ich und die Entdeckung ihrer Doppelnatur, der „beiden Annen“, die selbst wieder zwei verschiedene Wesen sind: die älteren, vor der Flucht ins Hinterhaus, und die jüngeren, die sich noch immer im Wege stehen: die fable convenue des geschwätzigen, vorlauten, unernsten Kindes, und die Wahrheit der einsamen, mißverstandenen, an ihrer Verstellung bitter leidenden Anne, die in dauernder Selbstkritik unter vielen Tränen selbständig wird.

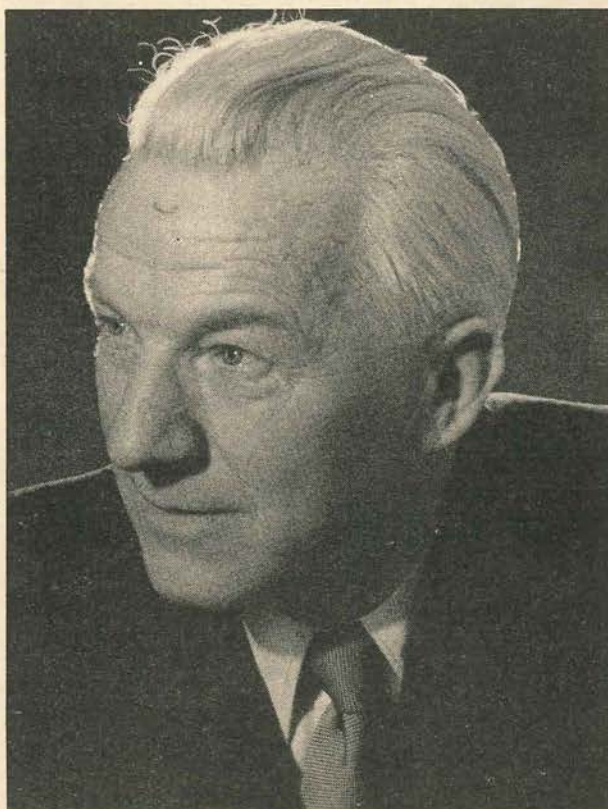
Aber hier greift das Schicksal ein und gibt den Tagebuchblättern, die nur eine Episode der Backfischjahre beschreiben wollten, die Fügung eines in sich geschlossenen Romans. In einem scheinbar so unhistorischen, entwicklungslosen Zustand wie dem eines erzwungenen Zusammenlebens zweier Familien in einem Versteck hält die innere Zeit den Vorrang vor der äußeren, und was jeder Gefangene erlebt, bestätigt Anne: das Entwicklungstempo der jungen Seelen im Versteck ist ein ganz anderes als das der Erwachsenen. Das junge Mädchen, das sich nun selber kennt, hat nun die Geschichte mit dem Kind gemein, das am Verkanntwerden so bitter gelitten hat. Dieses Mädchen hat das Leiden an den Eltern aus eigener Kraft überwunden. Es hat sogar seine erste Liebe überwunden, und auch hier kommt ein psychisch so wichtiges Moment dem Kind zum klaren Bewußtsein: ihre Beziehung zu Peter krankt daran, daß sie ihn erobert hat statt umgekehrt. Man sieht, daß der Drang dieses Mädchens immer direkt auf das Echte, Richtige, Normale zielt, fort von unserem unechten, unrichtigen, fast immer abnormen und daher neurotischen Leben. Dieser Wahrheit fühlt sie sich so sicher, daß sie sie der ganzen Menschheit mitteilen möchte. Und das ist ihrem ersten Schreibversuch gelungen. Die wahrheitsgetreue Erfahrung einer Pubertät wird zum unschätzbaren Erziehbuch von Eltern und Erziehern.

Niemals vergessen

Karl Hans Sailer

Unser Genosse Karl Hans Sailer ist nach langem, furchtbarem Leiden, das den erst Siebenundfünfzigjährigen seit Jahren gequält, seit Wochen ans Spitalbett gefesselt hatte, gestorben. Ein Leben endet unvollendet und viel zu früh, ein Leben, das der sozialistischen Bewegung gewidmet war. Ein Mann ist gestorben, der mit starker Begabung und mit reinem Streben unserer Idee gedient hat. Wir haben einen Lauteren verloren.

Karl Hans Sailer war ein Wiener Vorstadtkind, seine Leute waren Arbeiter und kleine Angestellte. Er selbst war kleiner Angestellter einer Kabelfabrik, als ihn Karl Leuthner in der sozialistischen Jugendbewegung in der Josefstadt entdeckte. Sein erster Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ — über Jugend-



probleme in der Partei — fiel auf. Als bald wurde er regelmäßiger Mitarbeiter der „Arbeiter-Zeitung“, dann Redakteur des 1927 gegründeten „Kleinen Blattes“, dann kam er für dauernd zur „Arbeiter-Zeitung“.

Er war kein leichter, oberflächlicher Schreiber; er schrieb langsam, gediegen, aufrichtig und schön. Nie ein unechtes und nie ein unrechtes Wort. Hier schrieb, hier sprach einer, der eine Gesinnung hatte.

Er war in seinen politischen Auffassungen kein extrem-radikaler, aber ein kompromißloser Sozialist. Das zeigte sich, als 1934 die sozialistische Bewegung gewaltsam unterdrückt wurde: Karl Hans Sailer wurde sehr bald der Vorsitzende des ersten Zentralkomitees der illegalen sozialistischen Bewegung und leitete sie im Lande während der ersten Zeit. Er war der Hauptangeklagte in dem großen Prozeß gegen die revolutionären Sozialisten, der so starkes Aufsehen im In-

(Fortsetzung auf Seite 29)

Das deutsche Bundesrückergesetz (BRÜG)

Auf Grund des deutschen Bundesrückergesetzes besteht ein Anspruch auf Entschädigung auch für die in Österreich erfolgte Entziehung feststellbarer Vermögensgegenstände durch das Deutsche Reich sowie die Nationalsozialistische Partei und andere nationalsozialistische Einrichtungen.

Personen, denen solche Vermögensgegenstände in Österreich entzogen wurden, sind ohne Rücksicht auf ihre Staatsbürgerschaft, soweit dem nicht der Verzicht aus dem österreichischen Staatsvertrag entgegensteht, anspruchsberechtigt, wenn diese Vermögensgegenstände nachweislich nach der Entziehung in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder Groß-Berlin, das heißt einschließlich Ost-Berlin gelangt und nicht mehr vorhanden sind.

Die volle Tragweite der Bestimmungen des Gesetzes wird sich erst im Laufe seiner Handhabung erweisen.

Für Österreicher ist vor allem die Frage der Bedeutung des Staatsvertrages für die Ansprüche nach dem BRÜG wichtig. Dabei kann aber davon ausgegangen werden, daß auf Ansprüche nach dem BRÜG der Verzicht aus dem Staatsvertrag höchstens dann angewendet werden kann, wenn der Antragsteller sowohl am 8. Mai 1945 als auch am 27. Juli 1955 österreichischer Staatsbürger war und überdies am 8. Mai 1945 in Österreich seinen Wohnsitz hatte.

In der nationalsozialistischen Ära mußten Gold, Silber und andere Wertgegenstände an das Wiener Dorotheum abgeliefert werden, das in sehr vielen Fällen die Übersendung nach Berlin vornahm. Die Aufzeichnungen hierüber sind größtenteils noch vorhanden. Interessenten mögen daher beim Dorotheum unverzüglich nach dem Schicksal der in Frage kommenden Vermögensgegenstände Erkundigungen einziehen.

Auch österreichische Bankinstitute verfügen über Nachweise über die Entziehung und Verbringung von Juden gehörigen Vermögensgegenständen nach Deutschland oder Berlin, insbesondere von Wertpapieren.

Bankguthaben wurden wohl in der Regel bereits in Österreich liquidiert. Wenn der Saldobetrag dann nach Deutschland geschickt wurde, besteht kein Entschädigungsanspruch, da Geld kein „feststellbarer Vermögensgegenstand“ im Sinne des Gesetzes ist.

Nur in Fällen, in denen ein Guthaben als Ganzes unliquidiert nach Deutschland verbracht wurde, kommt die Geltendmachung eines Anspruches in Frage. Dies scheint insbesondere der Fall bei Postsparkassenkonten gewesen zu sein, da nach dem sogenannten Anschluß die deutsche Postsparkasse in Berlin anscheinend sämtliche (also nichtjüdische und jüdische) Konten der österreichischen Postsparkasse übernommen hat.

Für Umzugsgut (Liftvans), welches von Österreich nach einem deutschen Hafen gebracht und dort beschlagnahmt wurde, besteht ein Entschädigungsanspruch, auch wenn das Umzugsgut vom deutschen Hafen nach Österreich zurückgeschafft und dort versteigert wurde.

Die Anmeldefrist läuft am 1. April 1958 ab. Es empfiehlt sich daher, die unverzügliche Vornahme von Erhebungen über das Schicksal entzogener Vermögensgegenstände.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Christian Broda, Frank Fischer, Jacques Hannak, Friedrich Hillegeist, Wilhelm Krell, Richard Kurfürst, Felix Stöfinger, Rudolf Trimmel.

Vorentwurf eines neuen Programms der SPÖ

Wir veröffentlichen nachstehend den Entwurf im vollen Wortlaut, wie er dem in Salzburg tagenden Parteitag vorgelegt wurde.

1. Sozialismus — gestern und heute

Grundsätzliches

Sozialismus ist eine Gesellschaftsordnung, also eine Ordnung der Lebensverhältnisse und der Beziehungen der Menschen zueinander, deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ist.

Ihre Vorbedingungen sind die Freiheit des Menschen und der Völker, Glaubens- und Gewissensfreiheit, wirtschaftliche Unabhängigkeit, gesellschaftliche Gleichberechtigung, Sicherheit der Existenz.

Der Weg zu diesem Ziel ist die Demokratie. Zu ihr bekennt sich die SPÖ uneingeschränkt.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, daß jeder Versuch, eine Diktatur zu errichten — gleichgültig in wessen Namen und zu welchem Zweck —, zu neuer Unfreiheit und Unterdrückung, zur Bildung neuer Klassen und damit zu neuer Ausbeutung führt.

Die Arbeiter und Angestellten stehen mit ihrem Bekenntnis zur Demokratie nicht allein. Auch andere Gruppen der Gesellschaft bekennen sich zur Demokratie als der zweckmäßigsten und gerechtesten Gestaltung von Staat und Gesellschaft, in deren Rahmen die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze mit den geringsten Reibungen ausgetragen und ausgeglichen werden können. Während die übrigen Schichten der Gesellschaft ihre Interessen unter Umständen auch außerhalb der Demokratie wahrnehmen können, bedeutet diese für die Arbeiterbewegung die Lebensluft, ohne die sie erstickt.

Darum gelobt die SPÖ, unverbrüchlich an ihr festzuhalten und sie auch in Zukunft gegen jeden Angreifer mit allen Kräften zu verteidigen, wie sie es in der Vergangenheit getan hat.

Demokratie bedeutet nicht nur Herrschaft der Mehrheit, sondern auch Bedachtnahme auf die Rechte der Minderheit. Die SPÖ hat diese Toleranz stets geübt und ist deshalb weit über den Rahmen einer Klassenpartei hinausgewachsen. Dabei hat sie ihren Charakter als Vertreterin der Arbeiterschaft niemals verleugnet und kann ihn nicht verleugnen, ohne ihrem innersten Wesen untreu zu werden. Aber die von ihr angestrebte Ordnung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat liegt nicht nur im Interesse der Arbeiter und Angestellten, sondern der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung.

Sozialismus ist vollendete Demokratie.

Er ist ihre Übertragung vom Gebiet der Politik und des Rechtslebens auf das der Wirtschaft und Gesellschaft. Das Ziel der Demokratie ist die Herstellung einer Gesellschaft freier und gleichberechtigter Menschen; eine solche kann nicht existieren, solange in der Wirtschaft die Existenz der Arbeitenden von den Eigentümern der kapitalistischen Großunternehmungen abhängig bleibt, und solange Kultur und Wissen nicht allen Mitgliedern der Gesellschaft in gleichem Maße zugänglich sind.

Die Aufgabe des demokratischen Sozialismus

Mehr als ein Jahrhundert ist vergangen, seitdem das Kommunistische Manifest feststellte, daß die Arbeiter nichts zu verlieren haben als ihre Ketten. Die Welt hat sich seither gründlich verändert. Die Entwicklung der Industrie hat die menschliche Gesellschaft revolutioniert. Die steigende Anwendung von Maschinen bedingte einen leistungsfähigeren Bewegungsmechanismus und dieser wiederum eine zuverlässigere Triebkraft, als es die menschliche oder tierische sein konnte. Zur Ausnützung der Wasserkraft kam die Verwendung des Dampfes, der Elektrizität und schließlich der Atomenergie als motorische Kräfte.

Die Produktion wurde ein gesellschaftlicher Akt, das Produkt ein gesellschaftliches Produkt, an dem der Anteil des einzelnen Arbeiters nicht mehr zu erkennen war. Die fortschreitende Entwicklung löste aber auch den einzelnen Kapitalisten vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß los und verwandelte seine Tätigkeit in eine gesellschaftliche; die Funktion der Leitung seiner Unternehmungen wurde vielfach von bezahlten Angestellten übernommen.

Die Gebundenheit des Absolutismus und Feudalismus wurde durch die Freiheit des Individuums ersetzt, die sich sowohl als Freizügigkeit wie als dauernde Unsicherheit der Existenz äußerte. Als Protest gegen Rechtlosigkeit und Ausbeutung schuf sich die Arbeiterschaft ihre Organisationen. Der technische Fortschritt, die Verbreitung der Bildung und die erfolgreiche Tätigkeit der Gewerkschaften ließen die Voraussetzungen für die Hebung des Selbstbewußtseins der Arbeiter, die Einsicht in ihre Klassenlage und die Möglichkeit ihres Aufstiegs entstehen.

Die Arbeiterschaft errang allmählich Einfluß im Staat. Die Hebung der Lebenshaltung und die Verbesserung der Sozialpolitik, vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit, schufen die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die Anteilnahme der Arbeiterschaft an den Staatsgeschäften. Die Revolutionen nach dem ersten Weltkrieg boten der Arbeiterschaft zum erstenmal die Möglichkeit aktiver Mitarbeit an Regierungen. Die Ernte für die Arbeiterbewegung war auf politischem und sozialpolitischem Gebiet außerordentlich groß. Gerade das bewog das Bürgertum in manchen Ländern, sich mehr und mehr von der Demokratie abzuwenden, um mit Hilfe der Gewalt das politische Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten wieder zu korrigieren.

Aber Faschismus und Nazismus vermochten den Aufstieg der Arbeiterschaft nur für kurze Zeit zu hemmen. Sie sind mit dem Wesen der modernen Gesellschaft nicht zu vereinbaren und mußten daher stürzen. Nach ihrem Fall haben sich die alten Formen der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen wesentlich geändert. Ging es früher der politischen Arbeiterbewegung darum, die Gleichberechtigung im Staat zu erkämpfen und die Privilegien der Besitzenden zu beseitigen, so handelt es sich heute darum, die nunmehr errungene Gleichberechtigung zur Gewinnung der Mehrheit im Kampf um die Staatsmacht zu nutzen. Ebenso begnügen sich die Gewerkschaften nicht mehr mit dem Streben nach der materiellen Besserstellung ihrer Mitglieder, sondern in ihrer Arbeit nimmt das Ringen um die Mitbestimmung des wirtschaftlichen Geschehens und um die Vollbeschäftigung einen immer breiteren Raum ein.

Aber dadurch sind die Forderungen des demokratischen Sozialismus keineswegs so weit erfüllt worden, daß man berechtigt wäre, vom Ende der Arbeiterbewegung oder auch nur von ihrer Umänderung in eine bürgerliche oder kleinbürgerliche Reformbewegung zu sprechen. Wir sind vielmehr in das Zeitalter der Verwirklichung des Sozialismus eingetreten; wir haben den Weg zu diesem Ziel erst begonnen, ihn jedoch bei weitem noch nicht bis zu seinem Ende zurückgelegt.

Denn wenn es auch richtig ist, daß die politische Gleichberechtigung errungen ist, so fehlen der Arbeiterschaft noch wesentliche Vorbedingungen, sie vollständig für sich auszunützen. Mag auch der Anteil der sozialistischen Vertreter in den gewählten Körperschaften so stark gestiegen sein, daß gegen sie nicht mehr regiert werden kann, so entspricht ihr Anteil an der Handhabung der Gesetze bei weitem nicht ihrer Stärke in der Bevölkerung — eine unausweichliche Folge des noch immer bestehenden Bildungsprivilegs.

Noch krasser ist das Mißverhältnis auf dem Gebiet der Wirtschaft. So stark der Anteil des Staates an ihrer Regelung gestiegen ist — niemand wird behaupten

ten können, daß sein Einfluß allein oder auch nur vorwiegend im Interesse der Arbeiter und Angestellten oder der Gewerbetreibenden und Bauern und nicht vielmehr in dem der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer eingesetzt wird. Wohl bedeutet die Verstaatlichung einen Einbruch in das Gebiet kapitalistischer Privilegien, aber sie ist bisher nicht genügend nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet worden, um das Grundprinzip unserer Wirtschaftsordnung zu ändern oder gar aufzuheben, und sie schwebt überdies ständig in Gefahr, durch kapitalistische oder politische Einflüsse ihrem ursprünglichen Zweck entfremdet zu werden.

Aber außer diesen Einschränkungen, die nicht nur den österreichischen, sondern darüber hinaus den gesamten europäischen Sozialismus in seiner Entwicklung hemmen, gibt es Faktoren, die heute das gesamte internationale Geschehen bestimmen und es in der nächsten Zukunft noch stärker bestimmen werden.

Je höher die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten steigt, um so stärker wächst das Bestreben der Kapitalisten, die menschliche Arbeitskraft durch die Maschine zu ersetzen. Die Fortschritte der Technik vollziehen sich in der Gegenwart rascher als je zuvor, und die Automation kündigt wirtschaftliche und soziale Umwälzungen in der Produktion, mehr aber noch in den Büros an, deren Folgen heute noch nicht überblickt werden, die jedoch eine Bedrohung der Vollbeschäftigung und des Arbeitsfriedens mit sich bringen können, wenn nicht rechtzeitig vorausschauende planende Maßnahmen ergriffen werden.

Einen ähnlichen Unsicherheitsfaktor stellt die Nutzbarmachung der Atomkraft dar, die durch den sprunghaft wachsenden Energiebedarf der Weltwirtschaft und durch die immer deutlicher hervortretende Unzulänglichkeit seiner Deckung aus den bisherigen Quellen erzwungen wird.

Tauchen somit im Bereich der kapitalistischen Wirtschaft Störungsfaktoren auf, die zu einer ersten Erschütterung ihrer seit dem Ende des zweiten Weltkrieges herrschenden relativen Stabilität führen können, so gilt das in noch erhöhtem Maß für die außerkapitalistische Welt, die in steigendem Maß durch politische und wirtschaftliche Revolutionen völlig umgewälzt wird.

1917 hatte der Sturz des Zarismus die Reihe der Umwälzungen eröffnet. Die kommunistische Diktatur, die aus ihm hervorging, schuf sich eine lediglich auf Krieg und Rüstung gerichtete Planwirtschaft. Zwangskollektivierung der Bauernschaft und Aufbau der Rüstungsindustrie sind ebenso ihre Merkmale wie Terror und Zwangsarbeit. Mit dem Blut von Millionen hingemordeter Bauern, Arbeiter und Intellektueller wurde das riesige Gebäude der stalinistischen Wirtschaft zusammenge kittet, das als die reinste Verkörperung des absoluten Machtwillens in die Geschichte eingehen wird.

Hier trafen sich Nazismus und Stalinismus; beide wurden trotz ihrer völlig verschiedenen Ausgangspunkte einander immer ähnlicher. Die Materie triumphtierte über die Ideologie; es ist daher kein Zufall, sondern das Ergebnis einer zwingenden Entwicklung, daß sich die beiden Diktaturen im Stalin-Hitler-Pakt fanden, der die Welt in den Krieg stieß.

Dieser brachte den Sieg der westlichen Demokratien und Sowjetrußlands, das durch Hitlers Überfall an ihre Seite gedrängt worden war, und gleichzeitig das Ende des europäischen Faschismus und des europäischen Kolonialismus. Ihr Zusammenbruch und das

Mißtrauen der zur nationalen Unabhängigkeit emporgestiegenen Völker gegen die kapitalistische Welt haben die bisherigen Quellen der Kapitalzufuhr in die wirtschaftlich unterentwickelten Länder versiegen lassen, so daß in ihnen nur der Staat aus Steuermitteln eine Industrialisierung größeren Stils betreiben kann; das Fehlen eines industriellen Bürgertums ist ein charakteristisches Merkmal dieser Gebiete.

Die entstehende Staatsindustrie wird ein Machtinstrument in der Hand der sie führenden Intellektuellen, die sich fast überall mit den Offizieren verbünden. Der durch die Ungerechtigkeit der Kolonialherrschaft bis zur Siedehitze angefachte Nationalismus erhebt Souveränität und Machtpolitik zu Symbolen der neuen Staaten und veranlaßt sie, die neue Industrie in den Dienst der Rüstung zu stellen.

Auf diese Weise wird nur ein Bruchteil der ohnedies kargen Mittel zur Schaffung produktiver Anlagen verwendet. Arbeiter und Bauern bleiben arm, ja ihr Lebensstandard geht unter dem Druck des Bevölkerungszuwachses und der Rüstungslasten unter Umständen sogar noch zurück. Das steht in schreiendem Gegensatz zu den hemmungslosen Versprechungen der Intellektuellen, die Bauern und Arbeitern das Paradies auf Erden verheißen, sobald nur die Fremden abgezogen seien.

Die Regierungen der jungen Staatsgebilde — gleichgültig, ob sie faschistisch oder kommunistisch sind — wissen mit der wachsenden Unzufriedenheit der arbeitenden Massen nicht anders fertig zu werden als durch nackte Gewalt. Diktatur gegen das eigene Volk, Kriegsdrohung gegen die fremden Staaten — das ist der Inhalt der Politik dieser Regierungen, welches ideologische Mäntelchen sie sich auch umhängen.

Ihr Todfeind ist der demokratische Sozialismus. Wenn sie es auch nicht wahrhaben wollen — sie leben von der Ausbeutung der Arbeiter und der Bauern, und ihre historische Funktion entspricht der der ausbeutenden Klassen im europäischen Frühkapitalismus: sie zertrümmern die bäuerliche Wirtschaft, verelenden große Teile der Landbevölkerung und treiben sie in die Stadt; dort wird aus dem von der Scholle gelösten Bauern von gestern der besitzlose Proletarier, der menschliche Träger der Industrialisierung, für die Kapital und Technik die materiellen Vorbedingungen geschaffen haben.

Diese Staatswirtschaft weist alle äußeren Formen kapitalistischer Wirtschaft auf, und wenn auch der Einzelkapitalist fehlt, so empfindet sich die Gesamtheit der Staats- und Industrieführer ebenso als eine Interessengemeinschaft wie die im Gegensatz zu ihr stehende Arbeiterschaft. Aus dem materiellen Konflikt um die Verteilung des Sozialprodukts entsteht notwendigerweise ein ideologischer: entwickelt sich in der Führung das Denken der Managementschicht, so nimmt die Vorstellungswelt der Arbeiterschaft und der ihr nahestehenden Gruppen die Form des demokratischen Sozialismus an.

Diese Umformung von Wirtschaft und Gesellschaft betrifft zwei Drittel der Menschheit; nur Westeuropa und Nordamerika sind davon ausgeschlossen. Mögen sich daher die Gegensätze zwischen Kapitalismus und Sozialismus im industrialisierten Sektor der Weltwirtschaft so weit gewandelt haben, daß eine allmähliche Angleichung im Rahmen demokratischer Spielregeln ohne Anwendung von Gewalt möglich geworden ist, so ist das für die übrige Welt nicht maßgebend.

Schutzbündler und RS

die noch nicht Mitglieder des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus sind, melden sich in der nächsten Sprechstunde in ihrem Bezirk oder in ihrem Landessekretariat zum Beitritt an.

Hier ballen sich die Konflikte vielmehr erst zusammen, hier muß der demokratische Sozialismus den von ihm vertretenen Schichten erst den Kampfboden schaffen, auf dem sie ihre Interessengegensätze austragen können.

Revolutionen, Bürgerkriege, vielleicht auch äußere Kriege werden diese Entwicklung begleiten, und wenn auch die westliche Welt nicht mehr als Kolonialmacht in diese Vorgänge eingreifen wird, so kann sie sich ihrem Einfluß ebensowenig entziehen, wie ihre Wirtschaft von der Industrialisierung des Ostens unberührt bleiben wird.

Die vor uns liegende Zukunft wird daher den demokratischen Sozialismus in der ganzen Welt vor große und schwere Aufgaben stellen. Die europäischen sozialistischen Parteien haben durch ihr Beispiel der jungen Bewegung des Ostens den Weg zu weisen; sie muß ihn jedoch aus eigener Kraft zu Ende gehen.

In einer Welt voller Probleme und Konflikte hat der demokratische Sozialismus eine doppelte Aufgabe: er hat die politische Demokratie im Kampf gegen alte Vorrechte und neue Diktaturen durchzusetzen und zu sichern, und er hat ihr durch Beseitigung der Reichtumsunterschiede und durch Herstellung der Sicherheit der Existenz den sozialen Inhalt und damit seine Erfüllung zu geben. Friede und Freiheit, Wohlstand und Sicherheit für alle sind und bleiben seine unverrückbaren Leitsterne.

Der Sozialismus im Ringen der modernen Geistesströmungen

Der Sozialismus ist ein Bestandteil der neuzeitlichen Freiheitsbewegung, die die Menschheit aus den materiellen und geistigen Bindungen des Mittelalters herausführte. Die mit der kapitalistischen Industrie entstehende Lohnarbeiterschaft stellte sich ursprünglich in die Reihen des Bürgertums, um mit ihm gemeinsam Absolutismus und Feudalismus zu bekämpfen, die sie als die eigentliche Ursache ihres Elends ansah. Sie glaubte an die optimistische Lehre des Liberalismus, daß die Beseitigung aller wirtschaftlichen und politischen Fesseln Freiheit und Gleichheit auf allen Gebieten bringen werde.

Die Arbeiter waren tief enttäuscht, als sich in der großen Französischen Revolution die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Voraussage herausstellte. Die Enttäuschung schlug in Empörung und Erbitterung um, als an die Stelle der alten Abhängigkeiten neue traten und als sich mit dem Einzug der Maschine Not und Elend breiter Massen vervielfachten.

Zwei Strömungen versuchten dem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur äußersten Konsequenz getriebenen Liberalismus Grenzen zu ziehen: der Konservatismus und der utopische Sozialismus.

Mochten sich die beiden auch in wesentlichen Punkten unterscheiden, in einem waren sie einig: alle Maßnahmen für die unteren Volksschichten sollten durch den Staat oder durch reiche Menschenfreunde erfolgen.

Hier trat eine große Wende ein, als die Lohnarbeiter den Weg zur Selbsthilfe fanden. Der Ruhm, ihnen diesen Weg erschlossen, die Arbeiterbewegung aus einem Neben- und Durcheinander kleiner verschwörerischer Zirkel und Sekten in eine demokratische Massenbewegung mit klaren Zielen verwandelt zu haben, gebührt zwei Männern: Marx und Engels. Es gehörte tiefe Einsicht in die Bewegungsgesetze des Kapitalismus dazu, vor nahezu hundert Jahren, in der Gründungsurkunde der Ersten Arbeiter-Internationale, die heute zur Selbstverständlichkeit gewordene Wahrheit auszusprechen: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Damit haben Marx und Engels der modernen Arbeiterbewegung die Richtung gewiesen; durch das Wirken der beiden wurden Sozialismus und Arbeiterbewegung zu einer Einheit. Der Marxismus erfüllte die Arbeiter mit dem Bewußtsein, die geschichtliche Entwicklung werde sie zur größten Gesellschaftsklasse machen, die nur dort Gewalt anwenden müsse, wo ihr der Gegner die Demokratie verweigere.

Die Vereinigung von Sozialismus und demokratischer Arbeiterbewegung übte auf Liberalismus und Konservatismus einen starken Einfluß aus. Die Bildung von Gewerkschaften und Genossenschaften, die Er kämpfung sozialpolitischer Gesetze bewiesen auch dem beschränktesten Verfechter der Profitinteressen, daß die Behauptung des Manchesterliberalismus, die Wirtschaft könne nur in völliger Freiheit von Eingriffen des Staates gedeihen, von Grund auf falsch sei. Der heutige Neoliberalismus hat mit seinen Vorgängern nur noch den Namen gemeinsam, denn er denkt nicht daran, für eine vom Staat unbeeinflusste Wirtschaft einzutreten.

Verzichtet auf der einen Seite der Liberalismus auf wesentliche Elemente seiner Wirtschaftslehre, so paßte sich ihm auf der anderen der Konservatismus dadurch an, daß er seine in die Vergangenheit gerichteten Anschauungen mehr und mehr von liberalen Bestandteilen durchdringen ließ. Zu diesem Wandel hat der Irrtum mancher konservativer Kreise beigetragen, die glaubten, sich des Faschismus im Kampf gegen den Sozialismus bedienen zu können; ihre schmerzlichen Erfahrungen mit diesem Bündnis haben sie belehrt, daß sie unter einer demagogischen Diktatur selber mindestens so viel zu leiden haben wie Demokraten und Sozialisten.

So hat die sozialistische Arbeiterbewegung im letzten Jahrhundert eine gewaltige Erziehungsarbeit an sich selbst und an den Mitgliedern anderer Klassen und Denkgemeinschaften vollbracht. Sie hat das Erbe des Liberalismus angetreten und den Freiheitsgedanken in sich aufgenommen; sie hat dadurch bewirkt, daß er Gemeingut der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung geworden ist, und zwar in der vom Sozialismus geprägten Form der Freiheit in der Gemeinschaft und nicht in der Freiheit von der Gemeinschaft. Der Grundgedanke des Sozialismus, daß politische und geistige Freiheit vereinbar ist mit einer planmäßig geregelten Gemeinwirtschaft, ja, sie zur Voraussetzung hat, ist Gemeingut aller modernen Geistesströmungen geworden.

West und Ost

Hat sich in der westlichen Welt eine gemeinsame Grundlage gebildet, auf der Vertreter der drei großen Geistesströmungen ihre Gegensätze austragen, so hat die geschichtliche Entwicklung zwischen Ost und West eine tiefe Kluft aufgerissen. Im Osten, wo die Träger der westlichen Demokratie, Lohnarbeiterschaft und industrielles Bürgertum, nur in Ansätzen existieren, herrscht seit Jahrtausenden eine uneingeschränkte Despotie. Innere Notwendigkeiten und äußere Machtansprüche erzwingen die Industrialisierung dieser Staaten; diese vollzieht sich in der Form einer staatlich gelenkten Wirtschaft, die vielfach — von ihren Befürwortern wie von ihren Gegnern — mit einer sozialistischen verwechselt wird.

In Wahrheit gibt es zwischen diesen Diktaturen — mögen sie sich auch kommunistisch oder sozialistisch nennen — und dem demokratischen Sozialismus keinerlei Gemeinschaft. Die Tatsache, daß sich die Kommunisten auf Marx berufen, beweist nicht das mindeste. Aus ihm, der in der sozialistischen Gesellschaft ein „Absterben des Staates“ erwartete, einen Befürworter einer allmächtigen terroristischen Diktatur zu machen, ist eine ebenso grobe Entstellung seiner Anschauung wie das Umfälschen seiner Vorstellung von der sozialistischen Wirtschaft als „eines Vereines freier Menschen, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben“ in die Zwangsanstalt kommunistischer Staatswirtschaft.

Zwischen ihr und dem demokratischen Sozialismus kann es keine Verständigung, geschweige denn eine Versöhnung geben; dieser betrachtet vielmehr die Befreiung der vom Kommunismus unterdrückten und ausgebeuteten Klassen ebenso als seine Aufgabe wie die Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten vom westlichen Kapitalismus. Er wird dieses Ziel erreichen, denn die durch die Industrialisierung ge-

schaffene Lohnarbeiterschaft empfindet im kommunistischen Raum ebenso das Bedürfnis nach Freiheit und Demokratie wie ihre westlichen Brüder. Der demokratische Sozialismus ist heute mehr denn je eine internationale Erscheinung.

Probleme der modernen Demokratie

Die kapitalistische Entwicklung hat auf dem Gebiet staatlichen Zusammenlebens neue Probleme entstehen lassen. Früher kannten große Staaten keine Demokratie; diese konnte nur in den kleinen Gemeinwesen, den Dörfern und Städten, bestehen. Die moderne Verkehrswirtschaft hat die technischen Voraussetzungen für eine Demokratie im Rahmen großer Staaten geschaffen.

Eine solche erstrebt vor allem die Arbeiterschaft; sie ist durch den Frühkapitalismus in die unterste Schicht der Gesellschaft herabgedrückt worden und kann nur dann hoffen, sich selbst zu befreien, wenn alle anderen sozialen Gruppen frei und unabhängig sind. Die kommunistische „Diktatur des Proletariats“ als eine angebliche Gewaltherrschaft der Arbeiterklasse über die früheren besitzenden Schichten ist ein Widerspruch in sich: die Arbeiterschaft erstrebt die Beseitigung aller Klassen und nicht eine Herrschaft der eigenen über andere.

In den großen Wirtschaftsgebieten der Gegenwart herrscht weitgehende Arbeitsteilung und Spezialisierung, aber auch eine starke Differenzierung in Einkommen und Vermögen, in Bildung und sozialer Geltung, in materiellen Interessen und religiösen und moralischen Anschauungen, unter Umständen auch in Sprache und Rasse. Hier den Grundsatz der Gleichheit zu verwirklichen, wirft schwierige Probleme auf. Die Auflösung der bisherigen Bindungen durch eine Industrialisierung, die Millionen und aber Millionen bisher gesicherter Existenzen sowohl in Europa wie in den Überseegebieten entwurzelte, schuf die Spannungen, aus denen die beiden Weltkriege erwuchsen; diese haben nicht nur durch direkte Zerstörungen, sondern fast mehr noch durch die immer wiederholten Inflationen die Proletarisierung großer Bevölkerungsgruppen verursacht und jene riesigen grauen Armeen von Menschen geschaffen, die in Krisenzeiten am Rand eines Abgrundes vegetieren und bereit sind, den demagogischen Schlagworten nachzulaufen, die ihnen Geborgenheit in großen Gemeinschaften vortäuschen. Auf diese Weise entstand die „Vermassung“ als Kind des Liberalismus. Sie ist der ärgste Feind der Demokratie und die Ursache dafür, daß sich weite Kreise der Bevölkerung auf das hilfreiche Eingreifen des Staates verlassen, dem sie im Innern fremd gegenüberstehen.

Der übermäßige Staatseinfluß wird am wirksamsten durch die verantwortliche Tätigkeit der freien Organisationen eingeschränkt; diesen soll alles übertragen werden, was der Staat nicht unbedingt zu regeln hat. Genossenschaften, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Sozialversicherungsinstitute, gemeinwirtschaftliche Unternehmungen werden auf diesem Gebiet dem Staat manches abnehmen können.

Die Selbstverwaltung im kleinen Kreis ist die Grundlage jeder echten Demokratie.

Das Prinzip des demokratischen Sozialismus wird allein durch die verantwortliche Mitarbeit jedes einzelnen verwirklicht werden können; diese ist nur zu erlangen, wenn den Menschen ein neues Heimatgefühl erwächst. Das kann nicht in großen, unübersichtlichen Einheiten geschehen; nur in den Bereichen, die er überblicken kann, in seinem Wohnbezirk, im Dorf, an der Arbeitsstätte kann er sich wirklich zu Hause fühlen — jedoch nur dann, wenn er in ständiger eigener Mitarbeit das Geschehen beeinflusst und sich als vollgültiges aktives Mitglied dieser Gemeinschaft ansieht. Daher ist das Mitbestimmungsrecht im Betrieb für die Erziehung zur Demokratie ebenso unentbehrlich wie die politischen Rechte. Andererseits verbürgt nur die Abkehr von jedem Gruppenegoismus die allgemeine Solidarität, die das Interesse der Gesamtheit wahrt, denn der Staat ist nichts anderes als die Summe seiner Bürger, die auch innerhalb des Ganzen

Einzelpersönlichkeiten bleiben und als solche gewertet werden wollen.

Von der Klassenpartei zur Partei aller arbeitenden Menschen

Die moderne Gesellschaft hat sich völlig anders entwickelt, als Marx es im Kommunistischen Manifest voraussagte. An die Stelle einer Zweiteilung in Proletariat und Kapitalisten ist eine Vielfalt von Klassen und Gruppen getreten, und ebenso hat sich anstatt des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen den beiden einzigen Klassen ein sehr komplexes System verschiedenartiger Interessen entwickelt, die sich mannigfach kombinieren können. Ohne daß der Gegensatz zwischen Lohnarbeiter und kapitalistischem Unternehmer aufgehoben worden wäre, hat sich das Bild der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe wesentlich geändert.

Alle Klassen, die schon vor dem Kapitalismus bestanden und deren Untergang man früher als sicher ansah, haben sich erhalten; das gilt vor allem für Gewerbetreibende und Bauern. Keine dieser Gruppen hat freilich ihre alte Funktion unverändert beibehalten. Die Gewerbetreibenden sind zum Teil in den Verteilungs- und Produktionsapparat der Großindustrie eingeschaltet worden; zum anderen Teil müssen sie ihre Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge von ihr zumeist zu monopolistisch bestimmten Preisen beziehen. Sie stehen daher einerseits wie der Arbeiter in einem gewissen Gegensatz zum kapitalistischen Unternehmer, andererseits teilen sie mit diesem das Interesse an hohen Preisen der von ihnen weitergegebenen und verarbeiteten Produkte und geraten dadurch wiederum in Widerstreit zu den Arbeitern, die ihre Abnehmer sind. Soweit sie selbst Arbeiter beschäftigen, dringen sie auf niedrige Löhne; da aber Arbeiter ihre ausschlaggebenden Kunden sind, ist für den Gang ihrer Geschäfte ein hohes Lohnniveau von entscheidender Bedeutung. Es ist daher nur der Ausdruck nüchterner Erwägung, wenn immer größere Teile dieser Gruppe ihre Interessengemeinschaft mit der Arbeiterschaft erkennen und den Weg zur Sozialistischen Partei finden.

Ähnlich entwickelt sich die Bauernschaft. Auch bei ihr kann das Interesse an einem gesicherten Absatz zu stabilen Preisen das an hohen Preisen überwiegen, so daß sich eine Solidarität zwischen der großen Masse der städtischen Abnehmer und bestimmten Gruppen der Bauernschaft entwickelt; diese sind an einem hohen Einkommen der städtischen Lohn- und Gehaltsbezieher interessiert, weil damit ihr Absatz wächst. Umgekehrt treten die Großbauern, mehr noch die Großgrundbesitzer wie die kapitalistischen Industriellen, für ein niedriges Lohnniveau ein. Überdies zwingt das Versiegen alter Verdienstquellen aus Nebenarbeiten den Klein- und Gebirgsbauern, ein zusätzliches Einkommen in der Industrie oder im Baugewerbe zu suchen, so daß er dann direkt an hohen Lohnsätzen beteiligt wird.

Aber neben den Wandlungen der alten Klassen vollzieht sich die Entstehung neuer Gruppen, die sich in das alte Klassenschema überhaupt nicht mehr einfügen lassen. Der öffentlichen Hand erwachsen neue Aufgaben, die durch ein immer größer werdendes Heer von Angestellten und Arbeitern erfüllt werden müssen. Ohne ihre Tätigkeit in der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung ist ein modernes Gemeinwesen nicht mehr zu denken; ebenso unentbehrlich sind die Angehörigen der durch die Hebung der Wissenschaft und Kunst, Bildung und Kultur entstehenden und wachsenden Berufe. Lehrer, Hochschulprofessoren, Ärzte, Künstler, Journalisten und viele andere können heute teilhaben an dem gestiegenen materiellen Reichtum der Gesellschaft, den sie ihrerseits durch ihre Tätigkeit fördern helfen.

Die Zahl der Angehörigen aller dieser Gruppen wächst absolut und relativ so stark, daß sich die Vorstellung früherer Sozialisten, eines Tages werde die Industrialisierung die Klasse der Lohnarbeiter zur Mehrheit der Bevölkerung anwachsen lassen, längst als falsch erwiesen hat.

Das würde selbst dann gelten, wenn die Gruppe der Angestellten zu der der Arbeiter hinzugezählt würde. Aber eine solche Addition wäre sinnlos, weil die Mentalität der beiden Gruppen nicht ohne weiteres auf einen Nenner gebracht werden kann. Es ist eine Binsenwahrheit, daß die Gruppe der Lohnarbeiter stets den Kern aller demokratisch-sozialistischen Parteien gebildet hat und bilden wird. Der Versuch, eine solche Partei auf eine andere Klasse zu begründen, muß fehlschlagen. Aber es ist heute davon auszugehen, daß nicht nur das zahlenmäßige Gewicht der anderen Bevölkerungsgruppen gewachsen ist, sondern sich auch ihre Einstellung zur Arbeiterschaft selbst geändert hat. Die soziale Ächtung, der diese noch vor wenigen Jahrzehnten unterlag, ist beseitigt; das direkte Interesse weiter Kreise von Kleinbauern und Gewerbetreibenden, von Intellektuellen und öffentlichen Angestellten an einem hohen materiellen und kulturellen Standard der Arbeiterschaft tritt offen zutage, und es trägt einem keine Minderbewertung mehr ein, sich offen als Sozialist zu bekennen.

Dazu hat der Aufstieg der Arbeiterschaft selbst entscheidend beigetragen. Der gehobene Wohlstand breiter Schichten hat neue Interessen geweckt und alte Ressentiments beseitigt. Mit berechtigtem Selbstbewußtsein tritt der moderne Arbeiter in der neuen Gesellschaft auf und fordert seine volle Gleichstellung. Gewiß sind mit Not und Elend manche der früheren Probleme verschwunden, aber zahlreiche sind geblieben und neue an ihre Stelle getreten.

Wenn sich die Lebenshaltung des Arbeiters gesteigert hat, so ist der Abstand zwischen der seinen und der des Unternehmers nicht gesunken oder gar beseitigt; trotz aller Rechte und Machtstellungen, die sich die organisierte Arbeiterschaft in zähem Kampf errungen hat, bleibt ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom Unternehmer bestehen, ja sie wird jetzt vielleicht härter empfunden als früher, da sie damals nur ein Teil der allgemeinen Abhängigkeit war, während jetzt die wirtschaftliche Ungleichheit in krassem Gegensatz zur politischen und sozialen Gleichberechtigung steht. Vor allem aber fehlt die soziale Sicherheit; der Kapitalismus ist niemals sicher vor Krisen, und in diesem Punkt besteht die innigste Interessengemeinschaft zwischen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Intellektuellen, öffentlichen und privaten Angestellten.

In dieser gemeinsamen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus und seine die Lebenshaltung und Sicherheit bedrohenden Folgen findet sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung; sie in einer machtvollen Partei zusammenzuschließen und mit einem einheitlichen politischen Willen zu erfüllen, ist die Aufgabe der Gegenwart für die sozialistischen Parteien, die auf diese Weise die politische Macht erringen werden. Das können sie nicht durch die Betonung der Sonderinteressen der Arbeiter allein erreichen, sondern durch die Führung einer Politik, die die Angehörigen aller werktätigen Gruppen mit dem Bewußtsein erfüllt, daß ihre Interessen untereinander und mit denen der Lohnarbeiter identisch sind. Die sozialistischen Parteien werden auf diesem Weg aus Klassen- zu Massenparteien, in denen sich die Mehrheit des Volkes zusammenfindet.

2. Staat und Gesellschaft

Internationale Politik

Mit der Arbeiterklasse ist der Internationalismus geboren worden, der Gedanke der Verbrüderung der Völker, der Völkergemeinschaft.

Das Bürgertum hat den Nationalstaat geschaffen. Die Arbeiterschaft hat ihn als erste in der Idee überwunden. Solidarität über die staatlichen Grenzen hinweg ist eine ihrer ersten und bedeutsamsten Parolen.

In der historischen Entwicklung hat sich der Gedanke mit einem großen geschichtlichen Ereignis gekreuzt, mit dem Hineinwachsen der Arbeiterklasse in Staat und Nation. Zur Trägerin und vielfach zur Führerin der Geschicke ihres Landes geworden, kennt sich die sozialistische Arbeiterschaft nichtsdestoweniger zum Vorrang der internationalen Zusammenarbeit gegenüber nationaler Selbstsucht.

Demokratie im Weltmaßstab

Die Grundsätze sozialistischer Weltpolitik lassen sich in einem Satz zusammenfassen: die Demokratie, die jede sozialistische Partei in ihrem eigenen Land befürwortet, ist international anzuwenden; jede Nation, und sei sie noch so klein, hat ein Recht auf Freiheit, Machtansprüche jedes Staates gegen einen anderen sind zurückzuweisen, und Konflikte sind ohne Anwendung von Gewalt auszutragen.

Der Imperialismus und Kolonialismus der europäischen Staaten ist bis auf verhältnismäßig geringe Reste liquidiert, deren Beseitigung nur noch eine Frage einer kurzen Zeitspanne ist, aber an ihre Stelle ist der Ausdehnungsdrang und das Machtstreben kommunistischer und faschistischer Diktaturen getreten, die nicht nur die Freiheit des eigenen Volkes unterdrücken, sondern auch fremde Völker unter das Doppeljoch nationaler und politischer Unfreiheit zwingen.

Gegen diese Bedrohung haben die Demokraten die Pflicht, sich zu wehren. Der demokratische Sozialismus hat niemals einen gewaltlosen Pazifismus vertreten; so heiß seine Vertreter den Frieden der Nationen und Klassen ersehnen — sie lassen sich nicht in der Überzeugung irremachen, daß zur Behauptung der Freiheit unter Umständen auch der Einsatz des eigenen Lebens und die Anwendung von Waffen gerechtfertigt wird.

Aus der grundsätzlichen Ablehnung jeglicher Diktatur erwächst die Forderung, daß es jedem Volk überlassen bleiben muß, seinen Weg zur Demokratie und zur nationalen Unabhängigkeit selbst zu finden. Die Freiheitsbewegungen im kommunistischen Raum, insbesondere die Revolution in Ungarn, berechtigen zu der Überzeugung, daß nicht nur die Satellitenstaaten, sondern auch die Minderheitsvölker in Sowjetrußland selbst nur mit Gewalt an der Erringung ihrer Selbständigkeit gehindert werden.

Die Verhinderung des Krieges

Es gibt keine zwangsläufige Entwicklung in der Geschichte; wir haben nicht zu befürchten, daß der große Krieg unser unabwendbares Schicksal ist.

Zur Verringerung der Kriegsgefahr ist die Abrüstung unentbehrlich. Sie muß die modernen Waffen — Atomgeschosse und Fernlenk Waffen — ebenso wie die herkömmlichen betreffen. Ihre wichtigste Voraussetzung ist ein umfassendes Kontrollsystem der Vereinten Nationen, das eine Geheimrüstung oder einen Überraschungsangriff unmöglich macht. Die Atomenergie hat lediglich friedlichen Aufgaben zu dienen.

Zur Überwachung der Rüstungen ist eine Stärkung der Vereinten Nationen erforderlich. Vor allem muß eine permanente internationale Streitkraft aufgestellt werden, die wenigstens kleinere Konflikte im Keim ersticken kann.

Die Organisation der Völkergemeinschaft

Die neue Weltordnung, die die Sozialisten erstreben, muß auf der freiwilligen Zusammenarbeit aller Völker beruhen, aber sie muß die Zwangsgewalt einer wahren Rechtsordnung haben, in der die Gemeinschaft aller Nationen die Freiheit jedes einzelnen Volkes und die Menschenrechte jedes einzelnen Staatsbürgers verbürgt. Das bedeutet Demokratie im Weltmaßstab.

In Gemeinschaft mit allen Parteien des demokratischen Sozialismus sieht die SPÖ in der Organisation der Vereinten Nationen einen wichtigen Beginn der Verwirklichung eines solchen internationalen Gemeinwesens. Sie bekennt sich zur loyalen Mitarbeit Österreichs in den Vereinten Nationen und allen ihren Teil- und Hilfsorganisationen. Sie fordert die strenge Durchführung der Grundsätze ihrer Charta. Sie tritt für eine Revision der Charta im Sinne einer weiteren Demokratisierung ein.

Aber die internationalen Spannungen können nur dann aufgehoben werden, wenn ihre Ursachen verschwinden. Solange die Welt in Staatengruppen zerfällt, deren Lebenshaltung durch eine tiefe Kluft voneinander getrennt ist, solange nicht überall die Demokratie herrscht, wird stets ein Anlaß zu Konflikten gegeben sein. Daher ist die wirtschaftliche

Förderung der sogenannten „unterentwickelten Nationen“ Aufgabe der industriell hochstehenden Länder.

An die Stelle der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und eines Volkes durch ein anderes Volk muß die gegenseitige Hilfeleistung treten. Die internationale Bekämpfung der Armut und der Unwissenheit, eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Völkergemeinschaft, ist der Weg zur Freiheit und zum Frieden für alle.

In einem Lande wirkend, das heute an der Grenze zwischen Freiheit und Unfreiheit gelegen ist, bekennt sich die SPÖ, als Richtschnur ihrer internationalen Politik der Menschlichkeit, zu den Grundsätzen der Sozialistischen Internationale.

Die Einigung Europas

Ein besonderes Kapitel der internationalen Politik bildet die Einigung Europas und die Stellung Österreichs in diesem Erdteil.

Der demokratische Sozialismus fordert den freiwilligen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Staaten Europas. Er begrüßt ihn als den ersten umfassenden Versuch, freie Völker in einer demokratisch aufgebauten Einheit zusammenzuführen. Dem wirtschaftlichen Zusammenschluß wird die Beseitigung der politischen Gegensätze folgen, bis die Grenzen schließlich ihre Bedeutung verlieren.

Aber die Einigung Europas ist nicht nur eine Forderung des Prinzips, sondern darüber hinaus eine der ökonomischen Notwendigkeit. Die moderne Technik erfordert immer größere Wirtschaftsräume. Daher erscheint uns als Vorbedingung für die europäische Einigung die größtmögliche Freizügigkeit, nicht nur der Waren, sondern auch der Arbeiter; ebenso soll dem freien Austausch von Kapital kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Das Gebiet des europäischen Freihandels und des gemeinsamen Arbeitsmarktes wird schließlich eines der Währungseinheit werden. Die wirtschaftliche Einigung Europas darf nicht zur Behinderung seines Handels mit anderen Ländern benützt werden.

Von besonderer Bedeutung ist für Europa und damit für die ganze Welt die Teilung Deutschlands. Diese bedeutet eine Bedrohung der friedlichen Entwicklung; ihre Beseitigung durch eine nach den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes herbeigeführte Lösung ist unerlässlich; sie ist im Einvernehmen aller beteiligten Staaten zu suchen, die sich verpflichten sollen, sie ohne Anwendung von Gewalt durchzuführen.

Die Neutralität Österreichs

Die SPÖ bekennt sich zur Neutralität der Republik Österreich. Sie tritt dafür ein, daß das Wesen der Neutralität richtig erfaßt und beobachtet wird. Diese wird ihren außenpolitischen und militärischen Charakter bewahren; Österreich wird allen Bündnissen und sonstigen Machtkombinationen fernbleiben und sich nicht in die Auseinandersetzungen fremder Staaten einmengen. Die SPÖ wird es stets befürworten, daß die positiven Werte der Neutralität entwickelt werden.

Sie wird dagegen jeden Versuch ablehnen, die Neutralität in unzulänglicher Weise auszulegen. Diese darf Österreich nicht daran hindern, seine wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen.

Vor allem aber darf die Neutralität kein Vorwand für Gesinnungslosigkeit werden. Die SPÖ wird es sich niemals verbieten lassen, sich für die Demokratie und gegen die Diktatur auszusprechen; sie hält die Erfüllung der selbstverständlichen Pflicht, politischen Flüchtlingen Asyl zu bieten, nicht nur für vereinbar mit der Neutralität, sondern für eine ihrer notwendigen Konsequenzen.

Verfassung und Verwaltung

Die SPÖ geht von dem Grundgedanken aus, daß in der modernen Demokratie Zusammenballungen der Macht in den Händen der Parteien ebenso wie der Bürokratie oder der wirtschaftlichen Verbände und Korporationen vermieden werden müssen. Demokratie bedeutet nicht nur Herrschaft der Mehrheit, sondern auch Schutz der Rechte der Minderheit.

Daraus ergibt sich, daß die Bundesverfassung ein alle Verfassungsbestimmungen umfassendes Grundgesetz sein soll, das nicht nach Tagesbedürfnissen geändert wird. Die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung und Verwaltung sind zu stärken.

Dem Staatsbürger ist durch Vereinfachung und Vereinheitlichung der Gesetzgebung und durch die Beseitigung der heutigen Zersplitterung der Zuständigkeiten größerer Einblick in das Funktionieren von Parlament, Regierung und Verwaltung zu ermöglichen. Seine Grund- und Freiheitsrechte sind auszubauen; ein Gesetz zum Schutz vor Korruption ist zu schaffen.

Aus Vertretern der Kammern und der auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Verbände der Arbeiter und Angestellten, der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Landwirtschaft ist eine paritätische Institution zu bilden, die dem Parlament und den öffentlichen Gebietskörperschaften in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen in beratender Funktion zur Verfügung steht.

Gemeinden, Bezirke und Länder

Die SPÖ erblickt in der Gemeinde das Fundament der sozialen und rechtlichen Gemeinschaft des Volkes und der Republik. Sie tritt für eine freie und unabhängige Selbstverwaltung der Gemeinden ein. Sie erblickt in der Gemeindedemokratie, die den Gemeindebewohnern bei voller persönlicher und politischer Freiheit Mitentscheidung gewährt und Mitverantwortung auferlegt, den fruchtbarsten Boden der Demokratie.

Den Gemeinden sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben entsprechende Einnahmen zu erschließen. Die SPÖ wird daher immer für eine weitgehende Finanzautonomie der Gemeinden eintreten.

Die SPÖ anerkennt die besondere Stellung der kommunalen Wirtschaft und deren steigende Bedeutung in der Gemeinwirtschaft und in der Gesamtwirtschaft. Die Erfüllung der großen und vielfältigen Aufgaben, welche den Gemeinden obliegen, setzt die Schaffung leistungsfähiger kommunaler Gebilde voraus.

Das wirtschaftliche Leben zieht Kreise, die mit den Gemeindegrenzen nichts mehr zu tun haben. Verwaltungsaufgaben können in vielen Fällen nicht mehr von einer Gemeinde besorgt werden. Die SPÖ fordert daher, daß die Grundlagen der übergemeindlichen Selbstverwaltung sinnvoll erweitert werden.

Die erste natürliche Stufe ist die Verwaltungsgemeinschaft mehrerer Nachbargemeinden. Die zweite, in der Praxis schon geschaffene natürliche Stufe einer übergemeindlichen Selbstverwaltung bildet der Bezirk.

Die SPÖ bekennt sich zum Gedanken des Bundesstaates; sie hält es für erforderlich, daß die Stellung der Länder zwischen dem Bund auf der einen und den Gemeinden und Bezirken auf der anderen Seite einwandfrei klargestellt wird.

Rechtswesen

Die Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens haben dazu geführt, daß das bestehende Recht in vielen Fällen nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Die Aufgabe eines neuen Strafrechtes liegt nicht nur im Schutze der Gesellschaft, sondern in der Resozialisierung des Rechtsbrechers. Die Kriminalität ist wie die Krankheit eine Erscheinung des menschlichen Lebens, die niemals ganz beseitigt werden kann. Ihre Einengung ist aber durch Erziehung und vor allem durch soziale Besserstellung der Menschen zu erreichen. Aus diesem Grunde steht im Mittelpunkt des modernen Strafrechtes nicht mehr der Tatbestand, sondern in erster Linie der Täter. Eine möglichst individuelle Rechtsprechung mit elastischen Strafsätzen soll es ermöglichen, als Strafzweck nicht die Sühne, sondern die Besserstellung in den Vordergrund zu stellen. Angeborene und unheilbare Kriminalität soll durch sichernde Maßnahmen bekämpft werden. Die Strafrechtsform ist von sozialen, medizinischen und pädagogischen Erwägungen zu gestalten. Absolute Gleichheit vor dem Gesetz ist hier, wie auf allen

Gebieten des rechtlichen Lebens, eine Voraussetzung für wirkliche Gerechtigkeit.

Die Bestimmungen über die Stellung der Frau im Familienrecht widersprechen dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gleichberechtigung und berücksichtigen in keiner Weise den Wandel der Stellung der Frau im Berufsleben und im öffentlichen Leben. Ersetzung der väterlichen Gewalt durch elterliche Gewalt, vermögensrechtliche Gleichstellung der Ehegatten und Beseitigung aller einseitigen Schranken für die Frau sind daher die wichtigsten Postulate einer Familienrechtsreform.

Ein Unrecht stellen auch die Bestimmungen über das außereheliche Kind dar. Es ist mit einem sozialen Recht nicht vereinbar, daß außereheliche Kinder gegenüber dem Vater keinen anderen Anspruch als den auf bescheidene Alimentation haben.

Landesverteidigung

Der demokratische Sozialismus hat die Pflicht zur Verteidigung der eigenen Nation stets anerkannt. Die SPÖ tritt daher für ein Bundesheer der allgemeinen Wehrpflicht ein. Dieses hat lediglich der Verteidigung unserer Grenzen zu dienen. Seine innere Organisation muß diesem Zweck entsprechen. Die Dienstzeit ist so kurz zu halten, wie es mit der modernen Waffentechnik vereinbar ist. Jeder überschüssige Drill ist zu vermeiden, und die Disziplin ist nicht auf militärischen Kadavergehorsam, sondern auf demokratische Selbstverantwortung zu gründen. Der Soldat muß auch in der Uniform Staatsbürger bleiben. Daher muß durch geeignete sozialpolitische Maßnahmen für die Wahrnehmung seiner eigenen Interessen und der seiner Familie während seiner Dienstzeit gesorgt werden.

Die SPÖ ist sich der Tatsache bewußt, daß der Dienst im Bundesheer ein Opfer bedeutet; sie glaubt, der österreichischen Bevölkerung dieses Opfer zumuten zu dürfen, um ihr noch größere Opfer an Freiheit und Wohlstand zu ersparen.

Frauenfrage und Bevölkerungspolitik

Die Forderung nach der Gleichberechtigung der Geschlechter gehört zu den Grundsätzen des Sozialismus. Es ist daher an der Zeit, auch die letzten Hindernisse wegzuräumen, die der vollen Gleichberechtigung der Frauen noch im Wege stehen.

Die SPÖ fordert daher die gleichen Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Mann und Frau bei gleicher Qualifikation, gleichen Lohn für gleichwertige Leistung und die Erschließung neuer qualifizierter Berufe für die Frau.

Die SPÖ fordert die gesellschaftliche Anerkennung und Wertung der Hausfrauenarbeit. Sie erkennt die Mutterschaft als eine soziale Leistung an. Daher fordert sie die Hausfrauen- und die Mutterschaftsversicherung, eine öffentlich anerkannte und durch öffentliche Körperschaften subventionierte Heimhilfe und Familienurlaub.

Die SPÖ tritt für die Schaffung von Voraussetzungen ein, die die gesellschaftlichen Schutzmaßnahmen des Strafrechts gegen die Schwangerschaftsunterbrechung überflüssig machen. Der Schwangerschaftsunterbrechung ist durch Erziehung und Aufklärung, Beratung und Fürsorge entgegenzuwirken.

Durch Einrichtung und Förderung von Mutterberatungsstellen und Mutterhilfsanstalten sollen die Schwangeren über die volksgesundheitlichen Gefahren der Schwangerschaftsunterbrechung aufgeklärt und ihnen praktische Hilfe für die Aufzucht ungewollter Kinder geboten werden.

Bei der Feststellung der medizinischen Indikation soll unter Berücksichtigung aller modernen wissenschaftlichen Erfahrungen auf die sozialen und Umweltseinflüsse Rücksicht genommen werden.

Die SPÖ bleibt sich der Tatsache bewußt, daß auch nach Herstellung der völligen juristischen Gleichstellung der Frau die soziale Gleichberechtigung noch nicht erreicht sein wird. Die Beseitigung der uralten Vormachtstellung des Mannes, die mit zahllosen Vorurteilen verknüpft ist, bedarf einer langwierigen, mühseligen Erziehungsarbeit an beiden Geschlechtern.

Die junge Generation

Der Sozialismus ist eine in die Zukunft weisende Bewegung. Seine Verwirklichung ist daher Angelegenheit der heranwachsenden Generation. Ihnen sein Wesen begreiflich zu machen, ist eine unumgängliche Notwendigkeit.

Aber die heutige Jugend ist unter anderen Bedingungen groß geworden als die Gründer und Schöpfer der modernen Arbeiterbewegung. Sie hat es erlebt, daß viele der Voraussagen über Frieden und Freiheit durch Diktatur und Krieg zuschanden gemacht worden sind, aber sie hat ebenso die Hohlheit der faschistischen und kommunistischen Phrasen genügend durchschaut, um gegen jede lediglich an das Gefühl appellierende Propaganda mißtrauisch zu sein.

So wichtig es sein mag, in der Jugend Verständnis für die Vergangenheit zu erwecken — wichtiger ist, daß jung und alt gemeinsam für Gegenwart und Zukunft sorgen. Dafür müssen die Voraussetzungen dadurch geschaffen werden, daß der Jugend in der ihr angemessenen Form Gelegenheit zur Mitarbeit und Mitverantwortung geboten wird. Dabei ist der Anschein jeglichen Zwanges zu vermeiden; nur freiwillige Mitarbeit der Jugend ist sinn- und wertvoll.

Mitbestimmung und Selbstverwaltung

Ein demokratisches Gemeinwesen kann auf die Mitarbeit und auf den Opfermut seiner Jugend nicht verzichten. Erziehung zum verantwortungsbewußten Staatsbürger muß sich zwar in den Schulen auf den ganzen Lehrplan erstrecken, die Staatsbürgerkunde muß aber auch als eigenes Lehrfach eingeführt werden. Die staatliche Gemeinschaft muß der jungen Generation die Möglichkeit bieten, Regeln und Anwendung der Demokratie sich durch echte Aufgaben erarbeiten zu können.

Für die Pflicht-, Mittel- und Berufsschulen ist ein weitgehender Ausbau von Schulgemeinden nach den Regeln der parlamentarischen Demokratie unerlässlich.

In der Wirtschaft soll durch die gesetzlich vorgeschriebene Wahl von Jugendvertrauenspersonen in den Betrieben Mitentscheidung und Mitverantwortung der arbeitenden Jugend gesichert werden.

In allen Formen der Meinungsbildung im Wege öffentlicher Institutionen — vor allem des Rundfunks — müssen die Vertreter der Jugendverbände Gelegenheit zur Mitsprache haben.

Die SPÖ bejaht die Notwendigkeit politisch orientierter Jugendverbände. Sie sieht in ihnen ein wesentliches Element politisch bewußter staatsbürgerlicher Erziehung. Die SPÖ anerkennt als Voraussetzung für die freie Entfaltung der Jugendverbände, daß sie ihre Obliegenheiten in eigener Verantwortung verwalten. Aus der Selbstverwaltung in der Jugendorganisation und der Mitbestimmung am öffentlichen Geschehen soll die junge Generation Kraft und Sicherheit zur Handhabung ihrer staatsbürgerlichen Rechte gewinnen.

Arbeit

Die modernen Produktionsverhältnisse erfordern einen neuen Typus des berufstätigen Menschen. Dies setzt voraus eine jederzeit gesicherte Vollbeschäftigung der jungen Generation sowie eine nach modernsten Gesichtspunkten organisierte und gesetzlich fundierte Berufsausbildung. Die Bestimmungen über die Lehrzeit und die Lehrberufe sind durch moderne Gesetze zu ersetzen. Dazu gehören die gesetzliche Verankerung aller Ausbildungsstätten und das Recht der Mitbestimmung von Gewerkschaften und Arbeiterkammern in den Fragen der Berufsausbildung.

Die öffentliche Berufsberatung soll allen jungen Menschen nach Eignung, persönlichem Wunsch und nach dem Bedürfnis der Wirtschaft bei der Berufswahl helfen.

Die Berufsausbildung hat sie auf die neuen Aufgaben der modernen Produktion vorzubereiten. Das erfordert die Mitarbeit der Öffentlichkeit und der verstaatlichten Industrie. Die Ausbildung des Berufsnachwuchses soll vor allem durch öffentliche Lehrwerkstätten und in den Berufsschulen erfolgen.

Auch die in der landwirtschaftlichen Produktion tätige Jugend soll zusätzlich durch Agrarberufsschulen und Jungbauernseminare herangebildet werden. Dabei wird besonders auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Landjugend in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen an den sozialen Standard der in Gewerbe und Industrie tätigen Jugend anzugleichen.

Freizeit

Die heute üblichen Formen der Freizeitverwendung bieten der jungen Generation kaum Gelegenheit zur Erholung, zur Ausbildung kritischen Denkvermögens und zur Entfaltung der Persönlichkeit.

Die Vergnügungsindustrie verleitet besonders den jungen Menschen dazu, seine soziale Situation zu verkennen, die ihm vorgespiegelte Scheinwelt auf den Alltag zu übertragen und in ihr zu leben. Der Alkoholkonsum schädigt Gesundheit und geistige Entwicklung unserer Jugend. Um sie vor dem Mißbrauch durch die Verdummungsindustrie zu schützen, fordert die SPÖ die Bereitstellung öffentlicher Mittel, um die Lebensgewohnheiten der jungen Generation in vernünftige und sozial wertvolle Bahnen zu lenken.

Dazu gehören vor allem Gemeinschaftszentren in Stadt und Land, die den Jugendorganisationen mit demokratischer Verwaltung ein Heim bieten und von öffentlichen Gebietskörperschaften nach modernsten Gesichtspunkten zu schaffen sind. Der Jugend ist das Recht der Selbstverwaltung zu wahren.

Die SPÖ betrachtet den Sport als unentbehrliches Mittel zur Förderung der Volksgesundheit sowie als Erziehungs- und Bildungsfaktor ersten Ranges. Um seine inneren Werte voll entfalten zu können, muß der Gedanke des Amateursports fortentwickelt und seine saubere Trennung vom Berufssport durchgeführt werden.

3. Wirtschaft

Vollbeschäftigung

Vollbeschäftigung ist der Ausgangspunkt jeder modernen Wirtschaftspolitik. Eine Gesellschaft, die Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen keine Arbeit gibt, handelt gegen den Sinn der Wirtschaft. Die Erfahrungen früherer Jahrzehnte haben die Menschen gelehrt, daß Massenarbeitslosigkeit nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für alle Schichten der Bevölkerung Not und Unglück bedeutet, ja, daß sie imstande ist, die Struktur von Staat und Gesellschaft bis in ihre Grundfesten zu erschüttern. Seit dieser Zeit glaubt kein Sachverständiger in Politik und Wirtschaft mehr an das freie Spiel der Kräfte; Meinungsverschiedenheiten bestehen bloß über die Art, Ausmaß und Richtung der Interventionen durch den Staat und durch die organisierten Kräfte der Gesellschaft.

Die periodisch immer wiederkehrenden Krisen sind tief im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründet, deren treibendes Motiv das Streben nach Profit ist. Unter gegebenen Umständen bedeutet Steigerung des Profits Beschränkung des Einkommens der arbeitenden Schichten der Bevölkerung; das führt wiederum zur Beschränkung ihres Konsums, während die durch den Kapitalismus bewirkte Entwicklung der Technik und der Produktivkräfte die Masse und den Wert der erzeugten Waren steigert. Dieser innere, untrennbar mit dem Kapitalismus verbundene Widerspruch ist der wichtigste Grund der Krisen.

Deren Beseitigung ist daher nur in einer Wirtschaft denkbar, die der Arbeiterschaft einen hohen Anteil am Sozialprodukt sichert und ihr Einkommen mindestens im gleichen Maß steigen läßt wie dieses. Die Erfahrungen seit Beendigung des zweiten Weltkrieges haben bewiesen, daß nur ein rasch steigender Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung eine krisenlose Wirtschaftsführung ermöglicht.

Eine zweckentsprechende Politik der Vollbeschäftigung wird vielseitig und elastisch sein müssen; jedoch werden alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung einen Grundsatz gemeinsam haben: sie müssen „antizyklischer“ Natur sein, das heißt, sie müssen sich im entgegengesetzten Sinn wie der Ablauf der Konjunktur bewegen. Je nach dem

Abschnitt des Konjunkturverlaufs wird es erforderlich sein, die Investitionstätigkeit oder den Konsum anzuregen.

Die SPÖ bekämpft alle Versuche, durch staatliche Zwangsmaßnahmen oder durch monopolistische Tendenzen der Privatunternehmer den Markt in einen Zustand der Erstarrung zu versetzen. Kartelle, Zölle, Einfuhrverbote, Kontingente müssen die Wirtschaft in nicht wieder gutzumachenden Nachteil gegenüber Konkurrenten auf dem Weltmarkt bringen. Die SPÖ ist sich der Tatsache bewußt, daß Österreich in einer von Monopolen beherrschten Weltwirtschaft keine Insel des Freihandels bilden kann, aber sie muß mit allem Nachdruck darauf verweisen, daß das Vorwalten monopolistischer Tendenzen ebenso zu einer Überhöhung des Niveaus der inländischen Preise wie zu einer Verzerrung der Verteilung des Nationaleinkommens führt: gerade die unproduktivsten Elemente beziehen in einer durch monopolistische Einwirkungen erstarrten Wirtschaft unberechtigt große Anteile am Sozialprodukt.

Finanz- und Investitionspolitik

Die Aufgaben des Staates sind längst über die „Nachtwächter“-Rolle hinausgewachsen, die ihm der Manchester-Liberalismus einst zugewiesen hat. Auch die besitzenden Schichten fordern von ihm weitgehende Eingriffe in die Wirtschaft.

So verschiedenartig die dabei angewendeten Mittel sein mögen — ihr Zweck ist überall der gleiche: Veränderungen in der Verteilung des Volkseinkommens. Der Interventionismus leitet einen immer größeren Teil des Volkseinkommens in die Kassen des Staates, der ihn an die von ihm begünstigten Wirtschaftsgruppen weitergibt. Die öffentliche Finanzverwaltung ist auf diese Weise der treuhändige Verwalter eines erheblichen Teils des Sozialprodukts geworden.

Voraussetzung einer konjunkturbewußten Finanz- und Budgetpolitik ist der Ausbau der Besteuerung, die die hohen Einkommen, die Kapitalgewinne und die Vermögen der Einzelpersonlichkeiten belastet. Die SPÖ ist sich der Tatsache wohl bewußt, daß ein moderner Staat seine umfangreichen Aufgaben nicht erfüllen kann, wenn er sich auf derartige direkte Steuern beschränkt und sie höchstens durch indirekte Steuern auf Luxusgüter und Genußmittel ergänzt. Sie ist bereit, auch einer Besteuerung der Löhne und Gehälter sowohl durch eine direkte Lohnsteuer wie durch einzelne Verbrauchssteuern zuzustimmen, weil sie die Auffassung vertritt, daß der in Beschäftigung stehende Arbeiter und Angestellte die Verpflichtung hat, Alten, Kranken und Arbeitslosen durch das Ertragnis solcher Steuern die Mittel für Renten und Unterstützungen zur Verfügung zu stellen, ja, daß er auf diese Weise zur Sicherung seiner eigenen Existenz beiträgt; aber das kann nur unter der Voraussetzung geschehen, daß das Ausmaß dieser Besteuerung in einem angemessenen Verhältnis zu der der besitzenden Schichten steht.

Verbrauchssteuern auf unentbehrliche Gegenstände des Massenkonsums sind abzulehnen, da sie nicht nur die Minderbemittelten, vor allem die großen Familien, besonders hart treffen, sondern überdies die Preise in die Höhe treiben und zur Erstarrung des Marktes beitragen.

Um die Konjunktur durch die Anpassung der Investitionen an ihren Verlauf zu beeinflussen, erachtet die SPÖ die Aufstellung eines mehrjährigen Investitionsprogramms für zweckmäßig, dessen Verwirklichung durch den Einsatz von Steuermitteln und Anleihen zu gewährleisten ist. Diese Vorsorge des Staates ist durch die Anlage steuerbegünstigter Krisenreserven der Industrie zu ergänzen, die in Zeiten schwacher Konjunktur zur Belebung der Investitionstätigkeit einzusetzen sind.

Währungspolitik

Im engsten Zusammenhang mit den Problemen der öffentlichen Finanzen stehen die der Währung und des Geldmarktes. Hier ist die Bekämpfung der Inflation an erster Stelle hervorzuheben. Neben den Sozialrentnern sind die Arbeiter und Angestellten am stärksten an

einem stabilen Geldwert interessiert; ehe es ihnen im Wege von Kollektivvertragsverhandlungen gelingt, einen Ausgleich für die gestiegenen Preise zu erlangen, ist die Geldentwertung häufig schon wieder so weit fortgeschritten, daß die Lohnerhöhungen illusorisch geworden sind. Die SPÖ fordert daher eine Finanz- und Währungspolitik, die die Stabilität des Schillings sicherstellt.

Im engsten Zusammenhang mit der Stabilisierung des inneren Geldwertes steht seine Bewertung im Ausland. Diese kann auf die Dauer nur durch eine im Gleichgewicht befindliche Zahlungsbilanz gesichert werden. Eine hohe Lebenshaltung der Bevölkerung setzt eine möglichst wenig behinderte Einfuhr voraus; gleichzeitig werden auf diese Weise die Preise auf einem niedrigen Niveau gehalten. Das ist für die beiden großen Aktivposten unserer Zahlungsbilanz von besonderer Bedeutung: für den Export und den Fremdenverkehr.

Hand in Hand mit den Maßnahmen auf dem Gebiet der Währung hat die Pflege des Kapitalmarktes zu erfolgen. Gerade für sie ist ein stabiler Geldwert unentbehrlich, denn ohne intensive Spartätigkeit breiter Volksschichten kann eine genügende Kapitalbildung nicht erwartet werden.

Die Spartätigkeit kann auch in Form des Wertpapiersparens erfolgen. Auch gegen den Erwerb von Aktien durch breitere Bevölkerungskreise besteht kein grundsätzlicher Einwand; freilich werden hierfür erst die entsprechenden Voraussetzungen durch Sicherstellung der Bilanzwahrheit und durch besseren Schutz der Kleinaktionäre zu schaffen sein. Es ist allerdings absurd, von Klein- oder Volksaktien oder ähnlichen Formen des „Miteigentums“ eine Veränderung in den Machtverhältnissen oder in der Verfügung über die Betriebe zu erwarten.

Landwirtschaft

Die SPÖ ist die Partei aller Werktätigen. Sie hält es daher für ihre Aufgabe, in Würdigung der großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leistungen des arbeitenden Landvolkes seine Interessen ebenso wahrzunehmen wie die der Werktätigen in der Stadt.

Österreich ist ein Land, in dem der bäuerliche Klein- und Mittelbesitz die größte Rolle spielt. Im wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit läge daher die Führung einer Agrarpolitik im Sinne dieser Betriebe. Die heutige Agrarpolitik ist dagegen einseitig auf die Interessen der kleinen Minderheit jener Großbesitzer eingestellt, die durch Nutzbarmachung der Technik ihre Betriebe in kapitalistische Farmen nach amerikanischem Muster umwandeln.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben die Auffassungen der Sozialisten als richtig erwiesen und bestätigt. Die Entwicklung hat gelehrt, daß die freie Marktwirtschaft und das zügellose Profitstreben der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer zum Untergang der Landwirtschaft führen müssen. Die SPÖ bekennt sich daher grundsätzlich zu einer planvollen Lenkung von Produktion und Verkauf in der Landwirtschaft, die den Landwirten sicheren Absatz und beständige und ausreichende Preise für ihre Produktion verbürgen — Preise, die für den städtischen Konsumenten erträglich sind. Der Versuch, unterschiedslos jeden Zweig der Produktion schützen zu wollen, muß zu einer Übersteigerung der Preise und damit zu einer Einschränkung des Absatzes führen.

Grundsätzlich soll die Preispolitik so gestaltet werden, daß die Arbeit in der Landwirtschaft ebenso bewertet wird wie in den anderen Wirtschaftszweigen. Das würde die Landwirtschaft auf eigene Füße stellen und Subventionen entbehrlich machen. Diese sind als Dauereinrichtungen abzulehnen, weil sie die allgemeine Preisgestaltung verzerren und das wirtschaftliche Schicksal großer Bevölkerungsgruppen von oft unerwünschten politischen Einflüssen abhängig machen. Soweit Subventionen als Übergangsmaßnahmen gewährt werden, sind sie den wirtschaftlich schwächeren Gliedern der Landwirtschaft zuzuteilen; ihre Vergabung hat unter weitgehender öffentlicher Kontrolle zu erfolgen, damit Mißbrauch staatlicher Gelder und Protektionswirtschaft vermieden werden.

Um die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Landwirtschaft sicherzustellen, ist der Genossenschaftsgedanke wirksam zu fördern. Die Genossenschaften sollen die Träger der agrarischen Planwirtschaft sein; sie sollen zur Ausschaltung des Zwischenhandels und zur Erzielung eines stabilen Absatzes mit den Konsumgenossenschaften Hand in Hand arbeiten. Es ist anzustreben, landwirtschaftliche Industriebetriebe (zum Beispiel Zuckerfabriken, Mühlen usw.) durch beide Genossenschaftsorganisationen gemeinsam führen zu lassen. Zwangswirtschaftliche Eingriffe in die Organisation des Absatzes sind zu vermeiden. Ebenso ist anzustreben, daß die heutigen staatlichen Institutionen (Fonds) in selbständige, von der Regierung unabhängige Körperschaften öffentlichen Rechts umgewandelt werden, in denen sich die Interessen der verschiedenen Gruppen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, unbeeinflusst von politischen Kräften, ausgleichen werden. Voraussetzung für das Gelingen dieser Pläne ist der Ausbau der Demokratie und des Schutzes der Minderheiten in den Genossenschaften und Landwirtschaftskammern, in denen weder Einflüsse der Bürokratie noch des Großbesitzes maßgebend sein dürfen.

Die landwirtschaftliche Sozialpolitik hat von denselben Grundsätzen wie die für die Werktätigen in Industrie und Gewerbe (Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende) auszugehen. Ebenso wie für diese als Ziel der Schutz des Schwächeren vor der Übermacht des Kapitals maßgebend ist, muß auch in der Land- und Forstwirtschaft der Schutz der Arbeiter, der Klein- und Bergbauern in erster Linie stehen.

Die SPÖ fordert daher für die Unselbständigen wie für die Selbständigen eine Sozialversicherung, die der in Industrie und Gewerbe geltenden entspricht. Auch andere Zweige der Versicherung, wie zum Beispiel gegen Viehseuchen oder Hagelschäden, müßten für jeden Hof obligatorisch eingeführt werden; die Kosten hierfür sind durch Beiträge aufzubringen, die der Betriebsgröße entsprechend gestaffelt werden. Besonderes Augenmerk ist der durchgreifenden Verbesserung der ländlichen Wohnverhältnisse zuzuwenden.

Ein wichtiger Teil der Agrarpolitik für die wirtschaftlich Schwächeren in der Landwirtschaft besteht in der Zuteilung von Boden für diejenigen Höfe, die heute infolge ihrer zu geringen Größe keine selbständige Existenz sichern. Hier ist ein Ausgleich durch Inanspruchnahme von Großgrundbesitz zu schaffen. Eine notwendige Ergänzung der Bodenreform stellt ein zureichendes Pächterschutzgesetz dar. Ebenso sind die Zusammenlegungen landwirtschaftlicher Grundstücke (Kommassationen) und die planmäßige Aufstockung von Kleinbetrieben zu fördern.

Die Festigung der wirtschaftlichen Existenz des Bauern erfordert, daß ihm die moderne Technik zugänglich gemacht wird; dabei ist vor allem auf die Entlastung der Frauen durch Einführung von Haushaltsmaschinen Bedacht zu nehmen.

Die kleinbäuerliche Produktion wird durch die Errichtung von Landmaschinenhöfen aus öffentlichen Mitteln auf das wirksamste gefördert, die von den Ländern oder Gemeinden zu führen sind.

Um die Errungenschaften der modernen Technik richtig ausnützen zu können, muß die Berufsausbildung der Landbevölkerung durchgreifend verbessert

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer wird im Jahr 1958 neue Beitrittsmarken herausgeben.

Wir machen gleichzeitig aufmerksam, daß von nun ab jedes Jahr neue Beitragsmarken ausgegeben werden. Es ist daher notwendig, die Mitgliedsbeiträge regelmäßig im laufenden Kalenderjahr einzuzahlen.

werden. Zu diesem Zweck sind im Zusammenhang mit den Maschinenhöfen Dorfgemeinschaftshäuser zu errichten, die auch dem Ausbau des Volkshochschulwesens dienen sollen.

Ein besonders wichtiges Kapitel der Agrarpolitik bildet der Schutz des Waldes, der bisher in Österreich ungebührlich vernachlässigt wurde. Kapitalistische Raffgier einerseits und wirtschaftliche Notlage von Kleinbauern andererseits haben zu maßlosen Überschlagerungen geführt, die nicht nur den heutigen Waldbestand, sondern seine Wiederaufforstung und in weiterer Folge den gesamten Wasserhaushalt und damit Landwirtschaft und Industrie gefährden. Dieser unsere Existenz bedrohenden Entwicklung ebenso wie der gefährlichen Verschmutzung unserer Wasserläufe muß unbedingt Einhalt geboten werden.

Das Problem der Landflucht wird am besten dadurch gelöst, daß dem Landvolk das gleiche materielle und kulturelle Lebensniveau gewährleistet wird wie der übrigen Bevölkerung. Diesem Zweck dienen am besten der Ausbau der ländlichen Sozialpolitik und des Wohnungswesens, die Festigung des Besitzes und der Existenz der Klein- und Mittelbauern, die Hebung der Bildung und die Vermittlung kultureller Werte.

Zwangseingriffe irgendwelcher Art in die Freizügigkeit der Landbevölkerung lehnt die SPÖ grundsätzlich ab. Soweit die Landflucht das Ausmaß übersteigt, das durch die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Betriebe herbeigeführt wird, kann sie wirksam nur durch deren Umstellung auf eine echte Bauernpolitik im Interesse der wirtschaftlich schwachen Gruppen des Landvolkes bekämpft werden.

Gewerbe

Die SPÖ als Partei aller Werktätigen ist längst zu der Überzeugung gekommen, daß die überwiegende Mehrzahl der im Handwerk, Detailhandel, Verkehr und Fremdenverkehr tätigen Selbständigen sowohl nach ihrer Interessenlage wie nach ihren Einkommensverhältnissen den Arbeitern und Angestellten viel nähersteht als den großkapitalistischen Gruppen in Industrie, Großhandel und Hochfinanz. Die Ansicht, daß das Gewerbe zum Absterben verurteilt sei, hat sich als falsch erwiesen; wohl sind manche Teile in materielle Abhängigkeit von der Industrie oder den Banken geraten, aber die Mehrheit hat sich behauptet, wenn auch ihr Einkommen nicht im gleichen Maß gestiegen ist wie das der meisten anderen Gesellschaftsklassen.

Das Gewerbe steht unter dem ständigen Druck des Großkapitals; es leidet unter dessen direkter Konkurrenz oder muß Rohmaterialien und Halbfabrikate von Kartellen und Monopolen zu übermäßigen Preisen beziehen oder wird (vor allem bei Markenartikeln) in seiner Bewegungsfreiheit durch Preis- und Qualitätsvorschriften der großen Erzeugerfirmen beeinträchtigt. Am meisten bedrückt es jedoch die Schwierigkeit der Kreditaufnahme; hier Wandel zu schaffen, ist eine der dringendsten Aufgaben. Bei ihrer Lösung kann das Gewerbe selbst durch Gründung von Genossenschaften mithelfen.

Immer mehr Gewerbetreibende werden erkennen, wie sehr ihre Existenz von der Vollbeschäftigung und der hohen Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten abhängt; Arbeitslosigkeit und Lohndruck bedeuten nicht nur für den Lohnarbeiter, sondern auch für das Gewerbe Schmälerung des Verdienstes. Aus dieser Interessengemeinschaft wird eine solche der Gesinnung werden, denn Arbeiter wie Gewerbetreibende sind ihrem Wesen nach demokratisch, weil beide Gruppen nur in einer freien Gesellschaft das Gewicht ihrer Zahl in die Waagschale werfen können.

Gemeinwirtschaft

Die SPÖ erstrebt eine Neuordnung der Wirtschaft, die sichere Versorgung mit allen Gütern und ihre gerechte Verteilung verbürgt. Sie erstrebt dies zur Überwindung der mit der kapitalistischen Privatwirtschaft verbundenen Unsicherheit: durch gemeinwirtschaftliche Planung.

Weit über den Rahmen der Arbeiterschaft hinausgewachsen und zu einer Partei geworden, die in allen

sozialen Gruppen und Klassen Wurzel geschlagen hat, erhebt die SPÖ diese Forderung im Namen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

Die Vollbeschäftigungspolitik allein kann die berechtigten Forderungen nach ständig steigendem Wohlstand und sozialer Sicherheit auf die Dauer nicht in vollem Ausmaß erfüllen. Das Zeitalter gewaltiger technischer Umwälzungen im Zeichen der Atomenergie und Automatisierung wird auch zu einer Zeit gewaltiger wirtschaftlicher Umwälzungen.

Die Vollbeschäftigung greift das Wesen der heutigen Wirtschaft nicht an, so tief die von außen kommenden Eingriffe auch sein mögen. Noch immer verfügt die Klasse der kapitalistischen Unternehmer über die entscheidenden Positionen in der Wirtschaft; sie ist sich der Tatsache voll bewußt, wie stark die mächtig emporgewachsene sozialistische Bewegung ihre Stellung bedroht, und daher bereit, ihre ganze politische und wirtschaftliche Macht einzusetzen, um in den bevorstehenden Auseinandersetzungen nicht zu unterliegen. Sie ist daher unter Umständen auch bereit, das Risiko einer Wirtschaftskrise auf sich zu nehmen, wenn sie sich von ihr eine Schwächung der Arbeiterschaft erhofft, in der sie mit Recht den Kern der sozialistischen Bewegung erblickt.

Die Unvollkommenheit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik treibt also über sich selbst hinaus: zu einer vollendeten Gemeinwirtschaft, in der nicht mehr das Interesse von Besitz und Profit, sondern das der Gesamtheit entscheidet.

Aber es geht hier um weit mehr als um materielle Probleme. Wenngleich sich die Arbeiterschaft die politische Demokratie erkämpft hat und die soziale Diskriminierung der werktätigen Schichten vermindert worden ist, so bleibt immer noch die alte Abhängigkeit bestehen, durch die nicht nur Arbeiter und Angestellte als Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch Bauern und Gewerbetreibende, Kleinhändler und Intellektuelle als Kreditnehmer und als Opfer von Monopolen ausgebeutet werden.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit wird gerade von der durch die Erringung der politischen Demokratie und die Beseitigung der alten sozialen Privilegien selbstbewußt gewordenen Masse der Werktätigen als ein unerträgliches Überbleibsel einer überholten Zeit empfunden. Der Sozialismus wird es durch echte Gemeinwirtschaft ersetzen. Erst in ihr wird sich die volle Freiheit der Persönlichkeit und die uneingeschränkte Gleichberechtigung aller verwirklichen.

Die monopolistische Wirtschaft der Gegenwart hat mannigfache Organisationsformen erzeugt, die planwirtschaftliche Züge aufweisen. Man wird ihnen aber den gemeinwirtschaftlichen Charakter nicht zubilligen können.

Die von der sozialistischen Bewegung angestrebte Gemeinwirtschaft wird im Gegensatz dazu drei Merkmale aufweisen:

Umfassende Planung der Gesamtwirtschaft; ihre Ausrichtung auf den Bedarf; die Beseitigung jeder wirtschaftlichen Vorherrschaft einzelner Gruppen und Klassen.

Planung der Gesamtwirtschaft darf nicht mit ihrer Organisation verwechselt werden. Nichts könnte dem Grundgedanken echter Gemeinwirtschaft fremder und schädlicher sein als eine bürokratische Zentralwirtschaft nach dem Muster der nazistischen Kriegswirtschaft oder der staatskapitalistischen Wirtschaft der Sowjetunion.

Planung und Lenkung ohne Zwang

Es wird für die Aufstellung eines umfassenden Wirtschaftsplans genügen, wenn bei einer bestehenden, nicht der Regierung unterstellten Organisation eine kleine Plankommission errichtet wird, deren Aufgabe die Ausarbeitung eines Wirtschaftsbudgets für einen längeren Zeitraum ist.

Entscheidend wird für diese Art der Planung sein, daß sie die Deckung des Bedarfs als leitenden Gesichtspunkt wählt. Für eine planwirtschaftliche Organisation eignen sich daher vor allem diejenigen Waren und

Dienste, deren Konsum bei gleichmäßigen Preisen entweder stabil bleibt oder sich genau vorausberechnen läßt. Dazu gehören einerseits der Verkehr, die Energieversorgung und die Grundindustrien, andererseits die wichtigsten Nahrungsmittel und sonstigen Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft. Dazu gesellt sich die Bauwirtschaft als ein Sektor, dessen Umfang von den öffentlichen Gebietskörperschaften und den Wohnbaugenossenschaften in langfristigen Programmen festgelegt werden kann. Produktion und Verkehr sind durch ein heute schon weitgehend in öffentlicher Hand befindliches oder von Genossenschaften aufgebautes Finanzwesen zu ergänzen; hiezu ist auch die Versicherung in allen ihren Zweigen zu rechnen.

Wenn dieser umfangreiche Ausschnitt der Wirtschaft nach einheitlichen Gesichtspunkten gelenkt wird, ist eine weitgehende Ausschaltung von Konjunktur- und Preisschwankungen zu erzielen. Zu diesem Zweck sind die einzelnen Unternehmungen dazu anzuhalten, im Rahmen der von der Planungskommission ausgearbeiteten Richtlinien miteinander langfristige Liefer- und Dienstverträge zu festen Preisen abzuschließen.

Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen

Die Rechtsform der in dieses planwirtschaftliche System eingegliederten Unternehmungen wird keine einheitliche sein. Grundsätzlich festzuhalten ist jedoch, daß die Handlungsfähigkeit und die Verantwortung der leitenden Personen nicht eingeschränkt werden darf und eine übermäßige Zentralisierung zu vermeiden ist. Das Interesse des Konsumenten, das der ausschlaggebende Gedanke der Planwirtschaft sein muß, ist bei einer Mehrzahl von Unternehmungen des gleichen Zweiges besser gewahrt als bei der Monopolstellung eines einzelnen.

Als Betriebsform wird je nach dem Charakter der Unternehmung die genossenschaftliche oder eine öffentlich-rechtliche gewählt werden. Die Genossenschaft wird besonders dort am Platz sein, wo der Absatz von Nahrungsmitteln durch das Zusammenwirken von bäuerlichen Organisationen mit solchen der städtischen Konsumenten durchgeführt wird; handelt es sich um Betriebe von lokaler Bedeutung, so wird vor allem die Gemeinde oder das Land als Unternehmer auftreten.

In der Regel sind verstaatlichte Betriebe, auch wenn sie die Form von Aktiengesellschaften haben, in gemeinwirtschaftliche Unternehmungen umzuwandeln, auf deren Führung drei Faktoren maßgeblich einzuwirken haben: die öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften, vertreten durch Bundesregierung, Parlament und — soweit erforderlich — Länder und Gemeinden; die Konsumenten, und zwar sowohl die letzten wie auch die Weiterverarbeiter, vertreten durch ihre genossenschaftlichen und freien Organisationen; schließlich die in den Unternehmungen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Die Form der Aktiengesellschaft entspricht den demokratischen Ansprüchen an eine gemeinwirtschaftliche Betriebsführung nicht; die Verstaatlichung, die zur Ablösung des privaten Kapitalisten unentbehrlich ist, kann nur als Übergangsmaßnahme angesehen werden. Sie hat in Österreich ihren Zweck weitgehend erfüllt. Durch die beiden Verstaatlichungsgesetze ist in einer bedeutenden Zahl von Unternehmungen der Industrie, der Energiewirtschaft und des Bankwesens das private Kapital durch den Staat erfolgreich abgelöst worden. Die dadurch erwachsenen Vorteile haben den verstaatlichten Sektor zu einem unentbehrlichen Bestandteil der Gesamtwirtschaft gemacht.

Das Interesse der Gesamtwirtschaft wird darüber zu entscheiden haben, ob ganze Erwerbszweige oder nur einzelne Unternehmungen in die Gemeinwirtschaft einzubeziehen sind. Weite Bereiche, wie vor allem Unternehmungen mit rasch wechselndem Produktionsprogramm oder Wirtschaftssektoren mit überwiegendem Kleinbetrieb werden wohl immer der freien Unternehmertätigkeit vorbehalten bleiben.

Enteignungen sollen auf das mit dem angestrebten Ziel zu vereinbarende Mindestmaß beschränkt werden; sofern sie nicht zu umgehen sind, sind die Eigentümer

nach dem inneren Wert der übertragenen Vermögensstücke voll zu entschädigen. Eigentum, das der eigenen Arbeit dient, darf nicht enteignet werden.

Die Gemeinwirtschaft darf nicht zur Begründung neuer Machtpositionen werden, sei es einer staatlichen, sei es einer neuen Wirtschaftsbürokratie. Die Gemeinwirtschaft soll dem Volksganzen dienen; sie muß von seinem Vertrauen getragen sein.

Einen berechtigten Anspruch auf Einblick und Mitbestimmung haben die in den Betrieben selbst tätigen Arbeiter und Angestellten, ohne deren verständnisvolle Mitarbeit das große Werk der Umgestaltung nicht gelingen kann. Mitarbeit, gegenseitiges Vertrauen und Verantwortung aller Beteiligten sind die Grundpfeiler, auf denen eine echte Gemeinschaft ruhen muß. Ihre Voraussetzung ist daher der Ausbau der Wirtschaftsdemokratie, ohne die eine Planwirtschaft zu einer Zwangs- und Ausbeuterwirtschaft nach kommunistischem Muster entartet.

Wirtschaftsdemokratie

Die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie gehört ebenso zu den Kennzeichen unserer Zeit wie die der politischen Demokratie. Eine ist ohne die andere nicht zu denken. Der Freiheitsgedanke, der sich mit unwiderstehlicher Gewalt ausbreitet, drängt nach Vollendung; dazu gehört die Änderung des Charakters der Arbeit: ihre Würde ist durch das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit unerträglich beeinträchtigt.

Das Arbeitsmotiv des freien Menschen wird ein anderes sein als das des abhängigen Proletariats; während dieser durch die Furcht vor Hunger und Arbeitslosigkeit zur Anspannung seiner Kräfte veranlaßt wird, wird jener seine Tätigkeit als bewußten Dienst an der Gemeinschaft auffassen. Unzweifelhaft hat der Egoismus, der seine ausgeprägteste Form im kapitalistischen Profitstreben gefunden hat, technisch große Leistungen vollbracht und der Menschheit den Weg zum Reichtum eröffnet, aber sie hat das mit der ständigen Unsicherheit ihrer Existenz bezahlt; sie ist nicht gewillt, diese noch länger auf sich zu nehmen.

Wenn die Werktätigen aus Selbstverantwortung und aus Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ihre Arbeit verrichten sollen, dann muß ihnen ein angemessener Anteil an der Gestaltung der Wirtschaft gegeben werden.

Die Gewerkschaften

Die SPÖ vertritt den Standpunkt, daß Gewerkschaften auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhen und von Staat und Parteien unabhängig sein sollen.

Das Streikrecht darf nicht angetastet werden. Die Arbeiter und Angestellten haben nicht nur gegenüber privaten, sondern auch gegenüber öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Arbeitgebern das Recht, von der gemeinsamen Arbeitsverweigerung Gebrauch zu machen. Jedoch soll gütliche Schlichtung versucht und die Berechtigung dieser letzten und schärfsten Kampfmaßnahme gewissenhaft überprüft werden, bevor von ihr Gebrauch gemacht wird.

Die Betriebsräte

Im Rahmen der Gewerkschaften haben die Betriebsräte eine ständig wachsende Bedeutung erlangt; sie können nur dann wirken, wenn sie getragen sind von der aus der Solidarität stammenden Kraft der gesamten Klasse; jeder Versuch der Zersplitterung der Gesamtbewegung auf die einzelnen Betriebe, jede Hintanzetzung der Solidarität mit der Gesamtheit hinter den Betriebsegoismus kann nur die ungünstigsten Ergebnisse für Gewerkschaft und Betriebsrat bringen.

Aber wenn dieser seiner Stellung innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung bewußt bleibt, kann er ihr unschätzbare Dienste leisten. Er wird der Mittler zwischen Gewerkschaft und Mitglied, ebenso auch zwischen Betriebsleitung und Belegschaft sein. Er wird sich stets als Vertreter der Interessen seiner Wähler zu betrachten haben, aber er wird auch dahin wirken müssen, daß jeder Arbeiter und Angestellte Verständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Betriebes bekommt.

Die Genossenschaften

Die Genossenschaft ist die dritte Säule, auf der die Arbeiterbewegung neben Partei und Gewerkschaft beruht. Die Form der Genossenschaft ist die geschichtlich älteste der Gemeinschaftsarbeit und damit der menschlichen Arbeit überhaupt; sie hat ihre Bedeutung nicht eingebüßt, sondern, wie vor allem die Entwicklung der bäuerlichen Genossenschaften und der städtischen Konsumgenossenschaften beweist, in der Gegenwart neues Leben gewonnen.

Die Konsumgenossenschaften können sich nur dann voll entwickeln, wenn sie mit der privaten Wirtschaft unter den gleichen Bedingungen konkurrieren können.

Die moderne Gemeinwirtschaft weist den Genossenschaften neue Aufgaben zu; ihre Stärkung ist daher für die sozialistische Bewegung von ausschlaggebender Bedeutung. Neben den Konsumgenossenschaften fordern die Siedlungsgenossenschaften unsere größte Aufmerksamkeit.

Bei den Genossenschaften — wie bei den Gewerkschaften — handelt es sich um eine politisch neutrale Organisation, mit der sich die SPÖ durch die Grundsätze wahrer Demokratie und gemeinwirtschaftlicher Arbeit im Dienste der Gesamtheit eng verbunden fühlt.

4. Sozialpolitik und Sozialversicherung

Arbeitsrecht, Arbeitsverfassung, Arbeitsmarkt

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik hat die sozialistische Bewegung umfassende Erfolge errungen. Ein Vergleich mit ihren früheren Programmen beweist, daß deren Forderungen zum großen Teil nicht nur verwirklicht, sondern sogar übertroffen worden sind. Gleichzeitig aber hat es sich erwiesen, daß alle Prophezeiungen konservativer und liberaler Ökonomen und Politiker über die angebliche Unerträglichkeit der „sozialen Lasten“ völlig unrichtig waren. Im Gegenteil — es liegt heute klar zutage, daß moderne Technik und moderne Lebenshaltung ohne den sozialpolitischen Unterbau undenkbar sind.

So groß aber die bisherigen Erfolge waren — das Werk ist noch längst nicht abgeschlossen, ja der Fortschritt selbst wirft ständig neue Probleme auf, die nach neuen Lösungen drängen. Darum wird die sozialistische Bewegung in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auch weiterhin bemüht sein, die österreichische Sozialpolitik, die sie mit Recht als ihr Werk ansieht, zu erweitern und zu vervollkommen.

Auf dem Gebiet der Arbeitsverfassung stehen die Bestätigung des Koalitions- und Streikrechts in der Bundesverfassung sowie die Verbesserung und Erweiterung des Geltungsbereiches des Betriebsrätegesetzes im Vordergrund. Als wichtigste Maßnahme des Arbeitsrechts ist die Vereinheitlichung der Kompetenzbestimmungen der Bundesverfassung über das gesamte Sozial- und Fürsorgerecht anzusehen. Eine dem technischen und wirtschaftlichen Fortschritt Rechnung tragende Gestaltung des Arbeitsmarktes erfordert eine fortschrittliche Organisation der Ar-

beitsämter, der Arbeitsvermittlung und der Berufsberatung unter Mitwirkung der Gewerkschaften.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eines der wichtigsten Anliegen der österreichischen Arbeiterbewegung; die Fünftagewoche bei vierzigstündiger Wochenarbeitszeit kann nur als Nahziel gelten.

Sozialversicherung

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung wird die SPÖ vor allem zwei große Neuerungen anstreben: den allgemeinen Volksgesundheitsdienst und die Volkspension, die allen Bürgern unseres Staates zugute kommen soll, gleichgültig welchen Beruf sie ausgeübt haben und ob sie selbständig oder unselbständig tätig waren. Um dieses große Projekt zu verwirklichen, ist ein nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung geführter Träger der sozialen Sicherheit zu schaffen.

Familienpolitik

Eine Generation von aufrechten Männern und Frauen soll heranwachsen; der Geist der Demokratie wird sie ebenso in der kleinen Gemeinschaft der Familie formen wie in den größeren von Staat und Gemeinde. Diese Entwicklung wird von der Erkenntnis getragen sein, daß freie Menschen durch nichts stärker aneinander gebunden werden als durch das Gefühl der Selbstverantwortung. Es wird einer umfassenden Bildungs- und Erziehungsarbeit bedürfen, um auf diese Weise ein neues Familiengefühl zu erwecken.

Die neue Familie muß die gleichberechtigte Stellung der Frau als Grundlage ansehen; ebenso muß sie darauf verzichten, die heranwachsenden Kinder durch die alten Zwangsmethoden der Erziehung in Zucht zu halten.

Nur dann, wenn sich die Familie neu formt, dürfen wir hoffen, die drängenden Probleme der Jugend zu lösen, aber auch das Übermaß materialistischer Instinkte zu bekämpfen, das sich im Rausch von Lärm und Geschwindigkeit, von hemmungslosem Genießen und Rücksichtslosigkeit gegen die Individualität des Nächsten äußert. Diese Erscheinungen, die unserer Zeit das Gepräge aufdrücken, lassen die Gewalt der sich vollziehenden gesellschaftlichen Umwälzung in eindringlicher Weise erkennen. Die Gegenwart braucht Maßnahmen gegen diese Erscheinungen, die jegliche Demokratie bedrohen.

Die moderne Psychologie ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die Geborgenheit der Familie eine wesentliche Voraussetzung für die harmonische Ausbildung der kindlichen Seele ist. Viele Fragen, die als Probleme der Jugend erscheinen, sind in Wirklichkeit auf die Problematik des Verhaltens und der gegenseitigen Beziehungen der Eltern zurückzuführen. Es ist daher eine der dringendsten Aufgaben der Gegenwart, die Gründung von Familien zu erleichtern und ihnen festeren Halt zu verschaffen. Die SPÖ geht dabei von dem Gedanken aus, daß die Festigung der Familie in erster Linie ein moralisches und erzieherisches Problem ist.

Unter den wirtschaftlichen Maßnahmen steht der Wohnungsbau weitaus an erster Stelle. Der Bestand der Familie kennt keinen ärgeren Feind als die Wohnungsnot; nur in einer geräumigen, freundlichen Wohnstätte wird ein harmonisches Zusammenleben der Familienmitglieder möglich werden.

Die Sorgen der jungen Ehepaare um die Beschaffung der Wohnungseinrichtung sind durch unverzinsliche Darlehen aus öffentlichen Mitteln mit langen Rückzahlungsfristen und durch Verbilligung der Haushaltgeräte und Möbel zu erleichtern. Die Gehaltspolitik der öffentlichen Gebietskörperschaften mußte so geändert werden, daß schon in jungen Jahren Gehaltsätze erzielt werden, die eine Familiengründung ermöglichen. Die SPÖ bekennt sich zu einer positiven Bevölkerungspolitik und fordert, daß diese Mutter und Kind besonderen Schutz angeeignet läßt.

Die wirtschaftliche Grundlage der Familie ist durch den Ausbau der Kinderbeihilfen zu erweitern; diese sind Steuerbegünstigungen vorzuziehen, die Familien mit höherem Einkommen vor ärmeren begünstigen.

50 Jahre Arbeit
für Österreichs Kinder —
und das ist das Werk
der Kinderfreunde.

Unser Dank ist unsere Hilfe
für das

Anton-Afritsch-Kinderdorf

Zur Überwachung und zur ständigen Anpassung aller Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Familie sind bei den öffentlichen Gebietskörperschaften familienpolitische Referate einzurichten.

Wohnen und Bauen

Die Lösung der Wohnungsfrage ist eine Hauptsorge unserer Zeit geworden. Ohne sie ist eine rationelle Familienpolitik unmöglich; das Vorhandensein eines reichlichen Angebots an Wohnungen ist auch die Voraussetzung jeglicher Wirtschaftsplanung, ja sogar jeder Wirtschaftspolitik.

Es ist daher unbedingt erforderlich, durch rege Bautätigkeit nicht nur den gegenwärtigen Bedarf zu decken, sondern darüber hinaus eine freie Reserve zu schaffen, ohne die die Freizügigkeit der Arbeiter und Angestellten ein papierenes Recht bleibt. Dabei ist es selbstverständlich, daß die neuen Wohnungen nach Größe und Ausstattung den gegen früher gesteigerten Anforderungen der Mieter entsprechen und daß die alten minderwertigen allmählich ausgemerzt und durch vollwertige ersetzt werden.

Die Erfüllung dieser Aufgaben ist öffentliche Verpflichtung; sie kann und darf nicht allein dem Privatkapital überlassen werden. Sie kann es nicht, weil die dann entstehende Hausherrenrente Mieten erfordert, deren Abgeltung in den Löhnen und Gehältern der Industrie unerträgliche Lasten auferlegen und den Export weitgehend unmöglich machen müßte; sie darf es nicht, weil die Belastung der sozial schwächsten Gruppen, der Rentner und Fürsorgeempfänger, den Vorstellungen einer echten Demokratie widerspricht.

Soweit die Hausherrenrente beseitigt wird, ergeben sich zwar Mietzinse, die den gegenwärtigen allgemeinen Wirtschaftsbedingungen angepaßt sind; sie machen jedoch einen Wohnungsbau unmöglich, der an privatkapitalistischen Gesichtspunkten orientiert ist. Es bleiben daher hauptsächlich zwei Quellen: öffentliche Mittel und Mittel, die der Wohnungswerber selbst zur Verfügung stellt.

Der heutige Zustand des Wohnungsmarktes ist völlig unübersichtlich. Die wichtigste Forderung hat daher der Vereinheitlichung der Aufbringung und Verwaltung der Mittel zu gelten. Den Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften ist neben den Gemeinden — und in Zusammenarbeit mit ihnen — der ihnen gebührende Anteil zu gewähren.

Die Gestaltung der Mietzinse hat auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen; die Deckung der Kosten für die Instandhaltung und den laufenden Betrieb ist unumgänglich. Nach der heutigen Gesetzeslage ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Kategorien neuer und alter Wohnungen sowie zwischen den verschiedenen Ländern und Gemeinden. Diese Differenzen haben höchst unerwünschte Wirkungen auf die Gestaltung der Reallöhne. Ihre Ausgleichung durch möglichst einheitliche Gestaltung der Mietzinse und, soweit das nicht möglich ist, durch eine Abgabe, die unter Berücksichtigung der Qualität der Wohnung und der gegenwärtigen Belastung der Mieter eingehoben wird, ist anzustreben. Die Erträge dieser Abgabe wären für Reparaturen und für Wohnbauförderung zu verwenden.

Besonderes Augenmerk ist der Verbesserung der ländlichen Wohnverhältnisse zuzuwenden, die wesentlich schlechter als die städtischen sind. Der Bau von Landarbeiterwohnungen ist eines der wichtigsten Mittel zur Verhinderung der Landflucht.

Um der bei einer regen Bautätigkeit unvermeidlichen Bodenspekulation entgegenzuwirken, sind die aus der Steigerung der Grundstückspreise entstehenden Gewinne durch Wertzuwachsabgaben abzuschöpfen.

5. Kultur

Sozialismus und Kirche

Der Sozialismus erstrebt eine bessere und gerechtere Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, als sie der Kapitalismus zu bieten vermag; sein Anliegen ist daher von dieser Welt, so daß er in diesem Sinne

keine Weltanschauung darstellt. Er will seine Aufgabe mit wissenschaftlichen und politischen Methoden lösen und appelliert an den Verstand und die Überlegung der Menschen; er ist und will nicht eine Religion oder ein Religionsersatz sein, der seine Anhänger durch gläubigen Gehorsam zu gewinnen sucht.

Alle gesellschaftlichen Bindungen des Menschen sind durch Sitte und Moral bestimmt. Da der Sozialismus eine neue Gesellschaft formen will, kann er Fragen der Moral und Ethik nicht gleichgültig gegenüberstehen. Jede der großen Weltreligionen ist untrennbar mit einem umfassenden Sittenkodex verknüpft; überdies greifen sie durch ihre Vorschriften in das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben ein. Daraus ergeben sich zwischen dem Sozialismus und den religiösen Organisationen Berührungspunkte, unter Umständen auch Streitpunkte, die es zu regeln gilt.

Der Sozialismus erstrebt eine Gesellschaft freier und gleichberechtigter Menschen. Um sie herbeizuführen, können die sozialistischen Parteien nur mit Anhängern von Weltanschauungen und Religionen zusammenwirken, die sich nicht bloß theoretisch zu den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit bekennen, sondern sie auch in ihrer Praxis anwenden. Der Sozialismus lehnt jedes Vorrecht und jeden Anspruch auf ein solches ab, gleichgültig, aus welchem Grund es abgeleitet wird — aus dem Besitz oder der Geburt, der Rasse, der politischen Stellung oder der Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft. Der Sozialismus übt allen Weltanschauungen und Religionen gegenüber, die sich zu diesen Grundsätzen bekennen, vollständige Toleranz, in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie auch ihm gewährt wird.

Darüber hinaus ist er bereit, positiv mit allen religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten, deren Ethik seinen Grundsätzen entspricht. Noch ehe der Sozialismus durch Marx und Engels beeinflusst worden ist, hat es einen christlichen Sozialismus gegeben. Er hat sich stets neben dem Marxismus und anderen, weltanschaulich indifferenten sozialistischen Strömungen behauptet und stellt nach wie vor in vielen Ländern die maßgebliche Form des Sozialismus dar. Es wäre unverständlich, daß eine Religion der Nächstenliebe nicht mit dem Sozialismus vereinbar sein soll.

Wenn sich trotzdem in der Vergangenheit tiefe Gegensätze zwischen manchen christlichen Kirchen — vor allem, aber durchaus nicht allein, der katholischen — und dem Sozialismus herausgebildet haben, so sind die Ursachen dafür in erster Linie in kirchlichen Ansprüchen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu suchen, die mit den Zielen des Sozialismus unvereinbar sind, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß sich diese Kirchen durch manche sozialistischen, zumeist vom Liberalismus übernommenen Anschauungen angegriffen fühlten.

Wenn die Kirchen die von ihnen für sich geforderte Toleranz auch dem demokratischen Sozialismus zubilligen, wird sich der Weg zu einer Verständigung zwischen ihnen und der sozialistischen Bewegung eröffnen.

Schule, Hochschule, Forschung

Der Sozialismus hat das Bildungsprivileg der besitzenden Schichten stets als ein besonders bedrückendes Symbol der Herrschaft des Kapitalismus empfunden. Die sinnlose Verschwendung von Begabungen durch ein System, das dem wenig Begüterten den Zugang zu Wissen und Kultur versperrt, ist eine der ärgsten Beleidigungen der menschlichen Würde; sie ist in unserem demokratischen Zeitalter unerträglich geworden.

Die immer rascher werdende technische Umwälzung läßt die bisherigen Formen der Volks-, Haupt- und Berufsschulen als immer weniger zugänglich erscheinen. Gleichzeitig weisen alle Untersuchungen darauf hin, daß die heutige Jugend erst in höherem Lebensalter die intellektuelle Reife erreicht als die vorhergehenden Generationen.

Die Kombination beider Elemente erfordert eine Änderung der Schulzeit: sie muß von acht auf neun

Jahre ausgedehnt werden. Das gewonnene Schuljahr soll zu einer gründlichen Vorbereitung auf das praktische Leben verwendet werden, indem den Schülern ebenso die Grundlagen der modernen Naturwissenschaft und Technik wie der Staatsbürgerkunde und der Wirtschaft vermittelt werden.

Die Lehrmethoden der Hochschulen wären von Grund auf umzugestalten. An die Stelle des veralteten Vorlesungsbetriebes müßte eine ständige Überwachung des Studienfortganges treten; nur auf diese Weise wird es gelingen, an Stelle des väterlichen Geldsacks Fleiß und Begabung zu den einzigen Garanten des Studienerfolges zu machen.

Gleichzeitig müßten Aufbau und Lehrplan der Hochschulen geändert werden, indem den Änderungen der Sozialstruktur und der sozialen Anschauungen gebührend Rechnung getragen wird. Das juristische und staatswissenschaftliche Studium ist den Bedürfnissen der heutigen Verwaltung und Rechtsprechung sowie der Wirtschaft anzupassen und lebensnäher zu gestalten; es muß eine eigene Hochschule für Politik und soziale Studien errichtet werden.

Die sinnvolle Verwendung der öffentlichen Gelder, die für die Wissenschaft verwendet werden, wäre durch die Errichtung eines Forschungsrats sicherzustellen, der aus unabhängigen Männern und Frauen der Wissenschaft und Praxis zu bestehen hat.

Hand in Hand mit dieser Reform des Lehrplans und Aufbaus von Schule und Hochschule muß eine solche ihrer sozialen Grundlage erfolgen; der Besuch sämtlicher Schulen — einschließlich der Hochschulen — muß vollkommen kostenfrei sein.

Besondere Aufmerksamkeit muß der materiellen Unterstützung der Hochschulstudenten geschenkt werden. Ihre Zulassung zum Studium darf nur unter den rigorosesten Vorbedingungen geschehen; im Zusammenwirken mit anderen interessierten Institutionen muß der Staat durch Gewährung ausreichender Beihilfen dafür sorgen, daß sie sich, unbeschwert durch materielle Rücksichten, nur dem Studium widmen können. Das Werkstudientum, das mit einem intensiven Studium unvereinbar ist, muß beseitigt werden.

Volksbildung

Auf diesem Zweig des Bildungswesens hat die sozialistische Bewegung frühzeitig Großes geleistet. Sie wird auch in Zukunft ihre Kraft und ihren Einfluß sowohl der Arbeiter- als auch der Volksbildung widmen, um so mehr, als die fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit die sinnvolle Verwendung der Freizeit zu einem immer dringenderen Problem macht.

Die SPÖ lehnt es jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen ab, nach Art totalitärer Bewegungen in das Privatleben des einzelnen einzugreifen. Sie wird sich stets bemühen, ihren Anhängern Möglichkeiten der Bildung zu schaffen und ihnen Anregungen zu ihrer Benützung geben — sie wird niemals daran denken, einen Zwang in dieser Richtung auszuüben. Die Freiheit des Geistes darf niemals — auch nicht zu scheinbar guten Zwecken — beeinträchtigt werden.

Kunst und Kultur

Das Bedürfnis nach Kunst und Kultur gehört zu den elementarsten Lebensäußerungen des Menschen. Die sozialistische Bewegung hat es stets für ihre vornehmste Aufgabe gehalten, in den von ihr beeinflussten Massen den Sinn für das Schöne, für die ewigen Werte der Kunst zu wecken. Je größer ihr Einfluß auf staatliches und wirtschaftliches Geschehen wird, um so größer wird ihre Verpflichtung der Kunst und den schaffenden Künstlern gegenüber. Soziale Bauten der verschiedensten Art geben diesen ebenso Beschäftigung wie die Gestaltung der Feste der sozialistischen Organisationen; der Einfluß auf die Programmgestaltung von Radio, Fernsehen und Film bedeutet eine ebenso große Verantwortung gegenüber der Kunst und den Künstlern.

Es kann nicht Aufgabe einer politischen und wirtschaftlichen Bewegung sein, zu Kunst- und Stilfragen schiedsrichterlich Stellung zu nehmen; erst die Entwicklung selbst wird Bleibendes von Vorübergehendem

dem scheiden. Wohl aber muß dafür eingetreten werden, daß nicht aus engem Traditionalismus aufstrebenden Talenten und neuen Formen der Weg versperrt wird. Toleranz hat nicht nur auf politischem und religiösem Gebiet, sondern auch auf dem der Kunst zu gelten.

Bedingung muß es freilich sein und bleiben, daß nur ernstes Streben gefördert wird; nie war die Gefahr der Verflachung, der bloßen Wirkung in die Breite, größer als heute, da die technischen Mittel der Kunstdarbietung es ermöglichen, große Massen zu erreichen. Der durch Film, Fernsehen und Rundfunk geübten anonymen Massenbeeinflussung ist durch Schärfung des selbständigen Geschmacks und des kritischen Sinns entgegenzuwirken. Der Sozialismus als eine lebensnahe Idee ist mit einer Welt des Scheins und der Illusion unvereinbar.

Es wird daher Aufgabe aller künstlerisch interessierten Persönlichkeiten sein, durch unablässige Arbeit Freude am Schönen, aber auch die zum Kunstgenuß erforderlichen Kenntnisse zu verbreiten. Dabei wäre vor allem dahin zu wirken, daß schon in den Schulen dem Kunstwerk und den Gesetzen der Kunst größere Aufmerksamkeit geschenkt und Ehrfurcht vor den überlieferten Werten ebenso wie Aufgeschlossenheit für das Neue in der Kunst geweckt und gepflegt werden.

Sozialismus heute und morgen

Sozialismus in unserer Zeit — das ist nicht mehr, wie für unsere Väter, eine Zukunftshoffnung, sondern eine Aufgabe der Gegenwart. Die Menschheit kann sich ihr nicht länger entziehen, wenn nicht die zerrissene und gequälte Welt in den Abgrund der Unfreiheit und Barbarei stürzen soll.

In der allgemeinen Unsicherheit hat allein der Sozialismus den Menschen eine Zukunft ohne Angst und ohne Hunger, in Frieden und Freiheit zu bieten.

Die Welt von heute ist in zwei Teile gespalten, deren einer vom Kapitalismus beherrscht wird, während der andere geschüttelt wird von den Wehen einer Entwicklung, die nach dem Zerbrechen uralter Gesellschaftsformen nach neuen Strukturen ringt; ist im kapitalistischen Bereich der demokratische Wohlfahrtsstaat die herrschende Form, so im nichtkapitalistischen die mehr oder minder verhüllte Diktatur.

Beide Formen können nicht von Dauer sein. Der Wohlfahrtsstaat enthält im Grunde seines Gefüges einen unauflöslichen Widerspruch: Kapitalistisch in seinen Zielen, ist er zutiefst beeinflusst von sozialistischen Elementen, die den Aufbau der liberalen Wirtschaft völlig gewandelt haben. Wohl herrscht noch das Profitstreben, aber die Verfügung über den Gewinn ist durch Steuer- und Sozialpolitik weitgehend eingeengt; jeder Versuch des Kapitalismus, die ihm von der mächtig angewachsenen Arbeiterbewegung angelegten Fesseln zu sprengen, müßte für ihn tödlich enden, weil sich sein System an die durch höhere Lebenshaltung und Sozialpolitik geänderte Verteilung des Sozialprodukts angepaßt hat.

So trachtet er, den Gewinn, den er als Produzent nicht mehr realisieren kann, durch monopolistische Marktbeherrschung als Verkäufer zu erzielen; aber dadurch setzt er sich nicht nur mit der Arbeiterschaft, sondern auch mit breiten Schichten der Gesellschaft, die nicht der Arbeiterklasse angehören, in Widerspruch und wird deshalb von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als Gegner empfunden; überdies führt diese Wirtschaftspolitik des Monopolkapitalismus zu wachsenden inneren Spannungen des Wirtschaftslebens, die sich eines Tages in krisenhaften Erschütterungen entladen werden.

Noch weniger als der Wohlfahrtsstaat haben die Diktaturen Aussicht auf Bestand. Ihre staatswirtschaftliche Industrialisierung erzeugt die Klassen, die ihre Totengräber werden, voran ein industrielles Proletariat, das alle Stadien der Not und Entwurzelung durchmachen muß, die der Frühkapitalismus in Europa erzeugte, vervielfacht durch Zwangsarbeit und Terror. Ebenso wie der europäische Absolutismus in einer Kette gewaltiger Revolutionen zerbrach, wird

dieses Schicksal die totalen Diktaturen ereilen: das Donnergrollen der kommenden Umwälzungen schwillt ständig an, und die Energie des ersten revolutionären Versuchs läßt ahnen, welche Kräfte sich hier zusammenballen.

In dieser gespaltenen Welt steht der demokratische Sozialismus zwischen Kapitalismus und Diktatur. Er hat also einen Zweifrontenkrieg gegen beide Gegner gleichzeitig zu führen; denn er kann sich mit keinem der beiden versöhnen.

Er ist der Todfeind sowohl des Faschismus wie des Kommunismus. Die beiden konnten und können sich miteinander verbinden. Stets aber sind beide unversöhnliche Gegner des demokratischen Sozialismus, in dessen Namen alle Revolutionen im kommunistischen Raum — von Kronstadt bis Budapest — durchgekämpft wurden.

Aber es gibt für den Sozialismus ebensowenig ein Kompromiß mit dem Kapitalismus, selbst nicht in Form des Wohlfahrtsstaates. Wohl besteht zwischen diesen und den Diktaturen ein grundlegender Unterschied: die Form, in der die Gegensätze in beiden Staatengruppen ausgetragen wurden, ist eine völlig andere. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat den Kapitalismus zur Demokratie geführt; diese muß in den Diktaturen erst erkämpft werden.

Aber so wesentlich dieser Unterschied auch sein mag — er kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Inhalt des Kampfes für den demokratischen Sozialismus in beiden Fällen der gleiche ist. Wird in den Diktaturen die politische Macht zum Mittel, die Werktätigen zugunsten der regierenden Schicht wirtschaftlich auszubeuten, so bietet die wirtschaftliche Ungleichheit im Kapitalismus den besitzenden Klassen die Möglichkeit, dieses Übergewicht in politische Macht umzumünzen. Freiheit ist ohne Gleichheit ebenso undenkbar wie Gleichheit ohne Freiheit. Wer die ganze Freiheit will, muß die Gleichheit wollen; beide zusammen bilden die sozialistische Demokratie. Gleichheit heißt nicht nur politische und juristische, sondern auch wirtschaftliche Gleichberechtigung, heißt also ebenso Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft wie der ausbeuterischen Staatswirtschaft der Diktaturen; sie schafft Gleichberechtigung der Nationen und Rassen, der Konfessionen und politischen Überzeugungen. Erst wenn diese Gleichberechtigung ein selbstverständliches Gemeingut der ganzen Menschheit geworden ist, wird dauernder Friede auf Erden herrschen. Dann kann der uralte Traum verwirklicht werden, daß die Schwerter in Pflugscharen umgeschmiedet werden. Dann wird ein Geschlecht erwachsen, frei von Furcht und Not, in Wohlstand und Sicherheit, aufrecht und selbstbewußt, aufgeschlossen den Künsten und Wissenschaften, das eigene Geschick in demokratischer Selbstverantwortung formend.

Die Menschheit steht an der Schwelle dieser Entwicklung; von der jetzt heranwachsenden Generation hängt es ab, ob sie vollendet wird. So düster und gefährvoll die Gegenwart erscheint, so sehr sie mit Waffenlärm und Kriegsgefahr erfüllt sein mag — sie wird überwunden werden durch ein Zeitalter des Friedens und der Freiheit, des Wohlstandes und der Sicherheit, der Kunst und der Kultur. Sie sind die Verkörperung des internationalen demokratischen Sozialismus, dessen Programm uns den Weg in die Zukunft weist.

Die SPÖ ruft alle werktätigen Schichten des österreichischen Volkes auf, mit ihr gemeinsam für die in diesem Programm niedergelegten Ziele einzutreten und so Österreich den Weg in eine bessere Zukunft zu ebnen.

Außer den im Text enthaltenen allgemeinen

Forderungen

wird die SPÖ zu einzelnen Abschnitten für die folgenden konkreten Maßnahmen eintreten:

Verfassung und Verwaltung

Verfassungs- und Verwaltungsreform durch Vereinheitlichung und Vereinfachung der Gesetzgebung und Ausbau der Selbstverwaltung.

Volksvertretung:

Stärkere Mitwirkung der Volksvertretung an der Kontrolle der Verwaltung.

Ausbau des Fragerechts und Einführung der Antworthpflicht der Regierungsmitglieder in den Volksvertretungen.

Ausbau der Minderheitsrechte.

Ausbau des Systems der öffentlichen Befragung von Fachleuten und Verwaltungsorganen durch Ausschüsse der Volksvertretungen.

Wahlreform:

Stärkerer Kontakt von Wählern und Abgeordneten. Gerechte Wahlkreiseinteilung.

Ausschreibung der Posten im öffentlichen Dienst zur Besetzung mit den geeigneten Bewerbern.

Gemeinden, Bezirke und Länder

Ausbau der Finanzautonomie der Gemeinden.

Ausbau der Kommunalwirtschaft.

Regional- und Stadtplanung, Förderung des kommunalen Wohnbaues.

Förderung des Pflichtschulwesens durch den Bau moderner Schulhäuser und Schaffung einwandfreier Schuleinrichtungen; Errichtung von Schülerinternaten und Tagesheimstätten; kostenlose Versorgung aller Schüler mit Lehrmitteln.

Schaffung starker und leistungsfähiger Gemeinden.

Ausbau der übergemeindlichen Selbstverwaltung durch Verwaltungsgemeinschaften von Nachbargemeinden.

Erlassung eines Verwaltungsgesetzes über die Errichtung von Bezirksselbstverwaltungen.

Klare Abgrenzung der Stellung der Länder zwischen Bund und Gemeinden.

Im übrigen wird auf das Kommunalprogramm der SPÖ verwiesen.

Rechtswesen

Modernisierung des Strafrechts.

Anpassung des Familienrechts an die heutigen gesellschaftlichen Zustände.

Besserstellung der außerehelichen Kinder. Sicherung der Unterhaltspflicht.

Wahl der Richter durch das Volk; sozialwissenschaftliche Vorbildung der Richter.

Gleichberechtigung von Anklage und Verteidigung im ganzen Strafverfahren. Erweiterte Heranziehung des Laienelements in Zivil- und Außerstreitsachen.

Landesverteidigung

Aufstellung und Erhaltung eines Bundesheeres auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht.

Einführung einer möglichst kurzen Dienstzeit unter Beachtung der Erfordernisse einer modernen Kampfausbildung.

Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte aller Soldaten.

Erhaltungs des Arbeitsplatzes für alle Präsenzdienstpflichtigen.

Sozialpolitischer Schutz der Angehörigen des Bundesheeres und ihrer Familien.

Verhinderung einer einseitig parteipolitischen Führung des Bundesheeres.

Schaffung eines Landesverteidigungsplanes, der die Zusammenarbeit aller Kräfte unseres Landes im Notfall zur Abwehr etwaiger gegen unsere Grenzen gerichteter Angriffe sichert.

Frauenfrage und Bevölkerungspolitik

Gleiche Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Mann und Frau.

Gleiche Anstellungsbedingungen, auch im öffentlichen Dienst.

Gleicher Lohn für gleichwertige Leistung.

Hebung der sozialen Frauenberufe.

Erschließung neuer qualifizierter Berufe für die Frau.

Errichtung von Säuglingskrippen, Kindergärten, Heimschulen usw. zur Entlastung der erwerbstätigen Mütter.

Erleichterung der Haushaltsarbeit durch Technisierung.

Hausfrauenversicherung.

Mutterschaftsversicherung.

Haushaltszulage für Mütter, die ihre Kinder selbst betreuen.

Heimhilfe und Familienurlaub.

Heime für Mutter und Kind.

Vollbeschäftigung

Möglichst weitgehende Zollbefreiung der Einfuhren, namentlich von Rohstoffen und Halbfabrikaten; Beschränkung der Zölle bei Fertigwaren auf das Niveau, das zur Aufrechterhaltung der von der Auslandskonkurrenz bedrohten Betriebe unumgänglich ist.

Beseitigung aller Einfuhrverbote und quantitativen Einfuhrbeschränkungen. Wirksame Überwachung der Kartelle und kartellähnlichen Bindungen durch den Staat und die öffentlichen Körperschaften.

Finanz- und Investitionspolitik

Konjunkturgemäße Finanzpolitik des Staates.

Anpassung der öffentlichen Investitionen an den Konjunkturablauf.

Aufstellung eines langfristigen Investitionsprogramms außerhalb des laufenden Budgets; Anlegung von steuerbegünstigten Krisenreserven der Industrie.

Ausbau der progressiven Besteuerung von Besitz und Einkommen.

Beseitigung der Steuern auf den unentbehrlichen Massenkonsum.

Genügende Versorgung der öffentlichen Haushalte mit Mitteln zur Erfüllung der sozialen Verpflichtungen eines modernen Wohlfahrtsstaates.

Währungspolitik

Sicherung der Stabilität des Schillings; Vermeidung von Inflation und Deflation.

Ausgleich der Zahlungsbilanz durch Förderung des Exports und des Fremdenverkehrs bei umfassender Liberalisierung der Einfuhr.

Anpassung der Zins- und Kreditpolitik an den Konjunkturverlauf; Anlage genügender Währungsreserven; Regulierung des Zu- oder Abflusses von Auslandskapital.

Pflege der Spartätigkeit und des Kapitalmarktes.

Planmäßige Lenkung des Kredits.

Gewerbe

Förderung der Kleinkredite zu begünstigten Zinssätzen; Errichtung eigener Kreditabteilungen für Gewerbetreibende bei Banken und Sparkassen.

Bekämpfung der kartellmäßigen Bindungen des Kleinhandels an Preisvorschriften der Großherzeuger.

Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens. Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit für das Gewerbe.

Ausbau der von der SPÖ durchgesetzten Altersversorgung der Selbständigen.

Ausdehnung des Krankenschutzes auf alle Selbständigen der gewerblichen Wirtschaft.

Gemeinwirtschaft

Einrichtung einer Planungsstelle ohne Vollzugsgewalt.

Sicherstellung eines gleichmäßigen Absatzes bei stabilen Preisen durch Abschluß langfristiger Lieferungsverträge sowohl der Hoheitsverwaltung wie der verstaatlichten Betriebe mit verstaatlichten und privaten Betrieben.

Auf dem Sektor der Nahrungsmittelversorgung ist durch das Zusammenwirken von landwirtschaftlichen Produktions- und städtischen Konsumgenossenschaften eine Organisation zu schaffen, die den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Verbraucher sicherstellt.

Umwandlung der Bundes- und verstaatlichten Betriebe in eigene Wirtschaftskörper und gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, die, nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, möglichst unabhängig von direkter staatlicher Beeinflussung zu betreiben sind. Weder Bundes- noch verstaatlichte Betriebe und Unternehmungen dürfen in Privatbesitz überführt werden.

Den Betriebsräten und Gewerkschaften ist ein erhöhtes Maß an Mitbestimmung, aber auch an Mitverantwortung einzuräumen, als ihnen das geltende Betriebsrätegesetz zubilligt.

Genossenschaften

Anerkennung der Genossenschaften als Einrichtung der freiwilligen gemeinsamen Selbsthilfe wirtschaftlich schwacher Bevölkerungsgruppen und als demokratische Wirtschaftsorganisationen in der Bundesverfassung.

Anpassung des Genossenschaftsgesetzes an die modernen Wirtschaftsverhältnisse.

Beseitigung der steuerlichen Benachteiligungen der Genossenschaften gegenüber Konkurrenzunternehmen.

Arbeitsrecht, Arbeitsverfassung, Arbeitsmarkt

Bestätigung des Koalitions- und Streikrechtes in der Bundesverfassung.

Erweiterung der Befugnisse der Betriebsräte; Verbesserung ihres Schutzes; gesetzliche Verankerung von Betriebsräten und Personalvertretungen des öffentlichen Dienstes.

Vereinheitlichung der Kompetenzbestimmungen der Bundesverfassung über das gesamte Sozial- und Fürsorgerecht.

Kodifikation des Sozialrechts unter besonderer Betonung seines kollektiven Charakters. Erweiterung der Arbeitsgerichtsbarkeit zu einer Sozialgerichtsbarkeit; Vereinfachung des Verfahrens.

Wirksamer Versetzungs-, Kündigungs- und Entlassungsschutz.

Verbesserung der Bestimmungen über die Sicherung des Lohnes.

Verkürzung der Arbeitszeit mit dem vorläufigen Ziel der Fünftagewoche bei vierzigstündiger Wochenarbeitszeit.

Ausbau der Sozialmedizin, Verstärkung des Dienstes von Betriebsärzten, Sicherheitstechnikern und Unfallverhütern.

Verstärkung der Arbeitsinspektion, Erweiterung der Zuständigkeit auch auf den öffentlichen Dienst und die Hauswirtschaft.

Stärkere Einschaltung der Arbeitsämter in die Besetzung der Arbeitsplätze.

Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf alle in wirtschaftlicher Abhängigkeit stehende Personen.

Bekämpfung struktureller Arbeitslosigkeit.

Sozialversicherung

Schaffung eines allgemeinen Gesetzes über die soziale Sicherheit, das die Volkspension, die Sozialversicherung, die Versorgung und die Fürsorge regelt.

Errichtung eines nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung geführten allgemeinen Volksgesundheitsdienstes für die gesamte Bevölkerung.

Schaffung eines allgemeinen Systems der Volkspensionen für Personen, die keinen Anspruch auf eine Rente aus einer gesetzlichen Pensionsversicherung haben, insbesondere für die selbständig Erwerbstätigen.

Ausbau der gesetzlichen Pensionsversicherung; Beseitigung jedes Unterschiedes zwischen Alt- und Neurentnern; Sicherung einer den Lebensunterhalt deckenden Mindestleistung.

Gesetzliche Verankerung des Grundsatzes, daß bei Erhöhung des Volkseinkommens die Barleistungen der sozialen Sicherheit automatisch anzupassen sind.

Kultur

Die Einzelforderungen zu diesem Abschnitt sind im Kulturprogramm der SPÖ enthalten, auf das verwiesen wird.

Der große Verrat

Der Warschauer Aufstand im Jahre 1944

Zum erstenmal wurde 1957 in Polen der Jahrestag des Warschauer Aufstandes vom Jahre 1944 festlich begangen.

Vor vierzehn Jahren, im Sommer 1944, begann der Anfang vom Ende Hitlerdeutschlands. Die russischen Armeen waren in einer großen Offensive bis an die Weichsel vorgedrungen und standen nicht mehr weit von Warschau. Ganz Polen fühlte in jenen Julitagen des Jahres 1944, daß die Stunde für den letzten großen Befreiungskampf gekommen war. Der sowjetische Kosziusko-Sender rief die Bevölkerung Warschaus schon seit dem 2. Juni zum Aufstand auf, und auch die Führer der großen polnischen Untergrundarmee, die der polnischen Exilregierung in London unterstanden, hielten den Zeitpunkt für eine allgemeine Erhebung für gekommen.

Sie wußten natürlich, daß ein Kampf gegen die starken deutschen Truppen in Warschau ohne russische Unterstützung aussichtslos sein würde, aber die Rote Armee war nahe und ein sowjetisches Manifest, das in diesen Tagen von Molotow unterzeichnet worden war, gab ihnen Mut: „Polen!“ so rief es, „Der Augenblick der Befreiung ist gekommen! Polen, zu den Waffen!“

Der Aufstand bricht los

Am 22. Juli 1944 fingen die Polen eine Radiobotschaft vom Hauptquartier der vierten deutschen Panzerarmee auf, in der der Rückzug auf das westliche Weichselufer befohlen wurde. Am selben Tag noch überquerten die Russen den Fluß, und ihre Patrouillen näherten sich von Süden her der Hauptstadt. Der Befehlshaber der Warschauer Untergrundarmee, General Bor-Komorowski, hatte damals etwa vierzigtausend Mann unter seinem Kommando und verfügte über Lebensmittel und Munition für zehn Kampftage.

Am Abend des 31. Juli erfuhr die Warschauer Untergrundbewegung, daß sowjetische Panzer auch die deutschen Stellungen östlich der Stadt durchbrochen hatten und nur noch fünfzehn Kilometer weit entfernt waren. Deutlich konnte man in den Gassen der Millionenstadt, die im Krieg und während der Judenverfolgung so schwer gelitten hatte, das Dröhnen der Geschütze hören.

Nun wurde in aller Eile in ganz Warschau der

Befehl zum Angriff durchgegeben; Zeitpunkt: 1. August 1944, 17 Uhr. General Bor hat die Ereignisse des folgenden Tages selbst beschrieben:

Um Punkt fünf Uhr nachmittags wurden plötzlich tausend blitzende Fenster aufgerissen. Von allen Seiten fiel ein Hagel von Geschossen auf die Gebäude, die Fahrzeuge und Marschkolonnen der deutschen Armee. Innerhalb weniger Sekunden verschwanden alle Zivilpersonen von den Straßen, die Haustore öffneten sich weit, und die Polen gingen zum Angriff über. Fünfzehn Minuten später kämpfte bereits eine ganze Stadt, die mehr als eine Million Einwohner zählte.

Überall in Warschau wurden Barrikaden errichtet, die Ausfallsstraßen wurden gesperrt und die deutschen Kasernen und Magazine voneinander abgeschnitten. Niemals waren die Polen ihres Sieges so gewiß gewesen.

Am 4. August begannen die deutschen Truppen mit Gegenangriffen. „Trotz wiederholten Angriffen starker Stuka-Verbände auf die Hauptwiderstandsnester“, schrieb der „Völkische Beobachter“ vom 19. August 1944, „blieben die hartnäckig kämpfenden Banditen, die sich zum großen Teil aus jungen Burschen zwischen 15 und 21 Jahren rekrutieren, bemüht, ihre Stützpunkte bis zum letzten Mann zu verteidigen. Auch in den brennenden und von Bomben getroffenen Häusern kämpften sie noch mit zäher Verbissenheit, denn sie wußten, daß es für sie kein Zurück mehr gab. Der Kampf gegen die Aufständischen wird mit der in solcher Lage notwendigen Rücksichtslosigkeit und Härte durchgeführt.“

Stalin lehnt jede Hilfe ab

Ein dringender Ruf der polnischen Untergrundarmee erreichte am vierten Kampftag London. Die Vorräte gingen zu Ende. Es gab zuwenig Waffen und kaum noch Munition. Daraufhin telegraphierte Ministerpräsident Churchill sofort an Stalin: „Auf Ersuchen der polnischen Untergrundarmee werden wir, wenn es das Wetter zuläßt, etwa sechzig Tonnen Ausrüstung und Munition über dem südwestlichen Warschau abwerfen... Wie die Polen uns mitteilen, ersuchen sie auch um sowjetische Hilfe.“

Vor vierzig Jahren

Der Jahresaufstand von Cattaro

Mit einigem Erstaunen haben wir kürzlich gelesen, daß die jugoslawische Regierung den Gedenktag des Matrosenaufstandes von Cattaro 1918 in einer Weise feiern will, die zur Angelegenheit einer einzigen Nation zu machen scheint, was in Wahrheit Sache aller Freiheitsliebenden der Habsburgermonarchie gewesen ist. Gewiß waren an der großen Erhebung der Matrosen viele Kroaten und Dalmatiner beteiligt, weil die Südslawen in der k. u. k. Kriegsmarine stark vertreten waren — aber nicht nur sie und nicht einmal in allerster Linie.

Weil es also ein Gedenktag aller Nationen der einstigen Donaumonarchie ist, gehört er auch und vor allem der österreichischen Geschichte an. Man verdankt es einem Zufall, daß man schon unmittelbar nach dem Ereignis davon erfuhr, als den offiziellen Gewalten lieb war. Wie im Falle des Jännerstreiks, der genau drei Wochen vorher losgebrochen war, hätten sie auch diesmal gern verhindert, daß überhaupt irgendeine Nachricht über das Geschehen in die Öffentlichkeit dringe. Wiener Neustadt war dabei nur fünfzig Kilometer von Wien entfernt, Cattaro aber ungefähr tausend. Das Totschweigen schien also diesmal bessere Aussichten zu haben. Der Zufall nun, der dieses Vorhaben vereitelt und damit wahrscheinlich verhöhnt hat, daß aus vier standrechtlichen Hinrichtungen Dutzende geworden sind, bestand darin, daß einer der Artilleriestellungen, von denen aus die rebellierenden Kriegsschiffe unter Feuer genommen werden sollten, als Beobachter auch der Leutnant Julius Braunthal zugeteilt war, damals schon sozialistischer Redakteur und später (bis 1956) Sekretär der Internationale. Er gewann durch seine Anwesenheit unmittelbar am Ort der Tragödie einen solchen Einblick in ihren Ablauf, daß er Mittel und Wege fand, auf raschestem Wege Victor Adler davon zu verständigen. Von welcher Bedeutung das war, soll später erzählt werden. Zunächst sei das Ereignis selbst geschildert.

Sirensignale und rote Flaggen

Es begann am 1. Februar 1918, zeitig morgens: Sirenengeheul auf den Kriegsschiffen. Das hatte man in den Jahren zuvor nie gehört. Es mußte also was besonderes los sein. Ein Blick durch das Fernglas bestätigte die Vermutung: von den Schloten der Schlachtschiffe, Kreuzer und Kanonenboote stiegen mächtige schwarze Rauchwolken auf. Die Flotte unter Vollampf zur Ausfahrt bereit. Das aber war nicht alles: Der Panzerkreuzer „St. Georg“ und das Torpedoboot-Mutterschiff „Gäa“ hatten auch die rote Flagge gehißt! Das war Aufstand, das war Revolution!

Gleich danach taten der Panzerkreuzer „Kaiser Karl VI.“, das Stationsschiff „Kronprinz Rudolf“ und das Schlachtschiff „Monarch“ das gleiche. Diesen größten und schwersten Kampfschiffen schlossen sich hierauf auch die übrigen Kreuzer, Zerstörer und Torpedoboote an. Zu Mittag stand die gesamte Kriegsflotte der Bocche, etwa vierzig Einheiten mit 5000 Mann, unter roter Flagge. Mit einer Ausnahme: das in der inneren Bucht von Cattaro liegende Kanonenboot „Novara“ verweigerte den Anschluß an die Bewegung, weil es den Landgeschützen vollkommen wehrlos ausgeliefert war. Kommandant dieser „Novara“ aber war der spätere Admiral Horthy, den die Weltgeschichte damit für eine andere unheilvolle Rolle vorbestimmt hatte.

Die Gründe des Aufstandes

Was aber war es, das die Matrosen in ein solches Unternehmen der Kühnheit und Verzweiflung getrieben hatte? Wir wollen die amtlichen Dokumente sprechen lassen, den Bericht, den das k. u. k. Kriegshafenkommando Cattaro zwölf Tage nach dem Unglück an das k. u. k. Armeeoberkommando in Baden geschickt hat. Es heißt darin:

Beim Abschluß des standrechtlichen Verfahrens gegen die an der Empörung auf den Kriegsschiffen Beteiligten meldet das Festungsgericht Cattaro als Ursachen der Bewegung unter den Marinemannschaften: a) Vollständige Vernachlässigung der Mannschaft seitens der Offiziere. b) Schlechte Verpflegung der Mannschaft, luxuriöse Verpflegung der Offiziere.

Da ereignete sich das Unglaubliche. Stalin antwortete: „Ich glaube, daß die Meldungen, die Ihnen die Polen übermittelt haben, stark übertrieben und nicht sehr glaubwürdig sind. Die polnische Untergrundarmee besteht aus ein paar Einheiten, die unzureichenderweise als Division bezeichnet werden. Sie haben weder Artillerie noch Flugzeuge noch Panzer. Ich kann mir nicht vorstellen, wie diese Einheiten Warschau einnehmen wollen, für dessen Verteidigung die Deutschen vier Panzerdivisionen, darunter die Division Hermann Göring, aufgeboden haben.“ Damit war die Angelegenheit für Stalin erledigt.

Und die 40.000 Partisanen in Warschau kämpften weiter und warteten vergeblich. Sie kämpften dreiundsechzig Tage, und sie warteten dreiundsechzig Nächte auf die Sowjetarmee, die nur fünfzehn Kilometer vor der Stadt stand.

Am 9. August hatten die Deutschen mit Hilfe von Tigerpanzern einen Keil bis zum Weichselufer vorgedrungen und die Stadt geteilt. Wieder und wieder drangen sie nach Norden und Süden vor und teilten Warschau noch mehrmals in einzelne Sektoren. Die sowjetischen Flugzeuge aber, die bis dahin Tag für Tag Warschau überflogen und bombardiert hatten, waren plötzlich verschwunden. Am 4. August hörte das russische Artilleriefeuer auf.

Die Sowjetarmee, die in einem unaufhaltsamen Vormarsch aus der Ukraine gekommen war, kam plötzlich zum Stehen, obwohl sie kaum Widerstand vorfand. Fünf Wochen lang wurde vor Warschau kaum ein russisches Geschütz mehr abgefeuert. Sowjetmarschall Konstantin Rokossowski, der später Oberbefehlshaber und Verteidigungsminister Polens war, stand vor seinem Hauptquartier und — wartete. Und obwohl man von der Front aus jede Nacht das brennende Warschau sehen konnte, berichtete Radio Moskau erst am 13. August, daß es in Warschau zu einem Aufstand gekommen sei.

Ein ausgeklügelter Verrat

Was der Welt damals wie ein unerhörter Verrat erscheinen mußte, war das Ergebnis ausgeklügelter Überlegungen seitens der Sowjetunion. Polen war am Vorabend seiner Befreiung durchaus nicht politisch gleichgeschaltet. Unter den Partisanen gab es viele, die den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 nicht vergessen hatten. Keineswegs war Polen reif für das, was die Sowjetunion mit ihm nach ihrem Sieg vorhatte. Polen besaß überdies eine Exilregierung in London, die von

Ministerpräsident Mikołajczyk geleitet wurde und den Russen nicht paßte. Sie setzten daher später — gleich in den ersten Tagen nach ihrem Einmarsch in Polen — eine eigene kommunistische Marionettenregierung ein, das sogenannte „Lubliner Befreiungskomitee“, das unter der Führung des späteren Ministerpräsidenten Bolesław Bierut stand und das vor allem darauf vorbereitet worden war, die russischen Forderungen „im Namen des polnischen Volkes“ zu unterstützen. Rußland wollte nämlich 180.937 Quadratkilometer — fast die Hälfte — von Polen abtrennen, und hat es 1945 auch getan. Eine unabhängige polnische Partisanenarmee in Warschau, die einen Sieg errungen hätte, lag also durchaus nicht im Sinne der Russen. Und so ließen sie ihre Geschütze und Panzer ruhen und warteten fünf Wochen lang, bis die Helden von Warschau Mann für Mann gefallen und zehntausende andere Polen verbrannt und verhungert waren.

Landeverbot für alliierte Flugzeuge

Die Amerikaner und Engländer sandten täglich Flugzeuge nach Warschau, aber sie konnten nicht viel tun, da ihre Stützpunkte zu weit entfernt waren. Sie ersuchten daher, daß ihre Flugzeuge nach dem Überfliegen von Warschau, wo sie Munition abwarfen, auf russischen Flugfeldern landen dürften.

Am Abend des 16. August ließ nun Wyschinski den amerikanischen Botschafter in Moskau zu sich kommen und erklärte ihm, daß die Sowjetunion nicht gestatten könne, daß britische und amerikanische Flugzeuge auf sowjetischen Flugplätzen landeten, da sie selbst mit dem „Abenteuer in Warschau“ nichts zu tun haben wolle.

Zwei Tage später sandten Präsident Roosevelt und Ministerpräsident Churchill eine persönliche Botschaft an Stalin: „Wir glauben, daß wir drei gemeinsam das Äußerste tun sollten, um so viele polnische Patrioten zu retten wie nur möglich. Wir hoffen, daß Sie sofort Nachschub und Munition für die Patrioten in Warschau abwerfen lassen oder daß Sie unseren Flugzeugen dabei behilflich sein werden.“

Stalin antwortete: „Früher oder später wird die Wahrheit über die Verbrecher bekannt werden, die sich in das Warschauer Abenteuer eingelassen haben, um die Macht an sich zu reißen. Es kann kein Zweifel daran sein, daß die Rote Armee keine Mühe scheut, um den deutschen Ring um Warschau zu sprengen.“ Doch die sowjetischen Geschütze schwiegen weiter.

Die Russen hatten zwischen Bug und Weichsel

c) Benachteiligung der Mannschaft durch Zuwendungen von ihr gehörigen Verpflegungsartikeln zugunsten der Offiziersmenage und Offiziersangehörigen. d) Mangelhafte Bekleidung. e) Wenig Urlaube. Die meisten sind sechs bis acht Jahre aktiv. Familien haben schlechte Versorgung. f) Drakonische Bestrafung wegen ganz kleiner Übertretungen. g) Unmöglichkeit der Vorbringung einer Bitte. Kein Beschwerderecht.

Das sind Gründe, die durchaus erklären, warum die Explosion in so gewaltigem Ausmaß erfolgte. Jahre und Jahre hatte sich die Erbitterung in den Seelen der geschundenen Matrosen angesammelt. Ein letzter Anstoß, und alles brannte lichterloh. Der letzte Anstoß aber war die gescheiterte Hoffnung auf einen Verständigungsfrieden mit dem revolutionären Rußland, der ein Vorbote des allgemeinen Friedens hätte sein können. Wilhelm II. und Ludendorff wollten es anders, und das bereits todesschwache Österreich fügte sich dem Diktat.

Nicht genutzte Gelegenheit

Die Plötzlichkeit des Ausbruches, das Fehlen irgendeiner planmäßigen Vorbereitung der Erhebung wird am besten durch den weiteren Verlauf bewiesen. Der Aufstand hatte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er den Vorsprung des Überraschungsmoments auszunutzen verstand. Gerade das aber verstanden die Matrosen nicht. Sie hätten trachten müssen, mit den Schiffen sofort das offene Meer zu gewinnen. Da sie zögerten, ja nicht einmal die Nacht zu ihrem Vorteil wandten, gerieten sie schon am nächsten Morgen in eine rettungslose Situation. Landtruppen — unter ihnen bosnisch-herzegowinische — wurden eilends herbeigezogen, Landgeschütze hoch oben in Stellung gebracht, so daß die Schiffe unter den Schländern der Kanonen lagen, und auf dem Wasser selbst schnitt eine reichsdeutsche U-Boot-Flottille jede Möglichkeit des Entkommens ab. Es verdient Bewunderung, daß die Matrosen doch nicht sofort zu Kreuze krochen und mehrere Ultimaten ablehnten, so daß die Endfrist der Ultimaten immer wieder verlängert wurde. Doch allmählich wirkte die Zermürbung, ein Schiff nach dem anderen zog die rote Flagge ein und lieferte die „Rädelsführer“ der Rache und Strafe aus.

Durch die Straßen marschierten unter schwerer Infanterie-

eskorte die verhafteten Männer, in Ketten oder mit Stricken in Gruppen gefesselt. Das Standgericht begann sein Werk.

Vor dem Kriegsgericht

Zunächst waren es vierzig, die als „Rädelsführer“ aus- gesucht worden waren. Ein paar hundert sollten folgen. Über den Prozeß der ersten sechs teilte der Kriegshafenkommandobefehl vom 14. Februar 1918 mit:

Nachstehendes vom k. u. k. Kriegshafengericht gegen die Empörer der Kriegsmarine gefälltes Urteil ist sofort in entsprechender feierlicher Weise an alle Offiziere und Mannschaften zu verlautbaren.

Das k. u. k. Kriegsgericht als Standgericht in Cattaro hat gegen die Angeklagten tit. Bootsmannsmaat Franz Rasch, Deckmatrose II. Klasse Anton Grabar, res. Waffenquartiermeister Viktor Zuzek, Mitr. Vorm. I. Kl. Jerko Sisgoric, Deckmatrose I. Kl. Paul Ubaldini, Geschützform. I. Kl. Franz Bajcel, Mitr. Vorm. I. Kl. Mate Bernicevic und Deckmatrose III. Kl. Ludwig Szekacz zu Recht erkannt:

1. Franz Rasch, Bootsmannsmaat v. St. d. Beleuchtungsabteilung Kumbor;
2. Anton Grabar, Deckmatr. I. Kl. v. St. S. M. S. „Sankt Georg“;
3. Jerko Sisgoric, Mitr. Vormeister I. Kl. v. St. S. M. S. „Sankt Georg“;
4. Franz Bajcel, Geschützform. I. Kl. v. St. S. M. S. „Gää“;
5. Mate Bernicevic, Mitr. Vorm. I. Kl. v. St. S. M. S. „Gää“;
6. Ludwig Szekacz, Deckmatr. III. Kl. v. St. S. M. S. „Gää“

sind schuldig, weil es bei einer am 1. Februar 1. J. nach Verabredung des größten Teiles der in der Bocche von Cattaro befindlichen k. u. k. Kriegsmarine und sodann entstandenen Zusammenrottungen einer Masse bewaffneter Marinemannschaft auf Schiffen der V. Division, der Kreuzerflottille und den dem Kriegshafenkommando unterstellten Schiffen durch die in Anwendung gebrachten gewaltsamen Mittel dahin gekommen ist, daß eine bewaffnete Gegengewalt zur Herstellung der Ordnung und des Gehorsams notwendig erkannt wurde und tatsächlich Land- und Seestreitkräfte herbeigezogen werden

damals sechs Flugplätze, von denen der nächste nur 20 Flugminuten von der Hauptstadt entfernt war, aber sie erlaubten keinem alliierten Flugzeug zu landen.

Warschau Verzweigungskampf erreichte inzwischen seinen Höhepunkt. Ganze Häuserblocks brannten und wurden von Sturmgeschützen dem Erdboden gleichgemacht, Sturzkampfflugzeuge bombardierten Gasse für Gasse, und in den Straßen lagen unzählige Tote, die von den Soldaten von Zeit zu Zeit aufeinandergeschichtet und verbrannt wurden. Ein großer Teil der Kämpfe tobte unter der Erde, denn die Kanäle waren für die Partisanen die einzige Verbindungsmöglichkeit zwischen den einzelnen Stadtvierteln und oft auch der einzige Schutz. Die Deutschen warfen Handgranaten und Gasbomben durch die Kanalöffnungen, und im schlammigen Unrat der finsternen Stollen tobten erbitterte Kämpfe Mann gegen Mann.

Die Sowjettruppen ignorierten mittlerweile nicht nur alle polnischen Hilferufe aus der brennenden Stadt, sondern sie nahmen sogar aktiv gegen die Partisanen Stellung. Mitglieder der polnischen Armee, die von Osten aus nach Warschau zu kommen versuchten, um ihre Landsleute zu unterstützen, wurden von russischen Patrouillen an der Front verhaftet. Das Kommando des 16. sowjetischen Infanterieregiments gab am 24. August den ausdrücklichen Befehl, alle polnischen Widerstandskämpfer zu entwaffnen und alle Waffen und Nahrungsmittel, die für Warschau bestimmt waren, sofort zu beschlagnahmen. Mehrere Kommandanten von polnischen Einheiten, die aus Richtung Brest-Litowsk kamen und nach Warschau wollten, wurden erschossen. Selbst die Boten, die die Warschauer an die Rote Armee geschickt hatten, wurden ins Gefängnis geworfen.

An einem Punkt waren die sowjetischen Truppen damals nur ein halbes Kilometer von den kämpfenden Polen entfernt, aber sie rührten keinen Finger zu ihrer Unterstützung.

Das Ende

Nach fünf Wochen war Warschau ein einziger Trümmerhaufen. Tausende Verwundete lagen ohne Wasser und ohne jede Hilfe in unterirdischen Verstecken. Sämtliche Vorräte waren aufgebraucht, in den Kellern lagen nur noch Sterbende und Tote; Seuchen und Hungersnot wüteten in der Stadt. Nach dreiundsechzig Tagen heldenhaften Widerstandes gaben die letzten Überlebenden am 2. Oktober den Kampf auf. Nahezu 250.000 Menschen, ein Viertel der

mußten, wobei die Angeklagten Franz Rasch, Anton Grabar, Jerko Sisgoric, Franz Bajcel, Mate Bernicevic und Ludwig Szekecz bis zu dem Zeitpunkt, wo die Gegengewalt schon in Bereitschaft stand, die Teilnahme an dem Verbrechen setzten: Hiedurch haben sie das Verbrechen der Empörung nach § 157 MStG begangen und werden hierfür gem. § 444 MStG Abschn. 2 und der Vdg. des AOK Op. Nr. 32.183 vom 16. März 1915, und zwar

Franz Rasch, Anton Grabar, Jerko Sisgoric, Mate Bernicevic nebst Degradierung beziehungsweise Rückversetzung zum Matrosen des niedersten Soldes (§§ 33 und 34 MStG) und nebst dem Verlust aller Ehrenzeichen (§ 46 MStG)

zum Tode durch Erschießen verurteilt.

An den Verurteilten Franz Rasch, Anton Grabar, Jerko Sisgoric und Mate Bernicevic wurde die Todesstrafe vollzogen am 11. Februar 1918 um 6.50 v. m.

Die anderen erhielten Kerkerstrafen von fünf und zehn Jahren. Und noch viele andere sollten folgen. Der Hauptangeklagte Franz Rasch war ein Sudetendeutscher. In seiner Rede vor dem Standgericht sagte er mit Ruhe, Festigkeit und Würde: „Ich wüßte nicht, welche mildernden Umstände ich für mich geltend machen könnte. Ich wollte den Frieden, ich bereue es nicht. Ich wußte, daß es mich das Leben kosten kann. Aber schließlich sterbe ich dann für meine eigene und nicht für eine fremde Sache...“ Mit derselben Ruhe und Sicherheit stellte er sich dann auch — mit unverbundenen Augen — vor das Füsilierpeloton.

Das Eingreifen Victor Adlers

In Wien fühlten sich die Behörden sicher, daß die Meuterei vertuscht werden könne. Um so peinlicher war die Überraschung, als Victor Adler vor dem Kriegsminister erschien und — von den geheimgehaltenen Ereignissen mehr wußte als der Minister. In Adlers Begleitung war Karl Seitz. Letzterer schilderte später den Verlauf der Unterredung:

„Adler teilte dem Minister (Generaloberst Stöger-Steiner) mit, er sei informiert worden, daß die Matrosen von Cattaro gemeutert hätten. Als Adler das Wort »Meuterei« aussprach, erbleichte der General und unterbrach Adler: »Woher haben

Warschauer Bevölkerung, hatten in diesen Tagen den Tod gefunden.

Aber während noch die letzten Partisanen in den Gassen erschossen wurden, nahm die sowjetische Artillerie langsam die Außenbezirke von Warschau unter Feuer. Die Front setzte sich wieder in Bewegung.

Am 17. Jänner marschierten die Vortrupps der Roten Armee in die zerstörte Stadt ein, vorbei an endlosen, schneebedeckten Ruinen und unbegrabenen Toten. Es war ein kalter, grauer Wintertag. Mit einer Verspätung von hundertsechzig Tagen war endlich die Stunde der Befreiung gekommen. Aber es war niemand mehr da, der sich darüber freuen konnte.

Hakenkreuzabzeichen zu verkaufen!

In der Bristol-Passage, im Zentrum von Salzburg, sind im Schaufenster eines Münzengeschäftes Hakenkreuze aller Art, vom Parteiabzeichen bis zum Ritterkreuz, ausgestellt und zum Kauf angeboten.

Außer diesen „historischen Emblemen“ kann man aber auch für einige Schillinge Hakenkreuze ohne Gliederungszugehörigkeit erwerben.

Ein schönes Souvenir aus der Festspielstadt!

Unterstützung für Neonazi

Man sollte es nicht für möglich halten, es ist aber trotzdem wahr. Der Salzburger Stadtsenat hat am 27. Jänner in einer Sitzung Subventionen an verschiedene Gesellschaften gewährt. Unter anderen wurde die „Sozial-organische Ordnungsbewegung Europas“ (SORBE) mit einer Subvention bedacht.

Es handelt sich hier um eine ausgesprochen neonazistische Bewegung, die — wie viele andere und ähnliche — hauptsächlich in Westdeutschland unter einem europäischen Tarnungsnamen laufen. Am 7. und 8. Dezember 1957 sind diese Herren unter Führung von Dr. Theodor Soucek (seinerzeit wegen neonazistischer Umtriebe in Graz zum Tode verurteilt, später begnadigt) zu einem Kongreß in Salzburg zusammengetroffen. Sie waren „unter sich“, diese Herren; ihre Partner waren Unbelehrbare aus Deutschland, aus der Schweiz, und auch ein reinrassiger Herr Jan P. Marrais aus Südafrika war dabei. Ungefähr 500 Personen, zum größten Teil als Delegierte verschiedener ähnlich gesinnter Organisationen, hörten die Reden an und faßten Beschlüsse im neuen Sinne. Eine Salzburger Liedertafel unter der Stabführung eines Dirigenten, der gleichzeitig Leiter der Salzburger Militärkapelle ist, umrahmte künstlerisch das Programm.

Für niemanden in Salzburg war Zweck und Ziel dieser Versammlung (genannt Kongreß) ein Geheimnis. Die Salzburger Presse hielt nicht hinter dem Zaun und prangerte den Charakter dieser politischen Versammlung an. Allein die Stadtensatoren von Salzburg, aus deren Rahmen einer den Kongreß sogar offiziell begrüßte, blieben anscheinend den Hinweisen der Presse gegenüber taub und blind. Sie beschlossen vielmehr, wie eingangs erwähnt, eine offizielle Subvention der Stadt Salzburg für diese Organisation.

Sie diese Nachricht?« Adler erwiderte, daß dies ganz unwichtig sei. »Wichtig ist nur ein Faktor: Ist es wahr, daß vier Matrosen erschossen worden sind, daß weitere dreißig in unmittelbarer Gefahr der Hinrichtung stehen und ungefähr achtundert noch vors Kriegsgericht gestellt werden sollen?« Der Kriegsminister war sichtlich in tödlicher Verlegenheit. »Ja, im großen und ganzen ist es wahr«, sagte er zögernd. »Aber, Herr Doktor, Sie begreifen, die Meuterei und alles, was damit zusammenhängt, ist strengstes Geheimnis; nicht ein Wort darf darüber bekanntwerden!« — »Nun, glauben Sie wirklich, Herr General«, erwiderte Adler, »daß ich schweigen kann, während Sie Leute erschießen lassen? Die Hinrichtungen sind sofort einzustellen — sonst stehen morgen die Betriebe!«

»Was soll das heißen?« fragte eingeschüchtert Stöger-Steiner. »Sie werden doch nicht den Streik aufrufen?« — »Dazu brauchen die Arbeiter keine besondere Aufforderung«, bemerkte Adler. »Es wird vollkommen genügen, wenn ich ihnen erzähle, was sich in Cattaro zuträgt; das übrige überlasse ich vertrauensvoll ihnen.«

Die Unterredung endete mit dem feierlichen Versprechen des Ministers, weitere Hinrichtungen zu untersagen und im übrigen die Angelegenheit dilatorisch zu behandeln (in die Länge zu ziehen). Tatsächlich hörten die Hinrichtungen auf.

Zuchthausurteile freilich gab es noch zahlreiche. Ein paar Monate später aber waren alle frei: Es gab keine Habsburgergefängnisse mehr, weil es kein Habsburg mehr gab. Der heldenhafte Aufstand der Matrosen von Cattaro hat viel zu seinem Ende beigetragen.

Cattaro war eine Nachahmung der russischen Matrosenerhebung in Kronstadt 1917. Aber es hat dann noch einmal eine Kronstadt gegeben, das von 1921, als die Regierung Lenins dieselben Matrosen, die ihr zur Macht verholfen hatten, niederkartätschen ließ. Auf das mißlungene Kronstadt der Tage von Cattaro 1918 ist unsere heutige demokratische Republik gefolgt, auf das siegreiche Kronstadt von 1917 Leninismus, Stalinismus, Knechtschaft — in allen östlichen Ländern.

Um so dankbarer gedenken heute alle freiheitsliebenden Menschen der Tat der tapferen Matrosen von Cattaro. j. h.

WIR BITTEN um Nachricht

Georg Milutin

Genosse Georg Milutin, geboren am 29. April 1920 in Brest-Litowsk, jetzt wohnhaft in Solingen-Ohligs, Bonner Straße 5, war, vom Gefängnis Dubno kommend, von Mitte November 1941 bis 12. Jänner 1943 im KZ Mauthausen und dann anschließend bis zur Befreiung am 5. August 1945 im Lager Ebensee inhaftiert. Genosse Milutin kann hierfür keine Beweismittel beibringen. Er gibt zusätzlich an, daß er im Lager Ebensee einer der vier Häftlinge war, die auf Brust, Rücken und Hose den roten Fluchtpunkt getragen haben; er sei daher allen Häftlingen im Lager bekannt gewesen.

Wer den Genossen Milutin kennt und seine Angaben bestätigen kann, wende sich, bitte, an die oben angegebene Adresse in Solingen-Ohligs.

*

Anton Amon

Beruf ist unbekannt. Frühere Wohnadresse war: Wien VI, Millergasse 5. Anton Amon arbeitete 1944 in der Strafanstalt Amberg. Er war mittelgroß, hatte ein rundes Gesicht und zeichnete sich durch sein freundliches, stets zuversichtliches Wesen aus. Genossen, die über Anton Amon etwas wissen oder seine jetzige Adresse kennen, werden gebeten, uns zu benachrichtigen.

*

Otto Pöschl

Die frühere Adresse sowie der Beruf sind unbekannt. Pöschls Mutter hatte vermutlich einen Hut- oder Modensalon. Pöschl hatte vor dem Krieg angeblich eine Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Radio, wird als sehr belesen bezeichnet und soll Fremdsprachen beherrscht haben. Auch mit dem Plan, nach Kanada auszuwandern, hat er sich beschäftigt. Otto Pöschl war im Jahre 1944 als politischer Gefangener in dem Zwangsarbeiterbetrieb der Zeisswerke in der Strafanstalt Amberg beschäftigt. Nachrichten oder sonstige Angaben bitten wir, uns zuzusenden; wir werden sie an die anfragende Stelle weiterleiten.



IG-Farben verursacht neue Schwierigkeiten

Wir müssen darüber Mitteilung machen, daß die IG-Farben die Verhandlungen über Zahlung einer Entschädigung an diejenigen Häftlinge des Konzentrationslagers Auschwitz, die zur Sklavenarbeit für die IG gezwungen wurden, dadurch erschwert hat, daß sie willkürliche Unterschiede machte. So hat sie sich wohl bereit erklärt, den deutschen politischen Häftlingen eine Entschädigung zu zahlen, nicht aber auch den ausländischen politischen Häftlingen.

Nun wird seitens der IG-Farben eine neue Schwierigkeit geschaffen. Die Verjährungsfrist ausländischer Gläubiger gegenüber der IG-Farben läuft am 31. Juli 1958 ab.

Das wurde auch von der IG-Farben dadurch ausdrücklich anerkannt, daß sie den Termin in einem Rundschreiben erwähnte, das ehemaligen Häftlingen geschickt worden ist, die Forderungen gestellt haben.

Seit einiger Zeit stellt sich aber die IG-Farben auf den Standpunkt, daß dieser Verjährungstermin nicht zutrefte. Sie erklärt jetzt, nur dann keine Einrede der Verjährung erheben zu wollen, wenn bis zum 28. Februar 1958 Klagen angestrengt wurden. Auch hier macht die IG willkürliche Unterschiede:

Diejenigen Anspruchsteller, die seinerzeit das oben

erwähnte Rundschreiben der IG-Farben erhalten haben, sind im Besitz der Zusage, daß die IG bis 31. Juli 1958 nicht die Einrede der Verjährung erheben wird. Viele Antragsteller haben aber ein solches Rundschreiben nicht erhalten. Die Festlegung, wer das Schreiben bekam und wer nicht, wurde von der IG-Farben ohne irgendwelche Angabe von Gründen selbstherrlich getroffen. Nun steht die IG-Farben auf dem Standpunkt, daß sie bei einer eventuellen Klage eines ehemaligen Auschwitz-Häftlings, der das Rundschreiben erhielt, ab 1. August 1958 Verjährung geltend machen kann. Bei der Klage eines anderen, dessen Anspruchsberechtigung sich von der des ersten in keiner Weise unterscheidet, der aber nicht im Besitz dieses Rundschreibens der IG ist, will die IG-Farben bereits ab 1. März 1958 Einwand wegen Verjährung erheben.

Einteilung nach „Rasse“ wird abgelehnt

Die IG-Farben ersuchte die Vertretung der polnischen Auschwitz-Häftlinge, ihr mitzuteilen, welche der eingesandten Forderungen von Juden stammen.

Die Vertretung der polnischen Auschwitz-Häftlinge stellt in ihrem Antwortschreiben fest, daß sie es grundsätzlich abgelehnt hat, ehemalige Häftlinge, die Forderungen an die IG gestellt haben, nach ihrer Religion zu befragen.

Bis heute hat die IG-Farben auf den Ende November 1957 gemachten Vorschlag der Association des Anciens Deportés des Camps de Concentration dependant de l'IG-Farben-Paris und des Internationalen Auschwitz-Komitees nicht geantwortet, der vorsieht, schnell eine erste Überprüfung aller Anmeldungen durch eine gemischte Kommission durchzuführen.

Menschlichkeit für Entmenschte

Mit gemischten Gefühlen vernahmen die Naziopfer und viele Menschen wahrhaft demokratischer Gesinnung die Nachricht, daß der am 26. Juli vergangenen Jahres wegen Massenmordes zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilte Josef Pöhl nunmehr vom Bundespräsidenten begnadigt wurde und sich in Innsbruck auf freiem Fuß befinde.

Pöhl war wegen vielfachen Mordes, Mithilfe bei Erschießungen, Bereicherung, Mißhandlung und der Verletzung der Menschenwürde während seiner unseligen „Tätigkeit“ als Schupoangehöriger in Boryslaw verurteilt worden. (Einstimmig bejahten die Geschworenen die Hauptfrage auf Mord, auf Beihilfe bei Erschießungen und Bereicherung.)

Überlebende oder Hinterbliebene der großen Katastrophe, an der Mörder im Stile Pöhl maßgeblich beteiligt waren, viele andere Opfer des NS-Regimes sowie Journalisten aus aller Welt füllten an allen Tagen des Prozesses die Zuhörerbänke. Immer wieder, wenn die Untaten den Mördern von Augenzeugen ins Gesicht geschleudert wurden, ging eine Welle des Schluchzens durch das Auditorium. Die ausgestandenen eigenen unmenschlichen Leiden, das grauenhafte Sterben ihrer nächsten Angehörigen erstand wieder vor den Augen der Anwesenden.

Nun ist also einer dieser Mörder, von einem österreichischen unabhängigen Gericht zu 20 Jahren schweren Kerkers verurteilt, frei. Wahrhaftig: Die Mörder sind unter uns!

Das Löschblatt hat nur die Unterschrift auf dem Dokument getrocknet, mit dem die Amnestierung und Freilassung des vielfachen Mörders ausgesprochen wurde, nicht aber das in Strömen vergossene Blut. Dieses Blut wird auch weiterhin Mahnung und ewige Anklage bleiben.

Anrechnung von Behinderungszeiten

Die Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und das Burgenland gibt bekannt, daß Inhabern von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen sowie Kriegsteilnehmern und Dienstverpflichteten des zweiten Weltkrieges, die sich bis Ende 1957 um eine Befugnis beworben haben, eine Verkürzung der vorgeschriebenen praktischen Bestätigung um die Zeit der Behinderung, jedoch höchstens um zwei Jahre, gewährt wird.

Man schreibt uns!

Wir antworten!

Unglaublich — aber eine Tatsache

Werte Genossen!

Ich schicke euch den Textauszug aus einem Brief, den der Besitzer eines Gasthauses bei Villach an eine Familie in München gerichtet hat; damit hat der mehr als merkwürdige Gastwirt — oder sollte er wirklich nur das Allerbeste (!) für seine Gäste tun haben wollen? — die Anfrage eben dieser Sommergäste aus München wegen eines Ferienaufenthaltes beantwortet.

„Ihrem Namen nach zu schließen, nehme ich an, daß Sie Nichtarier sind. Da in meinem Haus sowie Umgebung ausgesprochen arische Gäste sind, wäre es mir unangenehm, wenn Sie sich nicht wohl fühlten. Ich bitte Sie, diesen Umstand zu beachten und Ihre Anfrage lieber nach Velden oder Pörschach zu richten...“

Es ist unglaublich, daß es bei uns in Österreich noch zu solchen Exzessen provokatorischer Natur kommen kann. So hinterwäldlerisch kann und dürfte es wohl in keinem noch so abgelegenen Winkel unseres Landes zugehen, daß man das als Entschuldigung vorzubringen vermöchte.

*

Wir haben uns daraufhin erkundigt und erfahren, daß es sich um den Gasthof Schöffmann, St. Andrae, Post St. Ruprecht bei Villach (Telephon 41 52), handelt. Der Brief des Gastwirtes liegt in Photokopie in München auf.

Aus dem Wiener Landesverband

Ernst Hein — siebzig Jahre

Ernst Hein, Vertrauensmann der Sozialistischen Partei des Bezirkes Margareten, vollendete am 4. August 1957 sein 70. Lebensjahr. Vor fünfzig Jahren war er Gründungsobmann der Sozialistischen Jugend, einige Zeit auch Wiener Lokalobmann. Auch in der gewerkschaftlichen Bewegung spielte er bei den kaufmännischen Angestellten, Bankbeamten und Zeitungsbeamten eine führende Rolle. Während der Hitlerzeit kam er ins KZ Buchenwald und wanderte später nach Jugoslawien aus. 1946 kehrte er nach Wien zurück und ist seither mit alter Begeisterung in der sozialistischen Bewegung tätig. Er wurde mit der Victor-Adler-Plakette und dem goldenen Parteiabzeichen ausgezeichnet. Dem verdienten Jubilar galten die herzlichsten Glückwünsche der Partei und unseres Bundes.

Unsere Zeitung, an der Genosse Hein immer mitarbeitet und an der er, wie viele Genossen, regen Anteil nimmt, schließt sich den Glückwünschen noch nachträglich ganz besonders an.

*

Max Klein

Mit Max Klein ist wieder ein Angehöriger der alten Garde von uns gegangen. Er war ein Pionier der freigewerkschaftlichen Organisation der kaufmännischen Angestellten und war lange Jahre neben Karl Pieck Obmannstellvertreter des ehemaligen Zentralvereines der kaufmännischen Angestellten.

Klein trat der damaligen freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung bei, zu einer Zeit, als sie noch keine Aufsichtsratsmandate, keine Vorstandsdirektorenposten zu vergeben hatte... Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Solidarität der arbeitenden Menschen war der alleinige Beweggrund.

Genosse Klein war ein schlagfertiger Redner mit einem sarkastischen Witz und bei Freund und Feind

deshalb oft gefürchtet. Er verstand es, für seinen Standpunkt sehr durchschlagskräftige Argumente zu finden, und es war nicht leicht, ihm zu opponieren und sich durchzusetzen.

Nach 1934 verlor Genosse Klein nicht nur seine Funktionen, sondern auch sein Mandat im Bundesrat, dem er seit 1919 als Mandatar der Sozialdemokratischen Partei angehört hatte; darüber hinaus aber auch seine Stellung in der Krankenkasse, vorübergehend auch seine Freiheit. Er mußte bis 1947 in der Emigration bleiben. Seit 1954 war er (72 Jahre alt) in den Ruhestand getreten.

Man konnte sich Klein kaum als Pensionisten vorstellen. Noch vor wenigen Wochen hat er in aller Stille seinen 75. Geburtstag gefeiert. Wir haben ihm damals alles Gute gewünscht. Diese Wünsche haben sich leider nicht erfüllt. Sein Gesundheitszustand hat sich immer mehr verschlechtert und wir können ihm heute nur noch im Geist die Hand drücken und Abschied nehmen, Abschied für immer.

Glücklich der Mensch, der am Ende seines Lebens das überzeugende Gefühl haben kann, daß er seine Pflicht erfüllt hat, daß er sein Leben nicht umsonst gelebt hat, daß er mitgeholfen hat, die Ideale aller Gutgesinnten zu erfüllen oder ihnen wenigstens nahezukommen; jener Ideale, von denen Menschen seit Jahrtausenden träumen — ein menschenwürdiges Leben für alle in Frieden und Freiheit!

Max Klein war einer von jenen, die dabei mitgeholfen haben, und dafür wollen wir ihm danken. Niemals vergessen!

*

Karl Hans Sailer

(Fortsetzung von Seite 8)

und Ausland erregte, daß die Regierung Schuschnigg es nicht wagte, über die Angeklagten die angeordneten schweren Strafen verhängen zu lassen. Damals hat Karl Hans Sailer in der illegalen Bewegung zusammen mit vielen gewirkt, die heute in der Sozialistischen Partei hervorragende Funktionen bekleiden. Damals, in der Zeit der Verfolgung, als die Sozialdemokratische Partei keine Ämter und Ehren, sondern nur Opfer und Leiden zu vergeben hatte, hat er und haben seine Mitangeklagten im Gerichtssaal die Fahne der Freiheit gegen die Diktatur erhoben. Sie haben die Fackel durch das Dunkel getragen und ihr „Wir kommen wieder!“ in die Blätter der Geschichte eingeschrieben.

Die Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur hatte Sailer in den Kerker geworfen; die Hitler-Diktatur stieß ihn, wie viele andere, in die politische Emigration. Er verbrachte diese Jahre zum größten Teil in Amerika. Nach Kriegsende kehrte er so rasch wie möglich wieder heim.

Er war, mit der österreichischen Politik aufs innigste verbunden, dennoch weit entfernt davon, ein kleiner Lokalpatriot, ein enger Nurpolitiker zu sein. Er las viel und dachte noch mehr; und was er schrieb, hatte geistiges Niveau, war durchtränkt von Ehrfurcht vor dem Geist und von Liebe zum Schönen; sein ganz besonderes Interesse galt der bildenden Kunst. Als Obmannstellvertreter der sozialistischen Journalisten und Schriftsteller im Bund sozialistischer Akademiker hat er auch im Berufskreis die geistige Arbeit und ihren Zusammenklang mit der großen Bewegung der arbeitenden Menschen vertreten.

All diese Arbeit hat nun ein grausames Schicksal zerstört, ehe sie zur Vollendung reifen konnte. Wir trauern um einen Mann, der ein wahrer Freund, ein Charakter ohne Fehl und Falsch, ein warmer und ein nobler Mensch war. Wir danken an dieser Stelle einem Kämpfer für das Recht, einem echten Sozialisten.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Niemals vergessen!

Die Bezirke berichten:

Hietzing

Genosse Karl Hans Sailer wurde auf dem Hietzinger Friedhof beigesetzt. Zu dem Begräbnis hatten sich neben den Angehörigen des Verstorbenen viele hundert Menschen, persönliche Freunde, Kampfgefährten aus den Jahren 1934 bis 1945, die engeren Mitarbeiter aus der Redaktion und dem technischen Personal der „Arbeiter-Zeitung“ sowie Vertreter

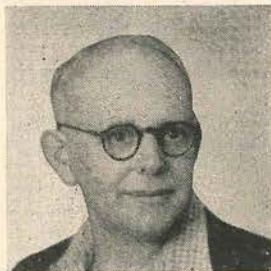
zahlreicher politischer Vereinigungen und Berufsorganisationen eingefunden.

An der Bahre nahm von Karl Hans Sailer für den Parteivorstand, die Landesorganisation Wien der Sozialistischen Partei und für den Klub der sozialistischen Gemeinderäte und Landtagsabgeordneten Genosse Jonas Abschied, am Grabe sprach Genosse Dr. Pollak für die Freunde Sailer.

Vor dem Begräbnis traten der Wiener Ausschuss der Sozialistischen Partei und der Klub der sozialistischen Gemeinderäte und Landtagsabgeordneten zu einer Trauerkundgebung für ihren publizistischen Mitarbeiter zusammen. In dieser Trauerkundgebung sprach Genosse Honay Worte des Gedenkens.

Hernals

Franz Kluger †. Die Bezirksgruppe Hernals betrauert das Ableben des Ausschußmitgliedes Genossen Franz Kluger. Genosse Kluger fand schon in jungen Jahren den Weg zur Sozialdemokratischen Partei, der er dann zeitlebens treu und opferbereit diente. Er versorgte als Inhaber einer kleinen Schlosserei den Republikanischen



Schutzbund mit Schmiervasen und wurde im Februar 1934 verhaftet und nach Wöllersdorf gebracht. Auch in der Illegalität diente er der Arbeiterbewegung. Er war 1945 einer der ersten, die sich in Hernals dem Wiederaufbau der Sozialistischen Partei zur Verfügung stellten.

Genosse Kluger war bei der Gründung unserer Bezirksgruppe dabei und war bis zu seinem Ableben Kassier der Gruppe. Er war auch einer der Gründer des Verbandes der Arbeiterrentner

und Obmann der Bezirksgruppe Hernals. Es war sein Verdienst, daß diese Bezirksgruppe so stark und schlagkräftig wurde. Als Fürsorgerat war er immer ein Helfer der Notleidenden.

Genosse Kluger war ein bescheidener Mensch, der nie für sich selbst, sondern nur für die anderen strebte und kämpfte. Alle, die mit ihm in Berührung kamen, liebten und schätzten ihn. Die Arbeiterbewegung hat mit Genossen Kluger am 17. Oktober 1957 einen ihrer Besten verloren. Wir trauern um ihn und werden ihn nie vergessen.

Unsere Resolution. Die am 12. Februar 1958 im Arbeiterheim, XVII, Kalvarienberggasse 28a, tagende Jahresversammlung der Bezirksgruppe Hernals des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus hat einstimmig nachfolgende Resolution an den Bundesvorstand beschlossen:

Mit Befriedigung haben die Teilnehmer vernommen, daß endlich die Verhandlungen über ein Entschädigungsgesetz für alle Arten der Schädigungen durch den Austrofaschismus und Nationalsozialismus in den Jahren 1933 bis 1945, soweit nicht schon durch das Opferfürsorgegesetz oder sonstige Gesetze ausreichende Regelungen getroffen wurden, in ein konkretes Stadium gekommen sind.

Die Versammlung erwartet, daß dieses wichtige Gesetz bis zum Sommer 1958 durch den Beschluß des Nationalrates in Kraft treten wird, so daß die ersten Entschädigungen noch im Jahre 1958 zur Auszahlung gelangen werden.

Mit Rücksicht auf das Alter und den schlechten Gesundheitszustand vieler Anspruchsberechtigter muß dafür gesorgt werden, daß bei Erledigung der Anträge Rücksicht auf die soziale Lage und das Alter der Antragsteller genommen und diesen eine Priorität eingeräumt wird.

Es wird erwartet, daß der Wortlaut des kommenden Gesetzes klar und eindeutig sein wird, so daß den mit der Durchführung betrauten Beamten ein möglichst kleiner Spielraum des freien Ermessens eingeräumt wird. Der Gesetzgeber möge auch in einer Präambel klar zum Ausdruck bringen, in welchem Geiste dieses Gesetz beschlossen wurde und daß es für die durchführenden Beamten oberste Pflicht und Verpflichtung sein müsse, daß der Wille des Gesetzgebers beobachtet und durchgeführt wird. In jedem Zweifelsfalle ist unbedingt zugunsten der Antragsteller zu entscheiden. Man darf die Antragsteller weder durch Formalismus, Bürokratismus oder sonstige Schikane einschüchtern, noch darf die Haltung und Einstellung der durchführenden Beamten eindeutig zeigen, daß sie innerlich die Antragsteller für Schmarotzer ansehen und sie die Berechtigung der Antragsteller, eine Entschädigung in Anspruch zu nehmen, innerlich verneinen.

Das Entschädigungsgesetz soll in Anlehnung an das deutsche Entschädigungsgesetz sorgfältig durchdacht und umfassend sein, damit nicht nach Gesetzwerdung bereits durch eine Novellierung ergänzt und verbessert werden muß.

Die Durchführung des Gesetzes, das heißt die Erledigung der Anträge, muß viel rascher möglich sein, wie dies bisher bei den Opferfürsorgeakten und Haftentschädigungsanträgen leider nicht der Fall war. Man möge sich an der Organisation und der Erledigung der Anträge nach dem Hilfsgesetz ein Beispiel nehmen und dabei auch berücksichtigen, daß die Antragsteller nach diesem Gesetz alle im Auslande leben und daher die Aktenermittlungen nur im Briefwechsel möglich waren.

Eine Bitte an unsere Mitarbeiter

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, die für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, alle Manuskripte immer nur einseitig zu beschreiben.

Die Versammlungsteilnehmer danken den sozialistischen Unterhändlern für ihre bisherige Arbeit und auch dafür, daß sie alles daransetzen werden, das Entschädigungsgesetz in den kommenden Monaten durchzusetzen.

Döbling

Ferdinand Krickl †. Genosse Ferdinand Krickl, ein alter Kämpfer und lieber Kamerad, ist nach langer Krankheit im 88. Lebensjahr verschieden. Er war beim Aufbau der politischen Organisation nach 1918 eifrig tätig gewesen und ein unerschütterlicher, überzeugungstreuer Schutzbündler in den Februartagen 1934.

Genosse Passauer nahm im Krematorium von unserem Toten namens der Bezirksorganisation Döbling und namens unserer Freiheitskämpferortsgruppe in bewegten Worten Abschied. Alle, die Genossen Krickl gekannt haben, werden dem aufrechten und pflichtbewußten Menschen und Genossen ein ehrendes Andenken bewahren. Niemand vergessen!

Floridsdorf

Richard Heckel †. Am Montag, dem 20. Jänner 1958, verlor die Bezirksgruppe Floridsdorf einen treuen und verlässlichen Kämpfer aus den Februartagen 1934: den Genossen Richard Heckel, der im 59. Lebensjahr starb. Er war einer derjenigen Kämpfer, die keinen Moment zögern, wenn es gilt, die Rechte der Arbeiterschaft zu verteidigen. Er war jederzeit bereit, sein Bestes und Letztes für die große Idee des Sozialismus zu geben und sein ganzes Ich einzusetzen.

Das Begräbnis fand am 25. Jänner 1958 auf dem Jedleseer Friedhof um 9 Uhr statt. Die Bezirksgruppe war durch die Genossen Blei, Bübl und Marsal mit ihrer Fahne vertreten. Bei zahlreicher Beteiligung von Trauergästen hielt Genosse Kohl einen tiefempfundenen Nachruf.

Wir werden unseren Genossen Heckel und sein Wirken niemals vergessen!

Johann Vretscher †. Am Samstag, dem 2. November 1957, verlor die Bezirksgruppe Floridsdorf einen treuen und verlässlichen Kämpfer, den Genossen Johann Vretscher, im 60. Lebensjahr. Er war einer derjenigen, die jederzeit bereit waren, für die Arbeiterschaft das Letzte zu geben und das ganze Ich einzusetzen.

Das Begräbnis fand am Donnerstag, dem 7. November 1957, auf dem Jedlersdorfer Friedhof statt. Die Bezirksgruppe war durch den Genossen Gemeinderat Kohl vertreten, der auch einen tiefempfundenen Nachruf hielt. Wir werden Genossen Vretscher niemals vergessen!

Donaustadt

Jahresversammlung. Unsere Jahresversammlung, die am 14. Februar 1958 stattgefunden hat, eröffnete Genosse Bubenik mit der Begrüßung der erschienenen Mitglieder, des gesamten Ausschusses und der Genossen Czernetz und Dr. Bohmann, die als Vertreter des Bezirkes gekommen waren. Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde einstimmig angenommen. Nach dem Gedenken an die Toten des Jahres 1957 sprachen die Genossen Czernetz und Bohmann als Vertreter des Bezirkes einige Worte zu unseren Mitgliedern. Dann gab der Obmann Genosse Bubenik den Bericht über das vergangene Jahr.

Bei der Wahl des Wahlkomitees wurden die Genossen Dorotic, Bohmann und Stetina einstimmig gewählt. Während sich das Wahlkomitee zur Beratung zurückzog, hielt Genossin Muhr ein ausgezeichnetes Referat, dem eine lebhafte Diskussion folgte.

Sodann fand die Wahl der neuen Ausschußmitglieder statt.

1. Obmann: Genosse Otto Huschak.
2. Obmann Genosse Franz Bubenik.
3. Obmann: Genosse Charwat.

1. Kassier: Genosse Gaderer.
2. Kassier: Genosse M. Stollwerck.
1. Schriftführer: Genosse Kurt Pisk.
2. Schriftführer: Genosse Weninger.

Kontrolle: Die Genossen Kragner und Klacil.

ARBEITERBANK

AKTIENGESellschaft WIEN

Prompte und gediegene Durchführung aller bankmäßigen Geschäfte :: Entgegennahme von Spareinlagen gegen Verzinsung :: Finanzielle Beratung

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: R 505 40 Serie

Zweigstelle Wienzeile: Wien IV, Rechle Wienzeile 37
Telephon B 26 0 91

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 3363, 7559
Linz: Weingarishofstraße 3, Telephon 27 8 78
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 4822

Genosse Huschak übernahm den Vorsitz, dankte dem scheidenden Ausschuß, insbesondere dem Genossen Bubenik, für die geleistete Arbeit. Um 21.45 Uhr schloß Genosse Huschak die Versammlung mit dem Versprechen, alles daranzusetzen, um das kommende Jahr ebenfalls wieder so erfolgreich zu gestalten.

Alfred Kögler †. Die Bezirksgruppe Donaustadt verliert durch den Tod des Genossen Alfred Kögler ein treues Mitglied. Nach langem, schwerem Leiden, dessen Ursachen in den harten Kampfbereichen 1934 bis 1945 lagen, verschied er. Nach einer langen Haft wurde Genosse Kögler zum Militär eingezogen und nach Italien geschickt. In Italien schloß er sich als überzeugter sozialistischer Freiheitskämpfer der italienischen Widerstandsbewegung an.

Das Leben eines Kämpfers für eine gerechte Sache hat nun seinen Abschluß gefunden. Genosse Kögler wurde am 9. Juli 1957 seinem Wunsch gemäß den Flammen übergeben. Die Beisetzung erfolgte am 13. Juli im Stadlauer Friedhof.

Wir werden ihm ein treues Angedenken bewahren. Niemals vergessen!

Maximilian Schwarz †. Am 4. Juni 1957 ist einer unserer treuesten Genossen, Dr. Maximilian Schwarz, unerwartet von uns abgerufen worden. Nach einer Operation, die er gut überstanden hatte, ist er plötzlich einer Embolie erlegen.

Genosse Schwarz, der im 68. Lebensjahr stand, war bis zu seinem Tode ein aufrechter Sozialist. Im Jahre 1934 hat er aktiv an den Februarereignissen teilgenommen und einem Genossen durch seinen ärztlichen Beistand das Leben gerettet.

Während der NS-Zeit emigrierte Genosse Schwarz nach Frankreich. Dort schloß er sich der Widerstandsbewegung an, der er als Capitaine angehörte. Nach dem Zusammenbruch des tausendjährigen Reiches kehrte er wieder in seine Heimatstadt Wien zurück und widmete seine ganze Kraft dem Wiederaufbau unserer Stadt und der Sozialistischen Partei. Er ist immer gern mit Rat und Tat zur Seite gestanden.

Die Bezirksgruppe Donaustadt betrauert in Genossen Schwarz einen ihrer besten Genossen. Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten.

Bei der am 7. Juni erfolgten Beisetzung hielt Genosse Huschak als Vertreter der Bezirksgruppe einen tiefempfundenen Nachruf. Niemals vergessen!



Ein brennendes Haus

kann nicht mehr feuerversichert werden, ebenso wenig kann sich ein bereits kranker Mensch krankenversichern oder zu normalen Bedingungen lebensversichern. Zögern Sie also nicht, sorgen Sie vor, solange Sie gesund sind! Durch den Erwerb unserer neuesten Kombi-Polizze KUL sichern Sie sich und Ihre Familie gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit, Unfall und vorzeitigem Tod zu den vorteilhaftesten Bedingungen. Rufen Sie uns, das verpflichtet Sie zu gar nichts, wir beraten Sie gern. Wiener Städtische Versicherung, überall in Österreich.

Bernhard Spund †. Genosse Bernhard Spund ist im 74. Lebensjahr nach einem schweren Verkehrsunfall am 5. August seinen Verletzungen erlegen.

Er war ein stiller Mitkämpfer für Freiheit und Recht. Trotz seines hohen Alters nahm er in voller geistiger Rüstigkeit am politischen Geschehen regen Anteil. Er mußte während der braunen Barbarei durch ein Tal des Leides wandern; aber alle Demütigungen konnten ihn, den rassistisch und politisch Verfolgten nicht brechen. Still und aufrecht ging er seine ihm von seinem Gewissen gezeichnete Bahn, die nun der Tod abbrach. Wir wollen seiner immer in Treue Gedenken.

Genosse Spund wurde am 10. August 1957 im Kagraner Friedhof unter großer Anteilnahme zur letzten Ruhe bestattet. Niemals vergessen!

Katharina Heller †. Die Bezirksgruppe Donaustadt betrauert das Ableben der Genossin Katharina Heller. Mit ihr verliert die Bezirksgruppe ein treues Mitglied, das immer und jederzeit für die Ziele und Interessen des Bundes und für die Sache unserer Partei eingetreten war. Genossin Heller war die Witwe nach dem Schutzbündler M. K. Heller, dessen letzte Ruhestätte sich im Massengrab zu Dachau befindet.

Genossin Heller wurde am 17. August 1957 im Rahmen einer schlichten, aber würdigen Trauerfeier im Stadlauer Friedhof zur letzten Ruhe bestattet.

Wir werden dem Ehepaar Heller stets ein treues Angedenken bewahren. Niemals vergessen!

Aus den Fachgruppen:

Fachgruppe Polizei. „Die Wiener Polizei ehrt ihre Toten.“ In der Polizeidirektion fand am 30. Oktober 1957 vor der Gedenktafel für die während des Hitler-Regimes hingerichteten Beamten der Wiener Polizei eine Gedenkfeier statt. Eine Abordnung der Fachgruppe Polizei des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer unter Führung der Genossen Haas und Derschowitz legte vor der Gedenktafel einen Kranz nieder. An der Gedenkfeier nahmen unter anderen Polizeipräsident Halaubek, der Generalinspektor der Wiener Sicherheitswache, General Lehmann, der Chefarzt der Polizeidirektion, Hofrat Dr. Pollak, der Stadthauptmann von Mariahilf, Genosse Calta, Vertreter der Gewerkschaft und eine Abordnung Wiener Polizeibeamter teil.

Aus den Landesorganisationen

Oberösterreich

Steyr. Jahresbericht 1957. Der Bezirksausschuß des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer berichtet über das abgelaufene Berichtsjahr 1957.

Der Mitgliederstand hat sich erhöht, die organisatorischen Arbeiten sind in elf Bezirksausschußsitzungen, drei Landesvorstandssitzungen, der Landeskongress und der Bundeshauptversammlung in Wien erledigt worden.

Die Gedenkfeiern am 12. Februar beim Mahnmal auf der Ennsleite sowie am 1. November im Krematorium sind gemeinsam mit der Partei abgehalten worden. Sie hatten einen sehr guten Besuch. Die jährliche Kundgebung im ehemaligen KZ in Mauthausen war von Steyr gut besucht; auch Abordnungen der Jugendlichen aus Steyr nahmen teil, was einen sehr guten Eindruck machte. Leider war diese Kundgebung die schwächste von allen, da diese nur von Oberösterreich und einigen Abordnungen von Niederösterreich besichtigt war. Es ist zu hoffen, daß in diesem Jahre wieder das traditionelle Treffen durchgeführt wird.

Die Bezirksleitung Steyr mußte vor der Jahresversammlung am 9. Februar Maßnahmen beraten, um eine bessere Zusammenarbeit mit der Bezirkspartelleitung zu erreichen; ferner wurde von der Landesleitung über den Aufruf an die Bundesregierung wegen Wiedergutmachung an die Opfer des Faschismus Aufklärung verlangt. Wir hoffen, daß eine befriedigende Lösung gefunden worden ist, um in Zukunft eine bessere Zusammenarbeit zu sichern.

Es ist zu bedauern, daß es noch immer Parteimitglieder gibt, die beim KZ-Verband mitarbeiten, der nach außen eine „überparteiliche“ Stellung einnimmt, in Wirklichkeit aber eine ganz eindeutige Richtung verfolgt. Wir erwarten, daß unsere Parteimitglieder, die dort noch Mitglieder sind, endlich verstehen lernen, daß sie sich von dieser Umklammerung freimachen müssen.

Kärnten

Landeshauptversammlung. Bei der am 12. Mai 1957 in Klagenfurt abgehaltenen Landeshauptversammlung unseres Landesverbandes wurden folgende Genossen als Vorstandsmitglieder gewählt:

1. Obmann: Genosse Hans Richter.

2. Obmann: Genosse Hans Pawlik.

3. Obmann: Sebastian Wrulich.

1. Schriftführer: Genossin Lona Sablatnig.

2. Schriftführer: Genosse Eduard Goritschnig.

1. Kassier: Genosse Alois Brenner.

2. Kassier: Genosse Franz Pirman.

Kontrolle: Die Genossen Josef Petscharnig und Heinrich Kappel.

Beiräte: Die Genossen Ferdinand Wedenig, Ferdinand Trost und Vinzenz Fellner.

Frauenreferat: Die Genossinnen Olga Zimmermann und Angela Stocker.

Bezirksvertrauenspersonen: Die Genossen Hans Richter (Ferlach), Hans Valentinitz (Klagenfurt), Franz Berdnaschek (Villach), Georg Bramer (Spittal), Peter Brandstätter (Hermagor), Josef Hermann (St. Veit an der Glan), Franz Schweinzer (Kühnsdorf) und Alex Turker (Wolfsberg).

HERRN
MARSAL VIKTOR
WIEN XXI/141
FULTONSTR. 5-11/1/1/3

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.

Arbeiter und Angestellte

sparen

*für Anschaffungen und
Urlaubsreisen*

bei der **Zentralsparkasse**

DER GEMEINDE WIEN

(Unter Haftung der Stadt Wien)

Wien I, Wipplingerstraße 8

34 Zweiganstalten

**Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 6. Mai 1958**

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mi. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstraße 25 a Di. 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 ... Fr. 18 bis 20 Uhr
- Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
- Kohlgrasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
- Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
- Neubaugasse 25 Do. 18 bis 19 Uhr
- Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
- Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
- Laxenburger Straße 8/10, I. ... Di. 17 bis 19 Uhr
- Simmeringer Hauptstraße 80 ... Jeden 2. u. 4. Mo.
18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Di. 18 bis 20 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. im Mo-
nat, 17 bis 19 Uhr
16. Liebhartsgrasse 56 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26
Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, I. Stock Mo. 17 bis 19 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
23. Liesing, Jeden 1. u. 3. Mo.
Breitenfurter Straße 2 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei:

9. Berggasse 41 Jeden 1. Do.
Parterre (Hausverwaltung) ... 14 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Bezirkssekretariat der
SPÖ, Hauptstraße 42 Jeden ersten Sonn-
tag im Monat von
10 bis 11 Uhr

- St. Pölten, Bezirksleitung,
St. Pölten, Prandauerstraße 4 ... Sa. 9 bis 12 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
der SPÖ, Hauptstraße 5 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei
der Arbeiterkammer, Bahnhof-
straße 42, bei Genossin Lona
Sablatnig und Genossen Eduard
Goritschnig Tägl. außer Sa.
10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36, II. Stock
Zimmer 24 Di., Mi., Do. u. Sa.
von 15 bis 19 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2 Jeden ersten und
dritten Samstag
im Monat von 10
bis 11 Uhr

Salzburg:

- Sprechstunden entfallen bis auf
weiteres.

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13,
Zimmer 17 Mi. 17 bis 19 Uhr
- Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,
Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Salurner Straße 2,
2. Stock, Zimmer 40 Tägl. außer Sa.
15 bis 18 Uhr